

Bochum sozial und solidarisch.

Unsere Stadt gerechter und

lebenswerter machen.

Kommunalwahlprogramm 2020 - 2025

DIE LINKE.

DIE LINKE. Kreisverband Bochum

Bochum sozial und solidarisch.

Unsere Stadt gerechter und

lebenswerter machen!

Kommunalwahlprogramm 2020 - 2025

beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung

am 20.06.2020 im Jahrhunderthaus Bochum

Inhaltsverzeichnis

Unser Plan für Bochum	5
Corona-Krise solidarisch bewältigen	9
1. Soziale Gerechtigkeit	
1.1 Armutsspirale stoppen – Soziale Gerechtigkeit schaffen	14
1.2 Gesundheit ist ein Menschenrecht	18
1.3 Bildung	20
1.4 Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche	24
1.5 Schluss mit geringeren Löhnen, Sexismus und Ausgrenzung	27
1.6 Für ein selbstbestimmtes Altern in Würde	32
1.7 Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	36
2. Wirtschaft	
2.1 Solidarische Wirtschaft – gerechte Finanzen	40
2.2 Beschäftigungspolitik: Gute Löhne & Arbeitsbedingungen für alle	45
2.3 Öffentliche Unternehmen – weil's für alle wichtig ist	50
2.4 Für eine Beschäftigungsgesellschaft, die den Namen verdient	53
3. Demokratie und Solidarität	
3.1 Für den Ausbau kommunaler Demokratie	55
3.2 Gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Herkunft	58
3.3 Schutz für Schutzbedürftige	60
3.4 Antifaschismus: Ein Bochum für alle	63
3.5 Frieden beginnt vor Ort – für Verständigung und Abrüstung	66

4. Stadtentwicklung

4.1 Für ein lebenswertes, soziales Bochum	71
4.2 Raus aus der Wohnungskrise – bezahlbare Mieten für alle	72
4.3 Stadtumbau: Gemeinsam planen und entscheiden.....	75
4.4 Kultur für alle	78
4.5 Gute Rahmenbedingungen für den Sport in Bochum	82
4.6 Digitalisierung sozial und demokratisch.....	85

5. Ökologie, Klima und Verkehr

5.1 Sozial-ökologische Wende für Bochum	89
5.2 Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt	95
5.3 Bochum mobil – unsere sozial-ökologische Verkehrswende	104

Eine starke LINKE für ein solidarisches Bochum	110
--	-----

Unser Plan für Bochum

Bochum ist eine tolle Stadt und mittlerweile die Heimat von über 372.000 Menschen. Daran haben vor allem die Bochumerinnen und Bochumer, viele Initiativen und Vereine einen wichtigen Anteil. Denn Bochum wird zugleich schlecht regiert. DIE LINKE tritt an, den politischen Stillstand unter Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und seiner Rathauskoalition zu beenden. Bochum darf nicht länger hinter seinen Möglichkeiten zurückbleiben. DIE LINKE setzt sich für eine soziale Wende ein, die die Armutsspirale beendet, Wohnen wieder bezahlbar macht und die Verkehrswende nicht nur in Hochglanzbroschüren auf die Zukunft verschiebt, sondern tatkräftig loslegt. Für uns zählen nicht die Profitinteressen von Miethaien wie der Vonovia, sondern die Bedürfnisse der Bochumerinnen und Bochumer. Wir wollen kein Teil von Hinterzimmergesprächen werden. DIE LINKE will Bochum für die Mehrheit der Menschen lebenswerter machen, die nicht von den Steuergeschenken der vergangenen Jahrzehnte an Reiche und große Konzerne profitiert haben. Soziale Gerechtigkeit, eine sozial-ökologische Energie- und Verkehrswende und Frieden gibt es nur mit uns.

Für uns ist klar: Bochum geht nur solidarisch!

Bochum ist heute leider eine sozial tief gesplante Stadt. Das zeigt sich bereits bei den Startchancen für die jüngsten Bochumerinnen und Bochumer. Während in Stiepel überdurchschnittlich viele Kinder eine Gymnasialempfehlung erhalten, ist in Wattenscheid Mitte eine Realschulempfehlung die Regel. Die unterschiedlichen Jobchancen und das zukünftige Einkommen lassen sich hier schon erahnen. Besonders drastisch zeigen sich die Unterschiede aber bei der Quote der Arbeitslosengeld II und Sozialgeld Beziehenden. Der Ortsteil Kruppwerke liegt hier zum Beispiel mit fast 28 Prozent deutlich über dem Stadtdurchschnitt von 15,5 Prozent. Im Vergleich dazu hat Stiepel eine ALG-II-Quote von 2,4 Prozent. Dass sich die Startchancen für unsere Kinder und der eigene Geldbeutel an der Postleitzahl ablesen lassen, ist ein Skandal. Hier zeigt sich das Versagen der regierenden Parteien auf Bundes- und Landesebene sowie hier in Bochum, die für die Armutsspirale verantwortlich sind.

Statt Privatisierungen, Stellenabbau im öffentlichen Dienst und Wettbewerbsorientierung braucht es eine solidarische Wirtschafts- und eine gerechte Finanzpolitik, die den Bochumerinnen und Bochumern dient. Die Standortschließungen von Nokia und Opel in Bochum haben ihre tiefen Spuren hinterlassen und die Entwicklungen bei Thyssenkrupp schüren neue Ängste. Wenn Menschen Angst um ihren Arbeitsplatz und die Zukunft ihrer Familien haben, muss das Politik umtreiben und zu einer Änderung führen. Hier geht es tatsächlich um die Zukunft unserer Heimatstadt. Wir finden uns damit jedenfalls nicht mit Standortschließungen ab, ob bei Thyssenkrupp oder dem kleinen Handwerksbetrieb oder Einzelhandelsgeschäft um die Ecke. Es ist Zeit, aktiv die Zukunft der Stadt zu gestalten und Bochum fit für die Zukunft zu machen.

Statt sich mit der „schwarzen Null“ in den Ruin zu sparen, tritt DIE LINKE für eine gerechte Finanzierung ein, die vor allem die Superreichen und Unternehmen in die Pflicht nimmt, die sich durch Steuersenkungen und Steuervermeidung aus der Verantwortung ziehen konnten. DIE LINKE ist die einzige Partei, die ein gerechtes und soziales Konzept für Steuern und Abgaben hat. Für uns ist klar: Es ist genügend Geld da, um mit einer Beschäftigungsgesellschaft für gute Arbeit zu sorgen, die Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst zurückzunehmen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

DIE LINKE steht für gute Arbeit, die nicht krank macht, und für faire Löhne. Tarifflicht, Dauerbefristungen, die ständige Angst im Fall von Arbeitslosigkeit auf Hartz IV zu fallen und Sondergenehmigungen für Sonntagsöffnungen, die das Familienleben der Beschäftigten im Einzelhandel erschweren, wird es mit uns nicht geben. Wir wollen in die Zukunft Bochums investieren und die städtischen Unternehmen und Beteiligungen wie die VBW und die Stadtwerke zukünftig am Gemeinwohl orientieren. Sie sollen ihrem Auftrag gerecht werden, und nicht wie zum Beispiel die VBW die kleine Schwester des Miethais Vonovia spielen.

DIE LINKE will raus aus der Wohnungskrise und bezahlbare Mieten für alle schaffen. Die Bodenprivatisierung muss beendet und städtische Grundstücke sollen kommunalen und anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen nach dem Erbbaurecht für den Bau von Wohnungen im Preissegment der öffentlichen Wohnungsbauförderung zur Verfügung gestellt werden. DIE

LINKE tritt für einen wirksamen Mietendeckel und eine deutliche Erhöhung der Quoten für öffentlich geförderten und mietpreisgebundenen Wohnraum ein. Das wird den Lobbyistinnen und Lobbyisten von Vonovia und Co. nicht gefallen. Für uns gibt es aber kein Recht auf ungehemmte Profite zulasten der Mieterinnen und Mieter, sondern nur ein Recht auf gutes Wohnen.

Bochum hat mehr als 1,75 Milliarden Euro Schulden, die sich auch durch eine bessere Finanzierung rückwirkend nicht abbauen lassen. Und Bochum steht mit dieser Schuldenbelastung auch nicht allein da. Die Bochumerinnen und Bochumer, vor allem die mit einem geringen Einkommen, sind aber auf eine gut finanzierte und handlungsfähige Stadt angewiesen. DIE LINKE fordert deshalb einen Altschuldenfonds. Dieser Fonds soll die Schulden aus den Liquiditätskrediten der Kommunen übernehmen. Ohne Altschulden und mit einer ausreichenden Finanzausstattung wäre Bochum endlich in der Lage, den notwendigen sozialen und ökologischen Stadtumbau anzugehen.

Wir wollen Bochum sicherer machen. Wer sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten hangelt und nicht weiß, ob das Geld bis zum Monatsende reicht, wird das Leben zu Recht nicht als sicher empfinden. Für DIE LINKE ist klar, dass Sicherheit immer mit sozialer Sicherheit beginnt. Deshalb streiten wir für eine soziale Beschäftigungspolitik in Bochum. Aber wir wissen auch, dass sich nur Reiche eine schwache Stadt leisten können. Wer nachts in der U-Bahn unterwegs ist oder schnell auf die Hilfe von Feuerwehr, Polizei oder Rettungsdienst angewiesen ist, muss sich sicher sein können, dass schnell Hilfe kommt. Eine am Bedarf orientierte Personaldecke, gute Arbeitsbedingungen ohne Überbelastungen und faire Löhne sind hier besonders wichtig.

DIE LINKE steht für Vielfalt, ein selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung verschiedener Lebensweisen im friedlichen Mit- und Nebeneinander. Wir entwickeln unsere Politik nach Grundüberzeugungen und sachlichen Kriterien. Wir verkaufen unsere Meinung nicht an Interessengruppen, tauschen sie nicht gegen Posten und orientieren sie nicht an Meinungsumfragen. Die Zukunftsgestaltung von Bochum darf nicht in Parteizirkeln, bürokratischen Verwaltungsrunden oder in der Grauzone sogenannter Hinterzimmergespräche mit wirtschaftlich starken Lobbygruppen ausgehandelt werden. Deshalb nehmen wir keine Spenden von Unternehmen und auch keine Großspenden an.

DIE LINKE steht für Solidarität statt Vereinzelung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft und eine Gemeinschaft, in der alle eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Herkunft, Alter, Geschlecht oder Hautfarbe dürfen keine Hemmnisse sein, sondern sollen und müssen vielmehr als Bereicherung ernstgenommen werden. DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der alle Menschen Bürgerrechte haben.

Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums unseren Widerstand entgegen. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern. DIE LINKE Bochum wird auch in den kommunalen Vertretungen offen sein für den Protest und die Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihrer Gewerkschaften, der Globalisierungskritikerinnen und -kritiker, der Menschen mit Behinderungen, der Frauenbewegung, der Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Kultur, von Migrantinnen und Migranten. Ihre Ideen und ihr Engagement werden gebraucht. Nur im Zusammenspiel mit außerparlamentarischen Kräften kann DIE LINKE im Bochumer Stadtrat und in den Bezirksvertretungen Erfolg haben.

Wir kämpfen in Bochum dafür, dass in unserer Stadt niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Wir akzeptieren es nicht, dass die Interessen weniger Besitzender über die Interessen der Mehrheit gestellt werden. Wir stehen für ein neues Modell der Gesellschaft, ein Modell des Miteinanders, der praktischen Solidarität. In Bochum muss die soziale Gerechtigkeit an erster Stelle stehen.

Es lohnt, DIE LINKE zu wählen.

Corona-Krise solidarisch bewältigen

Die Corona-Pandemie hat auch Bochum in eine beispiellose Situation gebracht. Es handelt sich dabei nicht nur um eine medizinische Krise, sondern sie stellt die ganze Gesellschaft vor eine dramatische Belastungsprobe. Viele haben nicht nur Angst um ihre Gesundheit, sondern vor allem auch um ihre wirtschaftliche Existenz. Dabei trifft die Krise diejenigen am härtesten, die wenig haben.

Unzählige Bochumerinnen und Bochumer haben drastische Einkommensverluste bis zum Totalausfall erlitten. Bereits bis Mai 2020 haben im Bereich der Bochumer Arbeitsagentur 3.193 Unternehmen Kurzarbeit angemeldet. Betroffen sind mehr als 36.000 Beschäftigte in diesen Betrieben. Besonders betroffen sind auch Kinder, die nicht mehr in Kitas und Schulen durften, Menschen, die in kleinen Wohnungen leben, Familien, wohnungslose Menschen und Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften, ältere Menschen, Solo-Selbstständige sowie kleine Betriebe ohne Rücklagen.

Viele Menschen in Bochum haben in der Krise bis zum Umfallen gearbeitet und ihre Gesundheit riskiert – zum Beispiel in der Pflege, in den Sozialeinrichtungen, in den Supermärkten und in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge, die zur Grundversorgung notwendig sind. Es sind vor allem auch Frauen, die den Laden am Laufen gehalten haben. Viele von ihnen werden seit eh und je mies bezahlt. DIE LINKE sagt: Ihre Bedeutung und das Risiko in diesen Berufen sollte sich auch in der Bezahlung ausdrücken. Deswegen kämpfen wir in Bochum gemeinsam mit den Gewerkschaften nicht nur für mehr Wertschätzung, sondern insbesondere auch für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Pandemie traf auf ein Gesundheitssystem, das seit Jahren kaputtgespart wurde. In Krankenhäusern fehlen mehr als hunderttausend Pflegekräfte. Jetzt rächen sich die Privatisierungen und die damit verbundene Profitorientierung in Gesundheitswesen und Pflege. Deshalb müssen wir jetzt alles tun, um das Gesundheitssystem dauerhaft krisenfest zu machen. Auf Bundesebene fordert DIE LINKE daher 500 Euro mehr Grundgehalt für alle in der Pflege als dauerhafte Sofortmaßnahme. Wir müssen sofort in die Kranken-

häuser investieren und den in den vergangenen Jahren aufgelaufenen Investitionsstau von 30 Milliarden Euro beheben. Das Gesundheitssystem soll wieder für die Menschen da sein, und nicht zur Erwirtschaftung von Profiten privater Unternehmen.

Die Auseinandersetzung darüber, wer für die Folgen der Krise zahlen soll, ist in vollem Gange. Es gibt in Deutschland mehr als 1,3 Millionen Millionärinnen und Millionäre sowie 126 Milliardärinnen und Milliardäre. Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Diese Menschen können sich zusätzliche Abgaben zur Bewältigung der Krise und damit einen größeren Beitrag leisten – im Unterschied zu den Verkäuferinnen, Reinigungskräften und Kellnerinnen, die jetzt häufig mit 60 Prozent des Mindestlohns als Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld auskommen müssen. Außerdem dürfen die Rettungsmaßnahmen nicht dazu führen, dass die Gewinne der großen Konzerne, Banken und Immobiliengesellschaften unangetastet bleiben, während die Verluste und Einnahmeausfälle von der Gesellschaft übernommen werden. Wer Boni oder Dividenden auszahlt, in Steueroasen aktiv ist oder Stellenabbau betreibt, darf keine Staatshilfe bekommen.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass CDU/CSU und SPD nach der Krise zu ihrem Sparkurs zurückfinden wollen. Die Zeche dürfen dann die kleinen und mittleren Einkommen über noch höhere Steuern zahlen. DIE LINKE setzt sich dagegen für eine Vermögens- und Erbschaftssteuer ein und will das Steuersystem gerechter machen. Große Einkommen und Millionenvermögen müssen endlich wieder einen gerechten Beitrag leisten. Nach unserem Konzept gilt: Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat Einkommen hat, muss weniger Steuern bezahlen, wer über ein höheres Einkommen verfügt, wird belastet.

Für DIE LINKE in Bochum ist klar: Die Kosten der Krise dürfen auch nicht über später nachzuzahlende Mietschulden den kleinen und mittleren Einkommensgruppen aufgelastet werden. Gleiches gilt für Gas und Strom, und für Zwangsräumungen, die bisher nur zeitweilig ausgesetzt sind. Überall, wo wir Einfluss haben, werden wir den Ungerechtigkeiten den Kampf ansagen, die in der Corona-Krise besonders deutlich zutage treten. Während zum Beispiel große Supermarkt-Konzerne und Discounter Rekordgewinne einstreichen, sitzen die Kassiererinnen und Kassierer an der Kasse, machen

Überstunden, sind dem Ansteckungsrisiko ausgesetzt und bekommen keine angemessene Bezahlung. Schlimmer noch, immer mehr Einzelhandelsunternehmen entziehen sich der Tarifbindung. Nur noch 30 Prozent der Einzelhandelsbeschäftigten haben den Schutz eines Tarifvertrages. Das muss sich ändern.

DIE LINKE fordert:

- Das Kurzarbeitergeld muss auf mindestens 90 Prozent des vorherigen Nettolohns aufgestockt werden. Um Beschäftigte auch mit niedrigen Einkommen abzusichern, erhält niemand weniger als 1.200 Euro netto (Vollzeit). Insbesondere bei den städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungen muss dies sofort und vollständig umgesetzt werden, denn sie haben eine Vorbildfunktion.
- Der Mindestlohn muss als Sofortmaßnahme auf 13 Euro in der Stunde angehoben werden. Erst dann schützt der Mindestlohn auch vor Altersarmut. Die Bundesregierung sollte ihre Blockadehaltung aufgeben und auf die überwältigende Mehrheit von 86 Prozent hören, die den bisherigen Mindestlohn zu niedrig findet.
- Die Unterstützung von Solo-Selbständigen, Honorarkräften, Kulturschaffenden und kleinen Betrieben muss ausgeweitet werden und über den Zeitraum der Schließungen hinaus anhalten.
- Keine Gewinne an Krisenverlusten! Der Rat der Stadt Bochum soll beschließen, dass die Stadtparkasse bis auf Weiteres auf die Erhebung von Dispozinsen verzichtet und Kleinkredite unbürokratisch vergibt.
- Die mehrheitlich städtische Wohnungsgesellschaft VBW soll Mieterinnen und Mietern, die durch die Krise in eine existenzbedrohende Lage kommen, eine zeitweilige Mietsenkung oder einen Mieterlass anbieten. Die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien der VBW sollen per Ratsbeschluss angewiesen werden, dies zeitnah umzusetzen. Die Stadt Bochum soll außerdem ähnliche Regelungen auch von den großen Wohnungsunternehmen wie Vonovia einfordern.

- Kleinvermieterinnen und -vermieter können häufig nicht in gleichem Umfang wie die hochprofitablen Konzerne auf Mieten verzichten. Die Stadt soll daher außerdem einen kommunalen Notfallfonds zur Abwendung von Überschuldung durch Miet-, Energie- und Wasserschulden auflagen.
- Im Interesse der Bochumerinnen und Bochumer sollen sich die Verantwortlichen der Stadt gegenüber den Verantwortlichen im Bund für einen Sofort-Aufschlag auf die Grundsicherung von 200 Euro einsetzen. Eine Kindergrundsicherung von 600 Euro soll Kinder vor Not und Armut schützen.
- Die Einhaltung der Abstandsregeln zum Schutz vor Infektionen darf kein Privileg sein: Geflüchtete aus den überbelegten Sammelunterkünften und auch Menschen, die auf der Straße leben, müssen in Ferienwohnungen, Hotels, Jugendherbergen und Pensionen in abgeschlossenen Wohneinheiten untergebracht werden. Wir wollen die Bemühungen der Stadt verstärken, den Betroffenen einen Umzug in eigene Wohnungen zu ermöglichen. Außerdem wollen wir alle kommunalen Restriktionen aussetzen, die es Menschen in Sammelunterkünften erschwert oder verunmöglicht, in selbst angemietete Wohnungen zu ziehen.
- Für saubere Schulen und gute Arbeitsbedingungen: Die Reinigung von Schulen und anderen städtischen Gebäuden soll wieder komplett in die öffentliche Hand. Wo die Reinigung ausgelagert wurde, muss sie rekommunalisiert werden. Die von SPD und Grünen durchgesetzte Senkung des Lohnniveaus bei den städtischen Reinigungskräften muss rückgängig gemacht werden.
- Bochumer Kulturschirm ausbauen! Die von der Stadt bisher zur Verfügung gestellten 120.000 Euro zur Unterstützung von Bochumer Künstlerinnen und Künstlern, Initiativen, Vereinen und Kultureinrichtungen war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Um die Betroffenen nicht alleine zu lassen, muss hier zeitnah nachgelegt werden.
- Bochum muss den wirtschaftlichen Wiederaufbau als Aufbruch in eine neue krisensichere, sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsform gestalten. Dafür müssen Finanzhilfen so ausgestaltet werden, dass Inves-

titionen in soziale und ökologische Infrastruktur Vorrang haben. Insbesondere müssen die Kapazitäten und Personal im öffentlichen Nahverkehr, in der Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung ausgebaut werden.

- Auch unter den Vorzeichen der Krise müssen politische Entscheidungen öffentlich und transparent diskutiert werden. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger darf nicht eingeschränkt werden. Der Weg aus der Krise soll auch nicht von Oben diktiert werden. Stattdessen schlagen wir vor, dass die Stadt Bochum lokalen Sozial- und einen Wirtschaftsrat gründet. In ihm sollen Vertreterinnen und Vertreter der Bochumer Zivilgesellschaft und der verschiedenen Interessengruppen über wichtige Maßnahmen beraten: Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände, lokale Initiativen, Senioren-, Frauen- und Jugendverbände, zivilgesellschaftliche Vereine und Wirtschaftsverbände müssen einbezogen werden.
- Rettungsschirm für die Kommunen offensiv einfordern! Der Rettungsschirm muss eine Übernahme der Altschulden in einen Altschuldenfonds genauso enthalten wie den Ersatz der Steuerausfälle und die Übernahme von krisenbedingten Mehrausgaben (z.B. bei den Gesundheitsämtern und bei den Kosten der Unterkunft bei Hartz IV).

1. Soziale Gerechtigkeit

1.1 Armutsspirale in Bochum stoppen – Soziale Gerechtigkeit schaffen

Armut grenzt aus, macht krank und ist menschenunwürdig. Armut ist aber vor allem keine Naturgewalt. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Dadurch wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer – auch bei uns in Bochum. Der Paritätische Wohlfahrtsverband gibt in seinem Jahresbericht 2019 an, dass in der Region Bochum und Hagen die Armutsquote in den vergangenen zehn Jahren um 21,8 Prozent gestiegen ist. Eine Armutsquote von 20,7 Prozent ist eine Katastrophe für die Menschen vor Ort, vor allem auch für die vielen Kinder, die in Armut aufwachsen. Der Paritätische spricht hier von einer verfestigten Armutsregion. Wir finden uns mit dieser Armutsspirale nicht ab und wollen sie stoppen.

Armut und Hartz IV

Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in den Kommunen. In Wattenscheid-Mitte leben inzwischen fast 29 Prozent der Menschen von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe. Im Ortsteil Kruppwerke sind es fast 28 Prozent. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeiterwerbslose, Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Zusätzlich wächst mit steigender Kinderzahl in einer Familie auch die materielle Armut. In zahlreichen Bochumer Stadtteilen leben inzwischen mehr als 40 Prozent aller Kinder in Armut.

Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen von den Hartz-Gesetzen und der Agenda-Politik geprägt, die 2004 von der Bundesregierung aus SPD und Grünen eingeführt wurden. Mit Hartz IV wurde nicht nur eine repressive Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. Die Zusammenlegung der bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe führte für Millionen zu einer

dramatischen Absenkung ihres Einkommens. Eines der wesentlichen Ziele dieser Politik bestand darin, durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes massenhaft unsichere Arbeitsverhältnisse und Billiglöhne durchzusetzen, um damit die Lohnkosten massiv zu senken und damit Gewinne der Unternehmen, vor allem auch der Leiharbeitsunternehmen, in einem fast schon obszönen Ausmaß zu steigern. Ein Viertel aller Hartz-IV-beziehenden Menschen besteht aus denjenigen, die aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht.

Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute für viele nicht zum Ausstieg aus der Armut. Bei mehr als der Hälfte, die den Hartz-IV-Bezug verlassen, ist eine Arbeitsaufnahme mit Löhnen unterhalb der Armutsschwelle verbunden. Hartz IV ist die permanente Demütigung und Armut per Gesetz. DIE LINKE will die durch Hartz IV geschaffenen Folgen nicht mildern, sondern das gesamte Hartz-System abschaffen.

Deshalb unterstützen wir auf kommunaler Ebene folgende bundespolitische Forderungen:

- Sofortige Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 582 Euro und die Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 Euro, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr, der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltspflichten.
- Erhöhung des Mindestlohnes auf mindestens 13 Euro pro Stunde.
- Die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen bei angeblich sozialwidrigem Verhalten im SGB II.
- Grundlegender Richtungswechsel in der Arbeitsmarktpolitik, so dass mit öffentlich geförderten Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen endlich wieder Arbeitsplätze geschaffen werden sowie eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, damit sich die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt.

Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten

Für eine wirksame Armutsbekämpfung in Bochum ist es erforderlich, zunächst einmal die kommunalpolitischen Handlungs- und Entscheidungsspielräume in den Blick zu nehmen, da zum Beispiel Hartz IV ein Bundesgesetz ist. Auf kommunaler Ebene gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken und eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen. So bestimmt die Trägerversammlung die Praxis jedes Jobcenters. Die Kommunalvertretungen haben hier die Möglichkeit, zum Beispiel auf die jeweiligen kommunalen Arbeitsmarktprogramme einen (mit entscheidenden Einfluss zu nehmen. Ebenso verhält es sich bei den von den Jobcentern massenhaft verhängten Sanktionen. Auch da könnte durch die Trägerversammlung in Form eines „Sanktionsmoratoriums“ die vom Hartz-IV-Regime ausgehende Repression zumindest entscheidend eingedämmt werden.

Ebenso bestehen deutliche Handlungsspielräume bei den „Kosten der Unterkunft“, die für den größten Teil der Hartz-IV-Betroffenen damit verbunden sind, dass sie entweder in zum Teil menschenunwürdigen Wohnverhältnissen leben oder aber durch nicht anerkannte Wohnkosten gezwungen sind, die Differenz zur tatsächlichen Miete aus dem eh schon zu niedrigen Regelsatz zu bestreiten. Insbesondere hier hat die Politik in Bochum einen alleinigen Handlungs- und Entscheidungsspielraum, in welcher Höhe sie Wohnkosten für Menschen bewilligt, die von Hartz IV oder Grundsicherung leben müssen. Ein wichtiges Moment ist zudem das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler Ebene. Wir zeigen als LINKE, zum Beispiel durch unsere wöchentliche Sozialberatung, dass wir konkret helfen und nicht bereit sind, uns mit den Zuständen in den Jobcentern und deren fragwürdiger Praxis abzufinden.

Seit Jahren steht das Hartz-IV-Regime wie kein anderes Sozialleistungssystem unter ständiger Kritik, und zwar nicht mehr nur durch DIE LINKE, Sozialverbände und Gewerkschaften. Entscheidend für die Überwindung der Armut sind jedoch gut bezahlte sichere Arbeitsplätze, die bis heute fehlen. In der Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden. Gute, öffentlich geförderte kommunale Beschäftigung ist ein Beitrag hierzu.

Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene:

- Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre Beschäftigung in allen ihren Formen sind auf kommunaler Ebene einzustellen. Stattdessen sind ausschließlich tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen, die aufstockende Hartz-IV-Leistungen überflüssig machen.
- Die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) durch die Jobcenter und Sozialämter ist am Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender örtlicher Vergleichsmieten zu orientieren und grundsätzlich in voller Höhe zu übernehmen; Zwangsumzüge sind unzulässig.
- Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die Kommunen sind verpflichtet, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.
- Durch Einführung eines Sozialpasses wird Menschen mit Einkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrages kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht.
- Sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt.
- Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit müssen bedingungslos bekämpft werden; unter anderem mit ‚Housing-First‘-Programmen als sozialer Alternative zum herkömmlichen System von Notunterkünften und vorübergehender Unterbringung. Bisher müssen Wohnungslose durch das Leben in verschiedenen Unterbringungsformen ihre „Wohnfähigkeit“ nachweisen und sich so für eine eigene Wohnung qualifizieren. Dabei fallen viele durchs Raster. Stattdessen sollen Betroffene auch in Bochum direkt in eine eigene Wohnung ziehen dürfen. Die Stadt Bochum soll die notwendigen Wohnungen zur Verfügung stellen und den Betroffenen Unterstützungsleistungen der sozialen Arbeit in der eigenen Wohnung kontinuierlich weiter anbieten.

DIE LINKE wird ihren Einfluss nutzen, um diese Forderungen und Positionen im Sozialausschuss, im Rat der Stadt Bochum und insbesondere gegenüber der Trägerversammlung des Jobcenters geltend zu machen.

Wir brauchen in Bochum eine ab dem ersten Kita-Jahr kostenfreie, ganztägige Kinderbetreuung, die den Kindern gleiche Bildungschancen von Beginn an bietet und ihren Eltern die Möglichkeit auf Erwerbstätigkeit gibt. Diese Betreuung darf aber nicht nur der Verwahrung dienen – Kinder haben einen Anspruch auf eine pädagogisch hochwertige Fürsorge.

Zu einem menschenwürdigen Leben gehört es auch, soziale Kontakte zu haben und diese auch dann aufrecht erhalten zu können, wenn man von Armut betroffen ist. Die Möglichkeit, Busse und Bahnen zu nutzen ist hierfür unerlässlich. Wir fordern daher ein kostenfreies Sozialticket für Bochum.

Mit diesem Forderungsprogramm wird Armut in Bochum nicht abgeschafft, da dazu ein grundsätzlicher Politikwechsel auf Bundesebene erforderlich ist. Das Programm kann jedoch dazu beitragen, die Lebensverhältnisse eines großen Teils der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern.

1.2 Gesundheit ist ein Menschenrecht

Die Gesundheit ist eines der höchsten Güter des Menschen. Die Gesundheitsdefinition der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Leitbild und Ziel unserer Gesundheitspolitik: „Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen.“

Die Gestaltung der Bochumer Gesundheitspolitik ist für DIE LINKE Gemeinschaftsaufgabe verschiedener Politikbereiche. Die wirtschaftlichen Aspekte stehen derzeit im gesamten Gesundheitswesen im Vordergrund. Ein solidarisches Gesundheitssystem kann dagegen nur ohne Profitinteressen überleben. Es darf nicht länger möglich sein, dass die Behandlung

von Patientinnen und Patienten mehr dem Gewinn dient als der Gesundheit der Betroffenen, oder dass sie ihnen sogar Schaden zufügt. Die hierzulande hohe Zahl an orthopädischen Operationen ist dafür ein Beleg.

DIE LINKE fordert:

- Gesundheit ist keine Ware sondern staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. Daher wollen wir die Abschaffung der marktwirtschaftlichen Orientierung.
- Kostenfreie Prävention und Rehabilitationsangebote für alle, die sie benötigen. Gesundheitsförderung und Prävention müssen auch dazu beitragen, die sozialen Ursachen von Krankheiten zu verringern.
- Eine Verbesserung im Bereich der Palliativmedizin. Die Bettenzahl ist entsprechend dem tatsächlichen Bedarf zu erhöhen. Die Hospize sind stärker zu fördern.
- Ausbau der Untersuchungen auf krankmachende Bedingungen und Schadstoffe in Betrieben, Schulen und anderen Einrichtungen.
- Bedarfsgerechte schulärztliche Betreuung und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen.
- Förderung von Programmen zur Versorgung und Sicherstellung der Gesundheit von Personen, die von Armut betroffen sind.
- Ausbau und dauerhafte Absicherung der medizinischen Versorgung obdachloser Menschen in Bochum.
- Gewährleistung einer vollumfänglichen und medizinischen Versorgung für Geflüchtete in Bochum.
- Den Ausbau intensiver Betreuungs- und Integrationsprojekte für Drogenkranke wie der Krisenhilfe Bochum.
- Den Erhalt des Drogenkonsumraumes in Bochum.

- Die gesundheitlichen Risiken in Bochum sind zu erfassen, Gegenmaßnahmen sind festzulegen und einzuleiten.
- Bessere Kooperation zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen, zum Beispiel durch Polikliniken bzw. Medizinische Versorgungszentren (MVZ).
- Generell barrierefreie Gesundheitseinrichtungen.
- Den Ausbau und die Förderung kommunaler Pflegedienste.

1.3 Bildung

Vielen Kindern und Jugendlichen wird der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen und Abschlüssen aufgrund ihrer sozialen Herkunft verwehrt. Kinder beziehungsweise Jugendliche aus einkommensstarken Familien haben große Chancen auf einen qualifizierten Schulabschluss, die Chancen von Kindern aus finanziell schwächeren Familien auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz sind deutlich geringer. Dies zeigen diese Zahlen: 2018 gingen aus dem Stadtteil Stiepel null Prozent aller Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse auf eine Hauptschule und 68 Prozent auf ein Gymnasium. In Wattenscheid-Mitte sieht es da deutlich anders aus. 18,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler wechselten von der Grundschule auf eine Hauptschule, und nur 29 Prozent auf ein Gymnasium. Dies zeigt deutlich, welchen Einfluss das Wohnen in einem Stadtteil auf die Schulkarriere hat. Eine Schule für alle würde diese frühe, auch soziale, Selektion der Kinder vermeiden. Deshalb fordert DIE LINKE eine Schule für alle – längeres gemeinsames Lernen bringt höhere Bildungserfolge. Als wichtigen Schritt dahin brauchen wir in Bochum weitere Gesamtschulen. Besonders in Wattenscheid muss in naher Zukunft eine neue Gesamtschule errichtet werden. Die Stadt Bochum hat für das Schuljahr 2020/21 erneut 148 Erstanmeldungen für die fünften Klassen an den Bochumer Gesamtschulen wegen Platzmangel abgelehnt. Diese hohen Anmeldezahlen zeigen, dass die Gesamtschulen bei den Eltern und Schülerinnen und Schülern sehr beliebt sind.

Der für 2025 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote. Aber auch die immer weiter steigenden Kosten und die Mehrbelastung der Eltern durch teure Bücher, Nachhilfe, Klassenfahrten etc., führen zu einer Selektion der Kinder im Bildungswesen.

DIE LINKE tritt ein für:

- Ausreichend Finanzmittel für die Kommune, damit diese ihren schulpolitischen Aufgaben in vollem Umfang gerecht werden können.
- Einen Schulsozialindex, um Ungleiches ungleich zu behandeln.
- Interkommunale Zusammenarbeit in der Schulentwicklungsplanung für ein breitgefächertes schulisches Angebot.
- Einen Rechtsanspruch für Kinder aus prekären Einkommensverhältnissen auf eine Einschulungshilfe sowie auf kostenfreie Schulbücher und ein warmes Mittagessen. Grundbedarf soll nicht erbettelt werden müssen.
- Ein kostenfreies Ticket für Bus und Bahn für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, damit der Schulweg gesichert ist.
- Digitale Infrastruktur auf dem modernsten Stand ausbauen. Viele Schulen in Bochum besitzen immer noch kein eigenes WLAN.
- Weitere Gesamtschulen in Bochum als Regelschule für alle. Besonders in Wattenscheid fehlen Gesamtschulplätze.
- Qualifizierte und angemessen entlohnte Lehr- und Betreuungskräfte.
- Sofortige Ausbauplanung für eine 100-Prozent-Versorgung im Grundschulganzttag, besonders in benachteiligten Sozialräumen.

Erwachsenen- und Weiterbildung

DIE LINKE Bochum setzt sich für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und einen Ausbau der Volkshochschule ein. Das Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, auch wenn ein besonderes Augenmerk und besondere Förderung sich angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung auf die politische Bildung richten muss. Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen. Für uns ist das Recht auf Lernen in jedem Alter wichtig. Es muss verhindert werden, dass die Volkshochschule sich zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen Ausrichtung, seiner selektiven Konkurrenzstrukturen und einer überwiegenden Projektfinanzierung unterwerfen muss.

Die Volkshochschule ist außerdem Ansprechpartnerin für unterschiedliche Zielgruppen, besonders für solche, die am Bildungsmarkt benachteiligt werden. Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke kann die Volkshochschule eine wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsene sichern.

DIE LINKE tritt ein für:

- Erhalt und Ausbau der Bildungsangebote der Volkshochschule, damit die VHS dem Bildungsauftrag auch gerecht werden kann.
- Ein entgeltfreies Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung. Zur Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen zählt.
- Eine deutliche Aufwertung der politischen Bildung.
- Gute Arbeitsbedingungen für Dozentinnen und Dozenten. Die Arbeitsbedingungen müssen sich an den geltenden Standards und Besoldungsgruppen orientieren. Die Qualität der Kursangebote darf nicht zu Gunsten geringerer Honorarkosten leiden.

Sponsoring und Privatisierung im Bildungswesen

Die fortschreitenden Privatisierungsschritte in den Kommunen führen dazu, dass immer mehr Menschen vom gleichberechtigten Zugang zu Bildung ausgeschlossen werden. Werbung und Wirtschaft haben Schulen für sich entdeckt. Unter dem Einfluss privatwirtschaftlicher Faktoren wie Sponsoring und der damit verbundenen Produktwerbung verlieren öffentliche Schulen ihren zur Neutralität verpflichtenden Bildungsauftrag. DIE LINKE fordert eine gerechte, demokratische Bildung und spricht sich gegen jegliche Privatisierungstendenzen im Bildungswesen aus.

Die Weiterbildung ist der inzwischen am stärksten kommerzialisierte Bildungsbereich in Deutschland. Neben den privaten Weiterbildungseinrichtungen sind die allgemeinbildenden Privatschulen und private Schulen, die eine Berufsausbildung anbieten, auf dem Vormarsch. Auch hier gilt: Nur wer zahlt, darf hier lernen – das ist ein Aushebeln der demokratischen Bildungsangebote.

DIE LINKE lehnt ab, dass

- Sponsoring die pädagogische Freiheit und die Lehrpläne beeinflusst.
- privatwirtschaftliche Interessen einseitig den schulischen Bildungsauftrag vereinnahmen.
- Produktwerbung und Kommerz zum Alltag in Schulen werden.
- Eltern immer mehr zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden, entweder durch Geld- oder Sachleistungen.
- die Bundeswehr an Schulen und Berufsmessen auftritt und bei Minderjährigen für In- und Auslandseinsätze wirbt.

1.4 Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche

Die Armut von Kindern und Jugendlichen verharrt seit Jahren in Bochum auf einem sehr hohen Niveau. Mehr als 12.000 Kinder unter 15 Jahren leben von Hartz IV, das sind 28 Prozent aller Kinder in Bochum, Tendenz steigend. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen. Dabei gilt für DIE LINKE in Bochum, dass Kinder und Jugendliche ein Menschenrecht auf gleiche Teilhabe, gleiche Lebenschancen und gleiche Förderung haben. Wer Leistungen für Kinder und Jugendliche kürzt und Bildungs-, Förderungs- und Freizeitangebote für sie vom Geldbeutel der Eltern abhängig macht, verbaut nicht nur ihre Zukunft, sondern gefährdet die Zukunft unserer Gesellschaft insgesamt. Deswegen ist eine gute soziale Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung, um Chancengleichheit zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen.

Für DIE LINKE in Bochum sind deshalb die folgenden Aufgaben, Ziele und Projekte vordringlich:

Größte Priorität hat die Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter. Es darf keine Wartezeiten für hilfebedürftige Kinder in Kindertagesstätten und Therapieeinrichtungen geben. Steigende Geburtenraten haben vielerorts dazu geführt, dass die Betreuungsquoten stagnieren oder sogar rückläufig sind. Die Eltern dürfen nicht mit Tagespflegeplätzen abgespeist werden. Deshalb ist das Kindertagesstättenangebot für unter Dreijährige auszubauen. Es muss gebührenfrei für alle Kinder sein. Dabei soll der Kita-Neubau durch kommunale Träger statt durch Privatinvestoren durchgeführt werden. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Familien ist zu garantieren und die Bildungsarbeit in allen Vorschuleinrichtungen ist von pädagogischem Fachpersonal zu leisten.

Mehr als 1.400 Bochumer Jugendliche und Erwachsene im Alter von 15 bis 25 Jahren werden in der offiziellen Statistik als arbeitslos geführt. Dabei rechnet die Agentur alle heraus, die sich als Arbeitslose in einer Maßnahme befinden, die krank sind oder die von einer privaten Arbeitsvermittlung betreut werden. Immer noch gibt es in Bochum zu wenig Ausbildungsplätze,

um den Bedarf zu decken. Gegen die dramatische Jugendarbeitslosigkeit fordern wir nachdrücklich die Erhebung einer Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die sich dieser gesellschaftlichen Pflicht entziehen. Stadt, Wirtschaft und Handwerk sind aufgerufen, in einem Bündnis für Ausbildung den jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Die Stadt Bochum und ihre Eigenbetriebe müssen dabei mehr ausbilden als bisher und besonders für jene einen Ausbildungsplatz anbieten, die es besonders schwer haben, einen solchen zu finden. DIE LINKE in Bochum strebt bei den Eigenbetrieben der Stadt eine zehnpromtente Ausbildungsquote mit Übernahmegarantie an. Außerdem sollen Praktika dort vergütet werden.

Die wachsende Hilfsbedürftigkeit benachteiligter Kinder erfordert die weitere Aufstockung des Personals im Sozialen Dienst des Jugendamtes. Dabei ist es wichtig, dass es eine strukturelle Verzahnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe sowie mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention und therapeutische Maßnahmen für suchtmittelkonsumierende Kinder und Jugendliche gibt. Der Erhalt und Ausbau von Streetwork und Angeboten mobiler Jugendarbeit ist zu gewährleisten.

Ein flächendeckendes Angebot von Kinder- und Jugendfreizeithäusern in Bochum darf auch in Zeiten kommunaler Sparpolitik weder in der Personal- noch Sachausstattung eingeschränkt werden. Kinder und Jugendliche brauchen wohnortnahe Freiflächen, Spiel- und Sportplätze für Freizeitaktivitäten auch außerhalb von Vereinsstrukturen. Dafür sollen die Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume auch außerhalb der Schulzeit geöffnet sein. Um eine stärkere Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben zu ermöglichen, wollen wir den Bochum-Pass und ganztägige Freizeitangebote der Stadt Bochum für Kinder in den Schulferien und darüber hinaus ausbauen. Damit wollen wir die sozialen Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine öffentliche Aufgabe. Armut ist mit vielen schwerwiegenden gesundheitlichen Risiken verbunden, wovon in besonderer Weise Kinder betroffen sind. Die Folgekosten von Krankheit sind in den Hartz-IV-Regelsätzen nicht vorgesehen. Gesunde Ernährung ist für viele faktisch nicht finanzierbar. Deshalb ist es wichtig, dass es breitenwirksame Programme für Bewegung gibt, genau

so wie öffentlich finanziertes gesundes Essen an Kindertagesstätten und Schulen aus ökologisch angebauten, vorrangig aus der Region stammenden Lebensmitteln.

Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, was ihre wirklichen Bedürfnisse und Wünsche sind.

Wir setzen uns deshalb in Bochum für verschiedene, auf den jeweiligen Entwicklungsstand abgestimmte Beteiligungsformen ein. Die Vertretungen der Schülerinnen und Schüler müssen gestärkt und gezielte Förderung von Kinder- und Jugendmedien erweitert werden. Die Arbeit des Kinder- und Jugendrings Bochum und der Jugendverbände als Betätigungsfeld für Eigeninitiative, Selbstständigkeit und demokratische Willensbildung ist nachhaltig zu fördern. Für die demokratische Mitbestimmung ist es wichtig, dass es einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht im Rat der Stadt Bochum gibt, der bei kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen Mitspracherecht hat.

Neofaschistische, rassistische und anders diskriminierende Alltagskulturen dürfen keine Chance gegen das solidarische, demokratische, weltoffene anti-rassistische und antifaschistische Lebensgefühl von jungen Menschen in Bochum haben. Für unsere Kinder- und Jugendpolitik ist dieser Anspruch sowohl Ziel als auch Orientierung. Deshalb fordern wir Anti-Gewaltarbeit an Schulen und Jugendeinrichtungen, und Projekte zum Beispiel gegen Rassismus und Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit.

1.5 Schluss mit geringeren Löhnen, Sexismus und Ausgrenzung Gleichberechtigung jetzt!

Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der öffentlichen Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen wie der nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Positionen mit Entscheidungsmacht, Sexismus und Menschenrechtsverletzungen sind kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden müssen. Deshalb reicht uns Gleichstellung allein nicht aus.

Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Dafür braucht es Ausklärungsarbeit in den Bildungseinrichtungen, eine solidarische Anpassung der Sozialsysteme, professionelle Sorgearbeit und eine Aufwertung von personenbezogenen Dienstleistungen. Zudem müssen Frauen- und Mädchenprojekte sowie Frauenhäuser erhalten und ausreichend finanziert werden. Notwendig ist eine stärkere Förderung von sicheren Treffpunkten für Mädchen sowie für Lesben, Schwule oder Trans- und Interpersonen. Die Gleichstellungsbeauftragte muss gegenüber der Politik und Verwaltung gestärkt werden. Das Ziel unserer Politik ist eine offene und tolerante Gesellschaft, eine gerechte Aufteilung von bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten sowie eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Pflege ohne Benachteiligung der in diesen Bereichen Arbeitenden Menschen. Hier hat die Stadt Bochum eine Vorbildfunktion, der sie gerecht werden muss.

Vorbild Stadt Bochum?

In den politischen Entscheidungsprozessen ist das Mitspracherecht von Frauen auszuweiten. Der Bochumer Frauenbeirat hat nur beratende Funktion und damit wenig politisches Gewicht. Stattdessen braucht es einen Ausschuss für Frauen und Gleichstellung, der dann mehr Einfluss zum Beispiel in Haushaltsfragen hätte.

Unsere Vorstellungen von geschlechtergerechter Politik gipfeln nicht in der Forderung, dass Frauen allein bequeme Chefsessel erobern, während Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen unbearbeitet bleiben. Genau so wenig wollen wir, dass alle Menschen aller Geschlechter Niedriglohnjobs mit gleicher, mieser Bezahlung übernehmen „dürfen“. Wir setzen uns für ein gutes Leben für alle ein.

Zeit, Geld und soziale Garantien für ein gutes Leben

Ein selbstbestimmtes Leben erfordert eigenständiges Bestimmen über vorhandene Zeit: für Erwerbsarbeit, Familie, Bildung und kulturellen Austausch – aber auch für politisches Engagement, ausreichende Erholung und Zeit für sich selbst. Das setzt einen der Tätigkeit angemessenen, existenzsichernden Lohn oder ein Einkommen voraus, das ein würdevolles Leben sichert, und darüber hinaus ein anderes Gesellschaftsmodell. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Die Ungerechtigkeit, dass Frauen um 21 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer („unbereinigter Gender Pay Gap“, Statistisches Bundesamt 2018), ist zu beseitigen. Der sofortige und nachhaltige Einstieg in eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten ist durch konkrete politische Maßnahmen zu gewährleisten. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass die geringe Anrechnung von Kindererziehung und Pflegezeiten bei der Rentenberechnung weiterhin zu Armutsrenten für Frauen beiträgt. In unseren Sozialsystemen ist eine veraltete Erwerbsbiografie von 45 Jahren Vollzeitarbeit der Maßstab. Damit werden die realen Lebenswege von Frauen und Männern in der heutigen Welt ignoriert und weggelogen – und damit Solidarität und Emanzipation verhindert. Eine Neubewertung kann nachhaltig angeschoben werden, indem alle bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten gerecht zwischen den Geschlechtern und zwischen Erwerbslosen und Vollzeiterwerbstätigen aufgeteilt werden. Der erste mögliche Schritt in diese Richtung ist eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden, hin zu einer kürzeren Vollzeit und einer langen Teilzeit. Dabei ist nicht nur der volle Lohnausgleich, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bezahlung zu sichern, und es müssen vielfältige familien- und bildungsfreundliche Arbeitszeitmodelle etabliert werden.

Unterstützung vor Ort

Ein dezentrales Beratungs- und Bildungsangebot ist notwendig. Davon sind wir jedoch in Bochum weit entfernt. Die bestehenden Beratungseinrichtungen sind meist im Innenstadtbereich angesiedelt und kämpfen oftmals ums Überleben. Während die Kosten und der Beratungsbedarf (zum Beispiel durch Hartz IV) steigen, stagnieren die städtischen Zuschüsse. Häufig arbeiten Frauen in den Beratungsstellen ehrenamtlich oder unter prekären Arbeitsbedingungen (wenige Stunden pro Woche auf Honorarbasis). Auf Dauer lassen sich Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ehrenamtlich so nur schlecht aufrechterhalten. Irgendwann ist die Luft raus. So erging es vor vielen Jahren dem Bochumer Notruf für Frauen und Mädchen, der dann seine Arbeit einstellte. Aber auch die Beratungsstellen mit bezahlten Kräften sind meist überlastet, und das über Jahre hinweg. Die Beratungsstruktur ist unbedingt zu erhalten und auszubauen. Dabei muss die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt werden. Allein durch fehlende Sprachkenntnisse können sie zum Teil die bestehenden Angebote nicht nutzen. Zusätzliche Sprachkurse (außerhalb der Einbürgerungsmaßnahmen) müssen angeboten werden.

Auch das Angebot für Mädchen ist auszuweiten. Mädchen suchen Frauenberatungsstellen wenig auf. Diese sind aus ihrer Sicht Erwachsenenrichtungen. Eine Mädchenberatungsstelle, die für alle Lebenslagen ansprechbar ist, Freizeitaktivitäten anbietet und als Treffpunkt dient, wäre ein toller Fortschritt für Bochum.

Sicherheit vor Gewalt und Gewaltprävention

Gewalt gegen Frauen gehört in Deutschland leider zum Alltag, das belegen Studien. 40 Prozent sind schon einmal Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt geworden. 25 Prozent haben mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren Lebenspartner erlitten. Gewalt wird in den meisten Fällen von Tätern aus dem persönlichen Umfeld verübt, häusliche Gewalt ist ein weit verbreitetes Problem, das wenig nach außen dringt. Das Bochumer Netzwerk gegen häusliche Gewalt ist ein guter Ansatz, die verschiedenen Akteurinnen und Akteure mit einander zu vernetzen und mehr Öffentlichkeit herzustellen. Die in diesem Bereich aktiven Beratungs-

stellen leiden jedoch besonders unter Personalmangel und fehlenden Sachmitteln. Angebote für Mädchen gibt es so gut wie gar nicht. Das muss sich ändern.

Das Frauenhaus Bochum bietet von Gewalt betroffenen Frauen sowie ihren Kindern eine geschützte Wohnmöglichkeit auf Zeit. Aktuell wird es fallbezogen über Tagessätze finanziert. Frauen, die über kein ausreichendes Einkommen verfügen, um die Tagessätze zu bezahlen, müssen für den Aufenthalt Sozialleistungen beantragen – auch wenn sie für den eigenen Lebensunterhalt sonst keine Sozialleistungen bräuchten.

DIE LINKE Bochum tritt ein für:

- Erhalt und Ausbau des Bochumer Frauenhauses: Umstellung der Finanzierung von einem Tagessatz-Modell auf eine auskömmliche Pauschalfinanzierung durch die Stadt. Die Stadt Bochum soll sich außerdem an dem dringend notwendigen Neubau finanziell beteiligen.
- Förderung eines selbstverwalteten Frauen-Gesundheitszentrums.
- Besondere Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen unter anderem bei der Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall.
- Die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen durch den Ausbau der Kinderbetreuung, die kostenlos sein muss.
- Die Umsetzung des Frauenförderplans der Stadt Bochum und Ausweitung auf die städtischen Gesellschaften.
- Den Ausbau des Beratungs- und des Sprachkursangebots für Migrantinnen sowie des Übersetzungsdienstes.
- Die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs unter Berücksichtigung des Abbaus von Angsträumen, zum Beispiel in U-Bahnhöfen, dem Hauptbahnhof und Parkhäusern.

- Ausbau und Unterstützung dezentraler Bildungs- und Beratungsangebote.
- Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen in finanziellen Notlagen.
- Dauerhafte Fortführung und Förderung von Beratungen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter.

Homophobie und jede Form von Ausgrenzung bekämpfen

Viele dieser Forderungen helfen nicht nur Frauen, sondern auch den Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam angegriffen werden. Wissenschaftliche und statistisch belastbare Studien belegen, dass die Offenheit und Aufgeklärtheit an Schulen über homosexuelle Partnerschaften und Lebensweisen rückläufig sind. Das muss sich dringend ändern.

Noch immer haben LSBTIQ* (Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und Queers) gesetzlich nicht die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie heterosexuelle Menschen. Wir, DIE LINKE, kämpfen für eine echte Gleichstellung aller Menschen. Niemand darf aufgrund der eigenen Sexualität oder des eigenen Geschlechts diskriminiert werden. Damit das aber klappt, bedarf es dringender Aufklärung, Beratung und Hilfe in der Bevölkerung. Wir wollen, dass Aufklärungsarbeit schon in der Schule stattfindet – dort, wo die Vorurteile ihren Nährboden finden und sich für das ganze Leben verfestigen. Wir wollen, dass queere Jugendliche (Bedeutung: alle nicht heterosexuellen Jugendlichen) Hilfe in der Schule oder Kommune finden. Und dass diese Hilfe auch den Eltern oder Sorgeberechtigten zur Verfügung stehen muss.

DIE LINKE will:

- Eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen und Vertrauenslehrkräften in Schulen und Berufsschulen.
- Stärkere Unterstützung von Coming-Out-Hilfen zur Bewusstseinsstärkung von sexueller Vielfalt und Selbstbestimmung.

- Jugendlichen durch qualifizierten Unterricht die Möglichkeit geben, sich ein authentisches und eigenes Bild zu machen, Stereotype auszuräumen, und somit den Abbau von Diskriminierung sowie Mobbing fördern. Dies gilt für (Berufs-)Schulen, Jugendzentren und andere Bildungseinrichtungen im kommunalen Bereich.
- Finanzielle und personelle Absicherung kommunaler Beratungsstellen.
- Die Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule.
- Obdachlosen jungen Menschen, die käuflichen Sex praktizieren, Unterkünfte mit einer qualifizierten Betreuung bieten.

1.6 Für ein selbstbestimmtes Altern in Würde

Auch in Bochum nimmt die Zahl älterer Menschen deutlich zu. Inzwischen ist mehr als ein Viertel der Bochumer Bevölkerung älter als 60 Jahre. Dem muss die Stadt Rechnung tragen. Ziel einer aktiven kommunalen Seniorinnen- und Seniorenpolitik muss sein, die volle Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben in Bochum zu gewährleisten. DIE LINKE wendet sich gegen alle Versuche, unter dem Schlagwort der „Generationengerechtigkeit“ Alte und Junge gegeneinander auszuspielen. Die meisten Älteren sind aktiver Teil der städtischen Gemeinschaft. Sie nehmen teil und wirken mit. Viele von ihnen wollen dauerhaft, auch im Alter, selbstständig in ihren bisherigen Wohnungen leben und an den gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Aktivitäten in der Stadt teilnehmen. Das unterstützen wir.

Oberstes Ziel kommunaler Politik muss es sein, auch älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben dieser Stadt muss gewährleistet werden. In der Verkehrs- und Bauplanung ist auf ihre besonderen Bedürfnisse einzugehen. Dabei sollen die älteren Menschen unmittelbar mitentscheiden. Der erste Schritt, um die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren zu verbessern und gleichzeitig die Einbringung ihrer Anliegen

in die kommunale Politik zu gewährleisten, ist die Stärkung des Seniorenbeirates. Wir wollen den Seniorenbeirat mit umfassenden Beratungsmöglichkeiten und der Entscheidung über einen festen Katalog an Fördermaßnahmen für Seniorinnen und Senioren sowie ein eigenes Budget ausstatten. Die Mitglieder des Seniorenbeirates sollen in direkter Wahl von den Bochumer Bürgerinnen und Bürgern, die über 60 Jahre alt sind, gewählt werden.

Seniorinnen und Senioren sollen die Möglichkeit haben, weiter in ihrem Stadtteil zu wohnen und sich sicher und ohne Barrieren in der Stadt zu bewegen. Die kommunale Wohnungsbaupolitik steht vor der Herausforderung, für Seniorinnen und Senioren geeigneten Wohnraum zu schaffen. Hier ist insbesondere die mehrheitlich städtische VBW gefordert. Dabei sind neue Wohnformen, wie zum Beispiel Seniorenwohn- und Hausgemeinschaften, integrierte Wohnanlagen und Mehrgenerationenwohnungen, sowie eine Vernetzung mit bei Bedarf abrufbaren Hilfesystemen (weiter) zu entwickeln. Hierdurch wird die Selbstständigkeit älterer Menschen erhalten und gestärkt.

Im Alter bekommt der Wunsch nach Mobilität eine neue Dimension. Die Fortbewegung mit Bus und Bahn, zu Fuß oder mit dem Rad nimmt eine immer größere Rolle ein. Wir wollen die Verkehrssicherheit für ältere Menschen durch angemessene Fuß- und Radwege, Querungshilfen und einen sicher fließenden Verkehr erhöhen. Wohnstraßen sollen vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Bei der Weiterentwicklung des Konzeptes für Busse und Bahnen müssen die Belange der älteren Menschen stärker berücksichtigt werden. Ob es um die Vernetzung der verschiedenen Strecken geht, mit den jeweiligen Umsteigezeiten, um Ruhebänke oder schlicht und einfach den Zugang zu Bussen und Bahnhöfen – die Planung muss den berechtigten Belangen von Seniorinnen und Senioren entsprechen. Fahrplaninformationen müssen einfacher verständlich werden als bisher.

Die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren müssen sich auch in der Stadtplanung niederschlagen. Von der Nahversorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen über wohnortnahe Grünflächen zum Spazieren gehen bis hin zu erhöhten Ansprüchen an Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine Verbesserung der Situation vor allem in den dicht bebauten Wohnquartieren dringend notwendig.

Ältere Menschen sind in hohem Maße an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten interessiert. Die Teilhabe an der modernen Wissensgesellschaft darf nicht auf junge in der Ausbildung oder im Beruf stehende Menschen beschränkt bleiben. Die Volkshochschule soll deshalb stärker als bisher den (Erst-)Zugang und das Erlernen der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (Internet) für ältere Menschen ermöglichen.

Die demografische Entwicklung bedingt auch, dass es nicht mehr nur aktive junge, sondern auch mehr gebrechliche und pflegebedürftige ältere Menschen gibt. Auch erhöhte Pflegebedürftigkeit darf nicht den Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben bedeuten. Kommunale Wohnungspolitik muss auch die Voraussetzungen für häusliche Pflegemöglichkeit schaffen. Wenn Menschen alters- oder krankheitsbedingt dennoch nicht häuslich gepflegt werden können oder wollen, müssen kleine kommunale Wohneinheiten geschaffen werden. Ein Wechsel der Wohnform (eigene Wohnung, Wohngruppen, Heimunterbringung) muss jederzeit selbstbestimmt möglich sein.

Der Neubau der städtischen Alten- und Pflegeheime ist ein wichtiger Schritt zur Gewährleistung eines zeitgemäßen, qualitativ hochwertigen Angebots in öffentlicher Trägerschaft. Bei der Neugestaltung der Alten- und Pflegeheime ist besonders zu berücksichtigen, dass der Anteil von Pflegebedürftigen nichtdeutscher Herkunft ständig wächst. Sprachbarrieren müssen beseitigt werden, in kommunalen Senioreneinrichtungen ist auf die spezifischen Lebens- und Essgewohnheiten von Menschen mit Migrationshintergrund einzugehen.

DIE LINKE tritt ein für:

- Den Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld. Die Stadt Bochum muss durch geeignete Maßnahmen eine Entmietung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger verhindern.
- Begegnungs- und Versorgungsangebote in erreichbarer Nähe.
- Einen bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen, insbesondere durch eine am Gemeinwohl orientierte VBW.

- Förderung von Wohnprojekten, in den Alt und Jung zusammenwohnen können.
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV. Die Tarife sind hierbei so zu gestalten, dass diese auch bei geringer Rente bezahlbar sind. Unser Ziel ist ein öffentlich und solidarisch finanzierter Nahverkehr ohne Ticketpreise für alle.
- Stärkung der Mitwirkung älterer Menschen durch Aufwertung des Seniorenbeirats.
- Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige, inklusive pflegefachlicher Beratung.
- Qualitativ hochwertige Pflegeangebote in öffentlicher Trägerschaft und das Recht auf Wunsch ein Einzelzimmer in einer Pflegeeinrichtung zu bekommen.
- Bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Bochumer Netzwerkes Palliativmedizin und des Hospizangebotes.
- Ausbau und Schaffung von angemessenen, diskriminierungsfreien Seniorenbegegnungsstätten und Wohnprojekten.

1.7 Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Auch wenn laut Grundgesetz niemand wegen einer Behinderung benachteiligt werden darf, zeigt die Realität, dass es für Betroffene aufgrund fehlender Barrierefreiheit viele strukturelle Zugangsbeschränkungen gibt. Daher kämpft DIE LINKE für die konsequente Umsetzung des Rechts auf volle Teilhabe und für ein gutes Leben für alle Menschen.

Ein großer Bedarf besteht nach wie vor in den Bereichen inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen im urbanen Raum. Auch in den Gebieten Erholung, Kultur, Sport, Freizeitaktivitäten und Reisen müssen Barrieren beseitigt und der vollständige Zugang gewährleistet werden. Da dies ein grundgesetzlich verbrieftes Recht ist, darf es den Betroffenen nicht mit dem Verweis auf entstehende Kosten verwehrt werden. Alle künftigen Aktionen, Veranstaltungen und Planungen müssen den Anspruch der Inklusion erfüllen.

Dies ist eine Querschnittsaufgabe, die ressortübergreifend organisiert werden muss, damit die UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene, also im konkreten Lebensraum, Entsprechung findet. Obwohl Menschen mit Behinderung in der Regel gut qualifiziert sind, liegt ihre Arbeitslosenquote deutlich höher als die Referenzquote für Menschen ohne Behinderung.

DIE LINKE fordert:

Im Bereich Stadtplanung und Verwaltung:

- Alle bestehenden Barrieren in kommunalen Einrichtungen und im öffentlichen Raum müssen erfasst und analysiert werden.
- Alle Informations- und Kommunikationsdienste, insbesondere aber Notdienste müssen barrierefrei nutzbar sein.
- Öffentliche Investitionen und die Vergabe von Fördergeldern sind an dem Kriterium der Barrierefreiheit auszurichten.

- Ausnahmslose Barrierefreiheit bei Neubau oder Sanierung von kommunalen Gebäuden.
- Die Stadt Bochum muss ihre Verwaltung barrierefrei und transparent umstrukturieren, von ihren Formularen über die Website bis zum Gebäude. Dazu gehören Schriftstücke der Verwaltung in leichter Sprache und als Audiodatei.
- Die Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein, dazu gehört auch die Anwesenheit eines Gebärdendolmetschers.
- Öffentliche Gebäude und kulturelle Einrichtungen sollten mit Höranlagen ausgestattet werden.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung müssen verstärkt geschult und Initiativen sowie öffentlichkeitswirksame Maßnahmen müssen verstärkt unterstützt werden, um das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte zu fördern.

Im Bereich Wohnen:

- Eine aufsuchende Wohnraumberatung für Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderung muss flächendeckend stärker gefördert werden, damit diese die Möglichkeit haben, lange und selbstständig zu Hause zu wohnen.
- Es muss mehr barrierefreier Wohnraum in urbaner Lage und guter Anbindung an alle in Fragen kommenden Versorgungseinrichtungen geschaffen werden.
- Heimstrukturen, in denen behinderte oder alte Menschen in Isolation leben, müssen abgebaut werden. Dies kann zum Beispiel durch den Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in zentraler Lage geschehen.

Im Bereich Mobilität:

- Menschen mit Behinderung muss in den öffentlichen Verkehrsmitteln ausreichend Platz zur Verfügung stehen.
- Für schwerbehinderte oder kranke Menschen, die den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können, soll eine kostenfreie, individuelle Beförderung bereitgestellt werden.
- Behinderte Autofahrerinnen und Autofahrer müssen ihren Bedürfnissen entsprechende Parkplätze in ausreichender Zahl im Bochumer Stadtgebiet vorfinden.
- Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs sollen barrierefrei und mit einer Sprachausgabe ausgestattet werden. Das Gleiche gilt für die Ausstattung der Fahrzeuge. Die Stadt Bochum muss hier beim Umbau einen Zahn zulegen. Ab 2022 gilt die gesetzliche Pflicht zur Barrierefreiheit.
- Leitsysteme für blinde und sehbehinderte Menschen müssen im öffentlichen Raum flächendeckend ausgebaut werden.
- Gerade für Menschen mit Sehbehinderungen ist es für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wichtig, dass Elektro-Roller nicht wahllos auf Gehwegen abgestellt und so nicht länger zu Hindernissen werden können. Die Stadt Bochum muss hier im Austausch mit anderen Kommunen und dem Bund ausloten, wie das verhindert werden kann; zum Beispiel dadurch, dass sich nur noch in bestimmten Bereichen aus der Nutzung des Rollers ausgeloggt werden kann.

Im Bereich Arbeit:

- Fördermaßnahmen zur Eingliederung und Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderung in versicherungspflichtige, reguläre Arbeitsverhältnisse müssen wirksam weiterentwickelt werden.
- In der Stadtverwaltung müssen mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen werden.

- In kommunalen Unternehmen müssen Inklusionsabteilungen aufgebaut werden.
- Das kommunale Jobcenter muss einen inklusiven Arbeitsmarkt fördern.
- Sondereinrichtungen wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollen die dort tätigen Menschen auf reguläre Beschäftigung vorbereiten. DIE LINKE will verhindern, dass diese Menschen auf Dauer als billige Arbeitskräfte an die Werkstätten gebunden werden.
- Um Perspektiven für die knapp 1.500 arbeitslosen Schwerbehinderten (Sozialbericht 2018, Stadt Bochum) im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 und 55 Jahren zu schaffen, soll sich die Stadt Bochum für eine Erhöhung der Mindestbeschäftigungsquote einsetzen.
- Die Ausgleichsabgabe für unbesetzte Pflichtarbeitsplätze muss deutlich erhöht werden.

Im Bereich Bildung:

- Die Inklusion in Kitas und Schulen soll durch bessere Personal- und Sachausstattung stärker gefördert werden.
- Stadtbüchereien und Volkshochschulen sollen barrierefrei werden.
- Inklusive Schulen bedürfen einer Ausstattung mit einer hinreichenden Anzahl an Inklusionshelferinnen und -helfer sowie medizinisch-therapeutischem Personal, geeigneten Räumen, Materialien und Transportmitteln.
- Inklusive Klassen sollen nicht mehr als 20 Schüler umfassen.

2. Wirtschaft

2.1 Solidarische Wirtschaft – gerechte Finanzen

Das Ergebnis der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik ist auch in Bochum sichtbar. Das Öffentliche ist zugunsten privater Profitinteressen auf dem Rückzug. Aufgrund der Steuergeschenke für die Superreichen und Unternehmen in den letzten Jahrzehnten fehlt das Geld für notwendige kommunale Investitionen. Für alle, die gute und preiswerte Schwimmbäder, Musikschulen oder Stadtbüchereien nutzen möchten, ist das eine schlechte Nachricht. DIE LINKE will das ändern und einen grundlegenden Wechsel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik einleiten. Wir wollen eine solidarische Wirtschafts- und gerechte Finanzpolitik, die den Bochumerinnen und Bochumern dient.

Die Standortschließungen von Nokia und Opel in Bochum haben ihre tiefen Spuren hinterlassen und die Entwicklungen bei Thyssenkrupp schüren neue Ängste. DIE LINKE Bochum setzt sich dafür ein, dass der Standort von Thyssenkrupp in Bochum mit den Arbeitsplätzen erhalten bleibt.

Der Standortwettbewerb zwischen den Kommunen, der durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte erst entfesselt wurde, hat in Bochum seine verheerenden Auswirkungen gezeigt. Die Armutsspirale ist das Ergebnis. Und so verbleiben die sozialen Kosten bei den Bochumerinnen und Bochumern, während die Unternehmen ihre Profite längst eingestrichen haben und weitergezogen sind. Die Folge war eine Spirale von Haushaltskürzungen, die die Einnahmen dann noch weiter verringert haben. Wenn sich das ändern soll, darf sich nicht weiter in den Ruin gespart werden, wie es die rot-grüne Ratsmehrheit in den letzten Jahren getan hat. Es muss endlich wieder hier vor Ort in Bochum investiert und der sozial-ökologische Umbau Bochums angegangen werden. Dazu gehört eine gerechte Finanzierung, die Land und Bund sowie vor allem die Superreichen und Unternehmen, die sich durch Steuersenkungen oder Steuervermeidung aus der Verantwortung ziehen konnten, in die Pflicht nimmt.

Investitionen

Bochum braucht wie viele andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen dringend Geld für eine kommunale Investitionsoffensive. Denn von den Regierungsparteien in Bund und Land wird ignoriert, dass die kommunalen Finanzmittel insgesamt unzureichend sind. Darüber hinaus stehen mit dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, mit der Verbesserung des Bildungswesens und der Schaffung von mehr Wohnraum enorme Investitionen und Anforderungen für die Kommunen und deren städtische Unternehmen an. Die Herausforderungen des sozialökologischen Umbaus sind gleichzeitig eine Chance, Strukturen vor Ort zu verbessern. Dass das allen klar sein sollte, zeigen die gemeinsamen Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Bundesverbands der Deutschen Industrie nach einer Investitionsoffensive des Bundes in Höhe von 450 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren.

Hierbei ist besonders wichtig, dass es nicht bei einem kurzen Strohfeuer bleibt. Wenn die Investitionen wirken sollen, müssen sie langfristig angelegt werden. Nur dann können neue Stellen in der Verwaltung sinnvoll geschaffen und der sozial-ökologische Umbau verlässlich angegangen werden. Auch in der Privatwirtschaft werden so zusätzliche Investitionen ermöglicht. Wenn die Kommunen dauerhaft mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet werden, können sie einen wichtigen Anteil an einer Investitionsoffensive leisten.

Die Finanzmittel der Kommunen müssen erheblich größer werden, damit sie den vielen Anforderungen gerecht werden können. Wer es mit der Generationengerechtigkeit ernst meint, muss diese Investitionen anschieben. Marode Schulen, zu wenig Forschung und Entwicklung und eine schlechte Infrastruktur bremsen die wirtschaftliche Entwicklung und behindern die nächsten Generationen. Die Kürzungspolitik der vergangenen Jahrzehnte muss enden. Die Kommunen müssen ihren Aufgaben wieder gerecht werden können und dafür mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Wer soll das alles bezahlen?

Die Stadt Bochum ist für viele politische Entscheidungen zuständig, die unser Leben ganz direkt betreffen, und die oftmals Geld kosten. Ob der Bau einer neuen Kita, die Sanierung der Schule, der Zustand des lokalen Kran-

kenhauses, der Betrieb von Parks und Sportplätzen oder ein pünktlicher Bus: Ein lebenswertes Bochum und ein gutes Leben für alle müssen auch finanziert werden. Gleichzeitig sind besonders in Nordrhein-Westfalen Städte und Gemeinden systematisch unterfinanziert. Vor Ort wird viel zu oft der Mangel verwaltet, so dass die Städte nicht sinnvoll und nach dem Bedarf der Menschen gestaltet werden können. Die kommunale Infrastruktur wird auf Verschleiß gefahren, Schwimmbäder, Bibliotheken oder Jugendzentren werden geschlossen. Der zentrale Grund für die schlechte Finanzsituation auch hier bei uns in Bochum ist die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene. Den Superreichen, Banken und Großkonzernen wurden Steuergeschenke von rund 70 Milliarden Euro gemacht – pro Jahr. (Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 Prozent, Abgeltungsteuer für Kapitalerträge etc.) Gemessen an der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Bochums und Deutschlands sind das knapp 320 Millionen Euro für Bochum. Demgegenüber stehen knapp 1,5 Milliarden Euro an Aufwendungen in 2018. Das sind mehr als 20 Prozent, die fehlen.

Zusätzlich hilft ein Netzwerk von spezialisierten Banken und Anwaltskanzleien Vermögenden bei der Vermeidung von Milliarden Euro an Steuergeldern, wie beispielsweise die so genannten Panama- und Paradise-Papers aufgezeigt haben. Dass Länder wie Hamburg offenbar Millionenbeträge von Banken, die an Cum-Ex-Geschäften verdient haben, nicht zurückgeholt haben, sondern die Forderung haben verjähren lassen, ist ein Skandal.

Wenn dann das Problem der geleerten öffentlichen Kassen von der Bundes- und Landesebene auf die Ebene verschoben wird, die sich am schlechtesten dagegen wehren kann, nämlich in die Kommunen und damit in unser aller Alltag, sieht es für die Bochumerinnen und Bochumer schlecht aus. Denn die Kommunen können ihre Einnahmen nicht eigenständig ausreichend verbessern. Dass Bund und Land in der Vergangenheit das Steueraufkommen verringert und gleichzeitig gespart haben, hatte für die Kommunen und damit die Bürgerinnen und Bürger verheerende Folgen.

Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden hilft Steuergerechtigkeit. DIE LINKE hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das arme Haushalte sowie die Mittelschicht entlastet und das Geld von den Superreichen holt. Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) we-

niger als 7.100 Euro im Monat brutto hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern, wer mehr verdient, zahlt mehr Steuern. Durch die Einführung einer Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerdiebstahl können bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro mehr eingenommen werden. Für Bochum wären das anteilmäßig 820 Millionen Euro. Teil unseres Steuerkonzeptes ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer. Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune würden erfasst und direkt besteuert werden – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen. Diese Steuer brächte den Kommunen insgesamt 15 Milliarden Euro im Jahr ein.

Wenn es gerechter zugeht, ist in einem der reichsten Länder der Welt selbstverständlich genug Geld für unsere Kommunen da. Deswegen beteiligt sich DIE LINKE auch nicht an Kürzungshaushalten, die durch angebliche Sachzwänge diktiert werden – auch dann nicht, wenn dadurch ein Abrutschen in einen genehmigungspflichtigen Haushalt verhindert werden könnte. Durch derartige Anstrengungen der Kommunen wird nur der Druck auf Land und Bund verringert, endlich zu einer durchgreifenden Reform der Kommunalfinanzen zu kommen.

Wer bestellt, muss auch zahlen: Konnexität für NRW

DIE LINKE setzt sich für die konsequente Umsetzung und Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, muss auch zahlen“) gemäß § 78 Abs. 3 der Landesverfassung NRW in Verbindung mit Artikel 104a Abs. 2 des Grundgesetzes ein. Die bestehende Praxis von Bund und Land, den Kommunen Aufgaben, insbesondere Aufgaben in sozialen Angelegenheiten, zu übertragen, ohne gleichzeitig sicherzustellen, dass die erforderlichen Finanzmittel zur ordnungsgemäßen Erfüllung der übertragenen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden, ist verfassungswidrig und muss beendet werden. Die Möglichkeiten der Kommunen, die Einhaltung des Konnexitätsprinzips klageweise gegen das Land durchzusetzen, müssen verbessert werden. Soweit in der Vergangenheit dieses Prinzip verletzt wurde, zum Beispiel hinsichtlich der Kosten der Unterkunft (KdU) bei Hartz IV, hat eine nachträgliche Entschuldung der Kommunen durch das Land zu erfolgen.

Konkret fordern wir:

- Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 Prozent auf 28 Prozent.
- Anhebung der Grundsteuer B, wobei zwingend sichergestellt werden muss, dass diese nicht über die Betriebskosten auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden kann.
- Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wenn Bundes- oder Landesebene Aufgaben an die Kommunen übertragen, müssen sie auch für die Finanzierung sorgen.
- Streichung der rigorosen Möglichkeiten der Gemeindeordnung NRW, Kommunen im Rahmen der Kommunalaufsicht zur Kürzung ihrer Ausgaben zu zwingen, bis hin zur Einführung von „Sparkommissaren“, mit denen auch beim sogenannten „Stärkungspakt“ gedroht wurde.

Weg mit den kommunalen Altschulden!

Mit 26 Milliarden Euro befinden sich mehr als die Hälfte der bundesweiten Kassenkredite von rund 46 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen. Davon betroffen sind vor allem Regionen, die von wirtschaftlichen Umbrüchen betroffen sind und in denen trotz Strukturwandel die Arbeitslosigkeit hoch ist. Mit fast 15 Milliarden Euro liegt ein Drittel der bundesweiten Kassenkredite in den Städten und Kreisen des Ruhrgebiets. Bochum hat mehr als 1,75 Milliarden Euro Schulden.

Schuld an der kommunalen Verschuldung ist die strukturelle Unterfinanzierung durch Bund und Land. Damit ist eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt worden. Denn die finanziellen Altlasten verhindern wichtige Investitionen für die Zukunft und erschweren die Instandhaltung der Infrastruktur. Das verschlechtert unmittelbar die Lebensverhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger. Finanzstarke und finanzschwache Kommunen driften immer weiter auseinander.

Die überschuldeten Kommunen brauchen dringend Unterstützung. DIE LINKE fordert deshalb einen Altschuldenfonds. Gemeint ist ein gemeinsamer Finanz-

topf von Bund, Land und Kommunen. Dieser Fonds soll die Schulden aus den Liquiditätskrediten der Kommunen übernehmen. Als Ausgleich für die bisherige Unterfinanzierung der Kommunen sollen die Bundesebene mit 50 Prozent, das Land und die Kommunen mit jeweils 25 Prozent beteiligt werden. Die Beteiligung von Bund und Land wäre kein Geschenk, sondern ein Ausgleich für die mangelnde Finanzierung der Vergangenheit und damit nachholende Konnexität. Die betroffenen Kommunen wären dann wieder in der Lage, Haushaltsüberschüsse für notwendige Investitionen und wichtige Aufgaben bei Bildung, Verkehr, Sport und Kultur zu nutzen, statt sie im Haushaltsloch zur Schuldentilgung zu versenken. Für Bochum wäre das ein echter Fortschritt.

2.2 Beschäftigungspolitik: Gute Löhne und Arbeitsbedingungen für alle

Profitinteressen waren und sind die entscheidende Ursache dafür, dass in den vergangenen Jahrzehnten massiv Industrie-Arbeitsplätze vernichtet und aus Bochum weg verlagert worden sind. Denn diese Entwicklung, durch die zusätzlich mehrere tausend Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie weggefallen sind, ist keine Naturgewalt. Die neoliberale Wirtschaftspolitik von CDU, SPD, FDP und Grünen hat die Weichen für den Standortwettbewerb und das Lohndumping der vergangenen Jahrzehnte gestellt. Auf Kosten der Beschäftigten wurde ein riesiger Niedriglohnsektor geschaffen, die inländische Nachfrage ruiniert und ein Wettbewerb um die günstigsten Produktionsbedingungen zwischen den Kommunen etabliert. Die (Personal-)Kosten werden so immer weiter gedrückt und Subventionen sowie Steuervorteile eingestrichen. Auf der Strecke bleiben die Beschäftigten, die schlecht und nicht mehr tarifgebunden entlohnt oder gleich ganz entlassen werden, sowie die Kommunen, die zunächst auf Einnahmen verzichten und anschließend nichts gegen die vollständige Abwanderung der Unternehmen tun können. Dabei gilt das Prinzip: Gewinne werden privatisiert, die Verluste hat die Gesellschaft zu tragen – nicht zuletzt die Kommune.

Trotz massiver Rechenricks lag die offizielle Erwerbslosenquote in Bochum im Mai 2020 bei 9,8 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten in unsicheren Ar-

beitsverhältnissen hat massiv zugenommen. Fast 24.000 Bochumerinnen und Bochumer sind unterbeschäftigt. Bei vielen, die arbeiten gehen, reicht das Einkommen nicht zum Leben. Altersarmut ist die Folge. Auch ein Großteil der Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie Selbständigen im gastronomischen und kulturellen Bereich ist arm trotz Arbeit. Die Innenstadt verödet, weil Geschäfte leer stehen und der Einkommens- und Kaufkraftverlust der berufstätigen Menschen unmittelbar zu spüren ist.

In Bochum suchen zehntausende Menschen eine Arbeit – obwohl es in unserer Stadt eigentlich mehr als genug zu tun gibt: An Schulen, Verwaltungsgebäuden, Schwimmbädern und anderen öffentlichen Einrichtungen herrscht ein enormer Sanierungsstau. Die Beschäftigten der Verwaltung klagen über Arbeitsverdichtung, hohe Krankenstände und Überstundenberge, auf welche die Stadt nicht mit mehr Stellen und besserer Entlohnung reagieren will, sondern lediglich mit Digitalisierung und Gesundheitsmanagement. Damit ignoriert sie die Ursachen. Viele Straßen sind voll mit Schlaglöchern und müssten instandgesetzt werden, und insbesondere im sozialen Bereich herrscht eine Unterversorgung. Unsere Politik setzt an diesem Widerspruch an und möchte ihn auflösen.

Ein Dumpingwettbewerb der Städte um die niedrigsten Gebühren und Unternehmenssteuern ist dagegen der falsche Weg, um dieser Krise auf dem Arbeitsmarkt und der resultierenden Armutsspirale im Ruhrgebiet zu begegnen.

DIE LINKE fordert:

- Ausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung am Gemeinwohl, nicht allein an den Profitinteressen einzelner Unternehmen.
- Zuwendungen und Leistungen an private Unternehmen müssen an verpflichtende, einklagbare Arbeitsplatzzusagen gekoppelt werden. Die Leistungen sind zurückzufordern, wenn Zusagen nicht eingehalten werden.
- Gewerbliche Flächennutzung muss an die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden werden. Die Schaffung nachhaltiger, sinnvoller und existenzsichernder Beschäftigung muss dabei den Vorrang haben. Die Beschäftigung muss unbefristet und tarifgebunden sein sowie mit mindestens 13

Euro in der Stunde entlohnt werden, da nur dann Altersarmut nach Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales verhindert wird. Die Ansiedlung neuer industrieller und anderer gut bezahlter Arbeitsplätze ist weiterhin notwendig. Mark 51/7, das Gebiet des ehemaligen Opel-Werkes, bietet hierfür beste Voraussetzungen, die auch zukünftig zur Ansiedlung neuer Unternehmen mit guter und sicherer Beschäftigung genutzt werden sollten.

- Wir wollen regionale Zusammenarbeit über Städtegrenzen hinweg statt gegenseitige Abwerbeversuche und Konkurrenz der Kommunen um den niedrigsten Gewerbesteuersatz. Die regionalen Wirtschaftsstrukturen sollen gemeinsam weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch, dass sich Kommunen bei Ansiedlungen von Unternehmen die Gewerbesteuer in den ersten Jahren teilen können.
- Potenziale der Forschung an der Ruhr-Universität Bochum sollen für gute Arbeit und die Entwicklung der Region genutzt werden. Entstehende Gewinne müssen der Gemeinschaft dienen.

Öffentlichen Dienst stärken!

Neoliberale Politik und das verhängnisvolle Dogma „Privat vor Staat“ haben dazu geführt, dass seit 1990 mehr als 50 Prozent aller sogenannten Normalarbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor abgebaut worden sind. So kam es zu einer deutlichen Steigerung der Arbeitsbelastung im Öffentlichen Dienst und in der Folge zu hohen Krankenständen der Beschäftigten sowie zu einer spürbaren Verschlechterung der kommunalen Daseinsvorsorge. So wurden zum Beispiel bei dem Technischen Betrieb der Stadt Bochum in den vergangenen Jahren über 100 Stellen im handwerklichen Bereich abgebaut. Dass der Krankenstand heute bei rund 16 Prozent liegt, ist die Folge. Wer das Personal zusammenkürzt, keine jungen Kolleginnen und Kollegen neu einstellt und gleichzeitig die Arbeitsanforderungen beibehält oder sogar erhöht, muss sich über den erhöhten Krankenstand nicht wundern. Das ist das Ergebnis der verfehlten Politik zulasten der Beschäftigten.

Im Konzept für Personal- und Organisationsentwicklung der Stadtverwaltung wird die steigende Arbeitsbelastung zwar als Problem benannt, die Lösungs-

vorschläge gehen aber an der Ursache vorbei. Das Problem von zu wenigen Stellen lässt sich nicht durch Digitalisierung und Maßnahmen des Gesundheitsmanagements beseitigen. Durch den Stellenabbau ist auch in Bochum viel interne Fachkompetenz in der Verwaltung verloren gegangen. Im gleichen Maße ist die Abhängigkeit von teuren externen Dienstleistungs- und Beratungsfirmen gestiegen, insbesondere bei Bauleistungen und Infrastrukturprojekten. Diese Entwicklung wollen wir stoppen und rückgängig machen.

Wir wissen aber auch: Trotz ihrer Kürzungspolitik ist die Stadt Bochum zusammen mit ihren Tochter- und Beteiligungsunternehmen noch immer die größte lokale Arbeitgeberin. Entsprechend hoch ist ihre Verantwortung für die Beschäftigung vor Ort. Die Stadt Bochum muss menschenwürdige, existenzsichernde und gute Arbeitsplätze schaffen und dauerhaft sichern, statt Mini-Jobs, Niedriglöhne und Leiharbeit zu fördern und auf befristete Beschäftigung zu setzen.

Angesichts der riesigen Herausforderungen und der Menge an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die aktuell unerledigt liegen bleibt, erteilen wir jeglichem Personalabbau im Öffentlichen Dienst eine Absage. Stattdessen muss es Ziel der Bochumer Politik sein, mehr Beschäftigung durch den Ausbau kommunaler Dienstleistungen und gemeinwirtschaftlicher Betriebe in kommunaler Hand zu schaffen. Die Betriebsformen müssen volle demokratische Kontrolle durch den Rat und seine Ausschüsse und vor allem eine starke Mitbestimmung der Belegschaften gewährleisten. Die Mitbestimmungsrechte der Bochumerinnen und Bochumer dürfen weder vor Werkstoren noch vor den Büros der Verwaltung enden.

Dem öffentlichen Dienst kommt grundsätzlich eine besondere Bedeutung zu, weil er privaten Profitinteressen entzogen ist. Mit kommunalen Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen muss die soziale Infrastruktur in unserer Stadt verbessert werden. Schwimmbäder, Jugendzentren oder Bibliotheken dürfen nicht geschlossen, seltener geöffnet oder verkleinert werden, sondern müssen endlich wieder den Bedürfnissen der Bochumerinnen und Bochumer entsprechen.

Bei den anstehenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst muss die Stadt Bochum ihre starke Rolle in der Vereinigung der kommunalen Arbeit-

geberverbände (VKA) nutzen: Sie muss sich dafür einsetzen, dass die VKA zeitnah ein faires Angebot vorlegt. Das Angebot muss die wichtige Rolle des öffentlichen Dienstes in der Corona-Krise sowie seine volkswirtschaftliche Bedeutung widerspiegeln und eine Reallohn-Erhöhung enthalten. Sollte es zu Arbeitskämpfen kommen, werden wir solidarisch an der Seite der Beschäftigten stehen.

DIE LINKE fordert:

- Kein weiterer Stellenabbau im Öffentlichen Dienst, stattdessen die Erstellung eines Personalaufbau- und Entwicklungsplans für die Stadt Bochum, der dem Bedarf entspricht und gute Arbeitsbedingungen schafft.
- Neue kommunale Beschäftigungsverhältnisse müssen sozialversicherungspflichtig, tariflich und attraktiv bezahlt sowie grundsätzlich unbefristet sein.
- Stopp von Lohndumping, auch bei kommunalen Tochter- und Beteiligungsunternehmen.
- Rücknahme der Kürzungen bei den städtischen Reinigungskräften, durch die neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich schlechter bezahlt werden als die bisherige Belegschaft. Dass die Stadt Bochum mehr als eine Million Euro ausgerechnet bei den Beschäftigten kürzen will, denen sie sowieso schon die geringsten Löhne zahlt, ist nicht akzeptabel.
- Keine Spaltung der Belegschaft durch Outsourcing und Ausgliederung von Personal in Service-Gesellschaften. Keine Tarifflicht in der kommunalen Verwaltung und den Beteiligungsunternehmen.
- Ein Beschäftigungs- und Investitionsprogramm zum Ausbau öffentlicher Infrastruktur und Stärkung der Nachfrage in Bochum.
- Keine Vergabe städtischer Aufträge nach dem Prinzip „Der billigste erhält den Zuschlag“. Stattdessen Vergabe nur an Unternehmen, die verbindliche Standards einhalten, zum Beispiel unbefristete, tarifliche Beschäftigung, gute Löhne, kein Lohn unter 13 Euro pro Stunde und vorhandener Betriebsrat.

- Orientierung an der vom DGB geforderten Ausbildungsquote bei der Stadt und ihren Beteiligungsunternehmen.
- Entwicklung der Stadtwerke Bochum zu einer Einrichtung regenerativer sowie dezentraler Energieerzeugung und zu einem Dienstleistungsunternehmen im Rahmen einer alternativen Klimapolitik.
- Keine Auslagerung von Arbeitsplätzen (Outsourcing) zur Einsparung von Lohnkosten.

DIE LINKE sagt klar: Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ist immer abzulehnen. Bei Stellenabbau und Privatisierungen machen wir nicht mit.

2.3 Öffentliche Unternehmen – weil's für alle wichtig ist

DIE LINKE betrachtet eine verlässliche und bezahlbare Grundversorgung der Bevölkerung in wichtigen Bereichen wie Energie, Wohnen, Mobilität, Bildung und Kultur als demokratische, öffentliche Aufgabe, die grundsätzlich von kommunalen Betrieben zu leisten ist. Wir setzen auf am Gemeinwohl orientierte öffentliche Betriebe und eine deutliche Ausweitung und Förderung von genossenschaftlichen Betrieben.

Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung aus und gemeinsames Eigentum verschiedener öffentlicher Träger ein. Aufgabe von kommunalen Betrieben und solchen mit starker kommunaler Beteiligung darf unserer Meinung nach nicht sein, möglichst hohe Gewinne für den städtischen Haushalt zu erwirtschaften, wenn dies gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung geschieht. Sie sollen zudem gute sowie sichere Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Die Beschäftigung, die wir wollen, ist unbefristet, gerecht entlohnt, sozialversichert und tarifgebunden. Die öffentlichen Unternehmen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen und so wichtige Impulse für alle setzen. Denn wir finden uns mit dem Lohndumping der letzten Jahrzehnte nicht ab. Steigende Löhne sind nicht nur gerecht, sondern sorgen auch für eine steigende

inländische Nachfrage, wodurch der Anreiz für Unternehmen erhöht wird, die dringend notwendigen privaten Investitionen zu tätigen. Eine sichere, wohnortnahe Beschäftigung ist nur möglich, wenn die Löhne angemessen und mindestens über die Inflationsrate hinaus mit der Arbeitsproduktivität steigen, um eine gerechte Beteiligung der Beschäftigten an der allgemeinen technischen und produktiven Entwicklung zu gewährleisten. Zusätzlich müssen die Lücken der letzten Jahrzehnte, die die neoliberale Politik von CDU, SPD, FDP und Grünen gerissen hat, mit ausgeglichen werden. Die Politik ist hier in der Pflicht, die Gewerkschaften wieder in die Lage zu versetzen, erfolgreich in die betrieblichen Kämpfe gehen zu können. Hartz IV und die etablierte Sanktionspraxis der Jobcenter setzt die Menschen so unter Druck, dass diese aus Angst vor einer Entlassung auf Lohnerhöhungen verzichten und auch unbezahlte Mehrarbeit in Kauf nehmen. Als LINKE wollen wir damit Schluss machen und Hartz IV abschaffen. Statt sich wie Ende der 1990er mit dem „Pakt für Arbeit“ für Lohnsenkungen einzusetzen, sollte die Bundesregierung ihren Einfluss nutzen und an der Seite der Gewerkschaften für höhere Löhne eintreten. Für uns ist klar: Wir stehen an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Gemeinsam kämpfen wir für sichere Jobs und gute Löhne, die im Alter vor Armut schützen.

Die Betriebsformen der öffentlichen Unternehmen müssen volle demokratische Kontrolle durch den Rat und seine Ausschüsse sowie die Belegschaft über eine starke Mitbestimmung in die Entscheidungsprozesse einbeziehen. DIE LINKE setzt sich für jeden Schritt in diese Richtung ein: (Re-)Kommunalisierung, so dass wieder der Rat der Stadt Bochum entscheiden kann, Gestaltung fakultativer Aufsichtsräte (Bedeutung: freiwillig eingeführt), Weisungsbefugnisse der Räte sowie öffentliche Aufsichtsratssitzungen.

Aufgabe von kommunalen Unternehmen sowie Betrieben mit starker kommunaler Beteiligung ist es nicht, möglichst hohe Gewinne für den städtischen Haushalt zu erwirtschaften. Kommunale Betriebe sollen gemeinwohlorientiert dem Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge folgen. Sie haben sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren, sie sind transparent zu organisieren, sollen demokratisch kontrolliert werden, gute und sichere Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und sind personell und finanziell angemessen auszustatten. So wollen wir soziale Verhältnisse erreichen, die niemanden ausgrenzen – und eine Infrastruktur, die allen gleichermaßen zur Verfügung steht.

DIE LINKE fordert:

- Stärkung kommunaler Unternehmen durch ein möglichst breites Angebot der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Vorbildfunktion städtischer Unternehmen als Arbeitgeber: Gute Bezahlung, Tarifbindung, keine prekären Beschäftigungsverhältnisse, keine Leiharbeit, dafür wegweisende Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz, Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit.
- Stärkung der Stadtwerke durch den Ausbau einer eigenständigen umweltgerechten Energieerzeugung. Eine Anbindung an große Energiekonzerne wie RWE, e.on, ENBW und Vattenfall lehnen wir ab. So lange die auf anderen politischen Ebenen festgelegten Sozialleistungen die Energiekosten nicht bedarfsgerecht abdecken, müssen die Stadtwerke Sozialtarife für Strom und Gas anbieten.
- Erhalt und Verbesserung des Angebots der Bogestra und Umbau der ÖPNV-Finanzierung auf ein öffentliches Solidarmodell ohne Ticketpreise. Als ersten Schritt in diese Richtung wollen wir ein 365-Euro-Jahresticket und ein kostenloses Sozialticket einführen.
- Erhalt der Abfallentsorgung als öffentlicher Aufgabe. Die gesamte Entsorgung von Abfall und Wertstoffen einschließlich von Verpackungen (gelber Sack) soll in den Händen städtischer Tochterunternehmen wie dem USB bleiben.
- Stärkung der Sparkasse Bochum und Umstrukturierung des gesamten Sparkassen-Gebührenmodells nach sozialen Kriterien. Erster notwendiger Schritt ist die Einführung eines kostenfreien Girokontos für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen (ohne Zusatzgebühren für Kartenzahlungen, Überweisungen und Lastschriften).
- Vollständige Kommunalisierung der mehrheitlich städtischen Wohnungsgesellschaft VBW und Umbau zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen. Durch die bereits jetzt bestehende Gestaltungsmehrheit der Stadt in allen VBW-Gremien kann dieser Umbau sofort beginnen.

2.4 Für eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft, die den Namen verdient

Die bisherigen Arbeitsmarktinstrumente des Hartz-IV-Systems – Ein-Euro-Jobs, Bewerbungstrainings und 50-Plus-Programme – haben den Betroffenen nichts gebracht. Diese Maßnahmen und die mit Hartz IV systematisch verbundene Praxis von Sanktionen und Leistungskürzungen sind demütigend sowie menschenunwürdig und damit demotivierend. Sie gehören ersatzlos abgeschafft und sind in Bochum sofort einzustellen. Klar bleibt: DIE LINKE will Hartz IV in Gänze abschaffen und durch eine sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 EUR netto ersetzen.

Seit Jahren fordert DIE LINKE die Gründung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft für Bochum. Ziel der Gesellschaft soll sein, Menschen in dauerhafte, unbefristete und gute Arbeit mit fairen Löhnen zu bringen. Nach jahrelangen Blockaden durch die SPD, die CDU und die Grünen wurde im vergangenen Jahr eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft gegründet, deren Aufgaben aber weit hinter den Forderungen der LINKEN zurückbleiben. So ist aktuell geplant, mit der Gesellschaft lediglich Fördermittel aus einem einzigen Bundesprogramm abzurufen. Angesichts der kommunalen Bedarfe im Bereich vielfältiger Berufe und Qualifizierungsstufen darf sich die kommunale Beschäftigungsgesellschaft auch nicht wie geplant darauf beschränken, Arbeitsplätze im Bereich „niedrigschwelliger Hilfstätigkeiten“ zu schaffen.

Wir sagen: Eine Beschäftigungsgesellschaft, die ausschließlich Förderungen nach dem Teilhabechancengesetz in Anspruch nimmt, reicht nicht aus. Denn die meisten Menschen, die in Bochum eine Arbeit suchen, sind von dieser speziellen Förderung ausgeschlossen. So sieht das Gesetz etwa vor, dass nur Menschen eingestellt werden dürfen, die mindestens sechs Jahre erwerbslos sind. Auch ist keine unbefristete Beschäftigung möglich. Zusätzlich problematisch ist, dass die Beschäftigungsverhältnisse sanktionsbewehrt sind, und dass keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt werden. Nach Beendigung dieser Arbeitsverhältnisse besteht für die Menschen kein Anspruch auf Arbeitslosengeld (ALG I), sondern sie fallen direkt wieder in Hartz IV. Dieses Sonderrecht lehnt DIE LINKE entschieden ab.

DIE LINKE fordert:

- Deutliche Ausweitung des Tätigkeitsbereichs der Bochumer Beschäftigungsgesellschaft gGmbH. Sie soll breit aufgestellt die Aufgaben einer umfassenden Beschäftigungsförderung übernehmen. Die Gesellschaft muss befähigt werden, mit unterschiedlichen Ansätzen gesellschaftlich sinnvolle und tarifvertraglich abgesicherte kommunale Beschäftigung für Menschen aller Qualifizierungen und verschiedener Berufe zu schaffen. Finanziert werden soll die Arbeit über alle in Frage kommenden Fördermittel sowie Eigenmittel der Stadt Bochum.
- Die Beschäftigung muss freiwillig ohne zwangsweise Zuweisung durch das Jobcenter aufgenommen werden können. Eine Beendigung der Beschäftigung muss möglich sein, ohne Sanktionen befürchten zu müssen.
- Anspruch auf bezahlte Qualifizierungsmaßnahmen für alle Beschäftigten.

3. Demokratie und Solidarität

3.1 Für den Ausbau kommunaler Demokratie

Solidarische Politik muss in offener und gleichberechtigter Zusammenarbeit entstehen. Sie muss unter Einbeziehung der Stadtgesellschaft erarbeitet werden. Während andere gewählt werden wollen, um anschließend fünf Jahre lang möglichst ungestört regieren zu können, sagen wir: Die politisch Verantwortlichen haben die Pflicht, einen solchen Beteiligungs- und Mitbestimmungsprozess zu organisieren.

Ein Demokratieverständnis, nach dem allein die Ratsmehrheit für die Menschen entscheidet, unterstützt von der Verwaltung und beeinflusst von Beratungsagenturen, halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Beteiligungsformate, in welchen die Stadtbevölkerung lediglich als Ressource und Ideenpool begriffen wird, ohne sie in tatsächliche Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden, lehnen wir als unzureichend ab.

Für uns ist das eine Grundsatzfrage. Wir sagen: Wählen gehen darf nicht bedeuten, die eigene Stimme für die nächsten fünf Jahre abzugeben. Politikerinnen und Politiker, die ein solches Politikverständnis vertreten, sorgen damit für Politikverdrossenheit und schädigen die Demokratie. Für uns ist klar: Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für mehr Mitbestimmung und Beteiligung auch zwischen den Wahlen.

Darum setzen wir uns für den Ausbau von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten ein. Die Säulen, auf denen unser Konzept für mehr Mitbestimmung steht, sind Gemeingüter in öffentlichem Eigentum, gemeinsame Planung, direkte Demokratie, Beteiligung auf allen Ebenen und mehr Transparenz. Damit die Stadtgesellschaft demokratisch in einem solidarischen Aushandlungsprozess Entscheidungen treffen kann, brauchen wir neue Beteiligungs- und Mitbestimmungsformate. Eine Voraussetzung dafür ist, dass öffentliche Eigentum erhalten bleibt und gestärkt wird. Auch deshalb werden wir uns unter keinen Umständen an einer Politik der Privatisierung und des Outsourcings beteiligen.

Für DIE LINKE gilt der Grundsatz, dass das Engagement von Anwohnerinnen und Anwohnern, Bürgerinneninitiativen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Verbänden eine Bereicherung für die lokale Politik darstellt. Deshalb setzen wir uns für die ideelle und finanzielle Unterstützung von Initiativen, Verbänden und anderen Trägerinnen und Trägern dieses Engagements ein.

Neben der Einführung von neuen Beteiligungs- und Mitbestimmungsformaten ist unser Ziel die deutliche Senkung der Quoren bei Bürgerinnenbeteiligungen auf allen politischen Ebenen. Die Kommunalverwaltung muss außerdem demokratisch orientierte Anträge und Begehren von Bürgerinnen und Bürgern unterstützen und darf sie nicht behindern. Alle Menschen, die in unserer Stadt leben, sollen teilhaben können, egal welchen Pass sie haben.

In den vergangenen Jahren hat DIE LINKE bereits mehrere Vorstöße für mehr Transparenz in der lokalen Politik übernommen. Immer wieder hat sich unsere Ratsfraktion zum Beispiel für Live-Übertragungen und Video-Archivierungen der öffentlichen Ratssitzungen eingesetzt. Mit Anfragen und Expertisen hat sie die rechtlichen und finanziellen Fragen geklärt, so dass selbst die Verwaltung der Auffassung ist, dass eine solche anderswo längst übliche Übertragung ohne großen Aufwand auch in Bochum umgesetzt werden kann. Dennoch hat bisher eine Mehrheit aus den Reihen von SPD und Grünen die Einführung verhindert. Mit einer starken Ratsfraktion wollen wir in der kommenden Wahlperiode den Druck für mehr Transparenz erhöhen.

Auch in anderen Bereichen wollen wir für mehr Transparenz sorgen. Wir werden jeden kommunalen Klüngel, den wir entdecken, öffentlich machen und dabei auch nichtkonventionelle Formen politischen Protests anwenden. Für uns ist klar: Wenn auf Kosten der Öffentlichkeit Beschlüsse zugunsten von einzelnen Interessensgruppen, Firmen oder Konzernen getroffen werden sollen, werden wir darüber informieren und gemeinsam mit den Betroffenen darüber beraten, wie dagegen vorgegangen werden kann.

DIE LINKE fordert:

- Stärkere finanzielle Unterstützung von Initiativen, Verbänden, Vereinen und anderen Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlichen Engagements.

- Bessere Information über Mitgestaltungsmöglichkeiten und Rechte in Bezug auf kommunalpolitische Entscheidungen.
- Frühzeitige Information und Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in sie betreffende Planungen und Entscheidungen. Dazu sind Bürgerinnenversammlungen zu kommunalen Themen nötig, die über reine Informationsveranstaltungen hinausgehen.
- Modellprojekte zur Einführung neuer Beteiligungsformate, die echte Mitbestimmung bei kommunalen Planungen ermöglichen.
- Bildung von Betroffenenräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern und bei städtischen Eigenbetrieben und Beteiligungsunternehmen, zum Beispiel einen Fahrgastbeirat für die Bogestra und Mieterinnen- und Mieterräte bei der VBW.
- Senkung der Quoren für Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung auf allen politischen Ebenen.
- Einführung des Rats-TV, also des Live-Streamings von Ratssitzungen und Ausschusssitzungen für mehr Transparenz und Information.
- Einführung von unbürokratischen und bürgerfreundlichen Fragestunden im Rat der Stadt Bochum.
- Stärkung der Rechte der Bezirksvertretungen. Sie müssen über einen Haushalt verfügen, der ihre Handlungsfähigkeit für die Stadtteile sicherstellt.
- Verbesserung der Lesbarkeit und Verständlichkeit von Publikationen und Vorlagen der Verwaltung.
- Einrichtung einer Ombudsstelle, bei der die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Kritik anbringen und Probleme mit der Verwaltung vortragen können. Einmal im Jahr soll diese Ombudsstelle einen Bericht veröffentlichen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für Verwaltungshandeln entwickeln.

- Einsatz der Stadt Bochum für eine Demokratisierung des Kommunalwahlrechts in NRW. Unser Ziel ist, dass sich alle Bochumerinnen und Bochumer an den Wahlen beteiligen dürfen – unabhängig davon, welchen Pass sie haben.

3.2 Gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Herkunft

DIE LINKE steht auch in Bochum für eine Politik, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ohne Diskriminierung ermöglicht – unabhängig davon, wo sie herkommen, und seit wann sie in unserer Stadt leben. Die Ermöglichung gleichberechtigter Partizipation verstehen wir als Pflichtaufgabe der Stadt. Sie muss sich aktiv einsetzen für mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr Möglichkeiten der politischen Teilhabe und einen Alltag ohne Rassismus.

Auf Initiative der Linksfraktion im Bochumer Rat ist die Stadt Bochum im Jahr 2016 der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) beigetreten. Das Ziel des Netzwerks ist es, sich gemeinsam für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung einzusetzen. Die Mitgliedsstädte haben sich zur Umsetzung eines Zehn-Punkte-Aktionsplans verpflichtet. Der Plan sieht konkrete Verbesserungen vor, zum Beispiel eine stärkere Unterstützung für die Opfer von Rassismus sowie die Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung bei der Vermittlung von Wohnraum. Während wir den von uns initiierten Beitritt Bochums zu dem Bündnis begrüßen, müssen wir leider feststellen, dass konkrete zusätzliche Maßnahmen zur Erfüllung der Selbstverpflichtung bisher kaum entwickelt und umgesetzt worden sind. Mit einer starken Fraktion im Bochumer Rat wollen wir dafür eintreten, dass sich das in der kommenden Wahlperiode ändert.

Das ist dringend nötig, denn die Politik der vergangenen Jahre hat bei der Beseitigung des kommunalen Investitionsstaus ebenso versagt wie bei der Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen und Bildungschancen. Überproportional betroffen sind davon Migrantinnen und Migranten. Die jahrzehntelange Verweigerung einer Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber der ersten und zweiten Generation der Einwandererinnen und Einwanderer ist ein zentraler Punkt unserer politischen Forderungen.

derinnen und Einwanderer hat zu fortdauernden Benachteiligungen auch von jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt. Das wollen wir ändern. Soziale Probleme, die aufgrund der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen arm und reich zunehmen, werden außerdem in öffentlichen Diskussionen immer wieder ethnisiert und kulturalisiert. Das verstärkt und schürt rassistische Vorurteile. Als LINKE treten wir dagegen für den gemeinsamen Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ein, unabhängig von Herkunft und kultureller Verortung.

Eine gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft setzt voraus, dass Bund und Land entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Kommunen wie Bochum brauchen finanzielle Unterstützung aus einem sozial gerechten Steuersystem, damit sie Konzepte entwickeln und Maßnahmen wirksam umsetzen können. Wir treten für eine Stadtspitze ein, die den politischen Druck auf die Regierungen in Berlin und Düsseldorf erhöht, um dies zu erreichen.

DIE LINKE fordert:

- Vollständige Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) durch zusätzliche Maßnahmen und Programme.
- Stärkere Förderung von Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen und ihre Einbeziehung in die kommunale Politik.
- Mehr öffentlich geförderte interkulturelle Projekte, insbesondere in der Jugendarbeit.
- Mehr Förder- und Beratungsangebote für Eltern mit Einwanderungshintergrund und Sprachförderangebote für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf.
- Kommunale Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und Mehrfach-Staatsbürgerschaften.
- Stärkere Förderung der antirassistischen Arbeit durch gezielte Unterstützung antirassistischer Initiativen und Gruppen.

- Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern sowie Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen.

3.3 Schutz für Schutzbedürftige

Menschen, die aus ihrer alten Heimat fliehen mussten, sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie leben hier als anerkannte Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte, Asylsuchende, Geduldete und Illegalisierte. Als LINKE setzen wir uns für eine menschenrechtskonforme, solidarische und antidiskriminierende Politik ein, die auch auf lokaler Ebene die Rechte von Geflüchteten schützt und das individuelle Grundrecht auf Asyl verteidigt.

Noch immer müssen etwa 1.000 Menschen in Bochum ihr Dasein in engen Sammelunterkünften fristen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Obwohl die Unterbringung in Containern und anderen Sammelunterkünften für die Stadt nachweislich teurer ist als die menschenwürdigere Unterbringung in Wohnungen, existieren eine Reihe von Regelungen, die Geflüchteten aus den meisten Herkunftsländern die Anmietung einer eigenen Wohnung erschweren bzw. verunmöglichen. Die Betroffenen sind außerdem vielfach vom Arbeitsmarkt und von Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Schutzsuchenden aus den meisten Herkunftsländern wird die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen regelmäßig nicht gestattet oder massiv erschwert. DIE LINKE tritt dafür ein, dass sich das ändert.

Obwohl derzeit mehr Menschen auf der Flucht sind als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit, finden aktuell kaum noch Menschen in Bochum Schutz. Im gesamten Jahr 2019 sind unserer Stadt gerade einmal 119 Schutzsuchende zugewiesen worden, das sind weniger als zehn Menschen pro Monat. Dass liegt nicht nur an der brutalen Abschottungspolitik der Europäischen Union, sondern auch an einem Sonder-Deal der Stadt Bochum mit dem Land NRW. Weil das Land seine zentrale Registrierungsstelle für Asylsuchende (LEA) in Bochum angesiedelt hat, bekommt unsere Stadt

1.000 virtuelle Geflüchtete auf den Verteilschlüssel angerechnet. Bochum muss also weniger Verantwortung für die Unterbringung von Schutzsuchenden übernehmen als viele vergleichbare Städte.

DIE LINKE steht ein für ein solidarisches Bochum, das angesichts der humanitären Krise an den EU-Außengrenzen und des Sterbens im Mittelmeer seinen Teil der Verantwortung übernimmt. Seit der Gründung der internationalen Seebrücke-Bewegung im Juli 2018 haben wir uns dafür eingesetzt, dass sich Bochum zum „sicheren Hafen“ erklärt und sich damit gegen die menschenrechtswidrige Abschottungspolitik der EU stellt, die tausende Tote fordert. Nachdem der Bochumer Rat im November 2018 noch einen Antrag der Linksfraktion mit den Forderungen des Bochumer Seebrücke-Bündnisses ablehnte, fand sich im Juli 2019 endlich eine Mehrheit im Rat für die Erklärung Bochums zum „sicheren Hafen“. Wir wollen dafür sorgen, dass den Worten in der kommenden Wahlperiode viel stärker als bisher Taten folgen.

Viele Menschen müssen in Deutschland in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten Jobs oder müssen Aufstockerleistungen beantragen, weil der Lohn nicht zum Leben reicht. Die Ursache für Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine Politik im Interesse der Reichen und der Konzerne. Wir setzen uns für eine soziale Offensive für alle ein, die in die Zukunft Bochums investiert, neue Wohnungen baut, gute und sichere Jobs schafft und so allen Bochumerinnen und Bochumern zugutekommt.

DIE LINKE fordert:

- Verbindliche Einhaltung der Standards des 2015 von der Stadt Bochum erlassenen Unterbringungs- und Betreuungskonzepts für Geflüchtete und Erstellung eines verbindlichen Gewaltschutzkonzepts. Mittelfristig müssen die Standards der Unterkunft auf das Niveau angehoben werden, das auch für alle anderen Bochumerinnen und Bochumern gegenüber dem Jobcenter und den Sozialbehörden gilt.
- Dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in Sammelunterkünften. Wo das nicht möglich ist, müssen große Unterkünfte durch kleinere Einrichtungen ersetzt werden, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht

als Fremdkörper wirken. Sie müssen aus abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigener Küche und sanitären Einrichtungen bestehen und dürfen nicht überbelegt werden. Auch das dritte Gebäude der städtischen Unterkunft Wohlfahrtstraße muss zu abgeschlossenen Wohnungen umgebaut werden.

- Menschenrechtskonforme Ausgestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften abzusichern.
- Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben.
- Abschaffung aller bürokratischen Hürden und Regelungen, mit denen die Stadt Geflüchteten die Anmietung einer privaten Wohnung erschwert.
- Ausreichendes Angebot an Integrations- und Sprachkursen sowie Zugang für alle, die daran teilnehmen wollen. Die Integrations- und Sprachlehrerinnen sollen fest angestellt und fair bezahlt werden.
- Beitritt Bochums zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“ und aktive Mitarbeit, um den Druck der Kommunen auf Bund und Land für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik zu erhöhen.
- Ausnutzung aller kommunalen Spielräume zur Erteilung von Arbeitserlaubnissen. Mehr Hilfestellung bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen. Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung soll eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung gewährt werden.
- Einführung eines kommunalen Bleiberechtsmanagements, um insbesondere Langzeitgeduldeten Perspektiven für einen gesicherten Aufenthaltsstatus in unserer Stadt zu eröffnen. Das jahrelange Leben in rechtlicher Unsicherheit hat für die Betroffenen schlimme psychosoziale Folgen. Ihnen wird die Teilnahme an Integrationskursen und ein unbeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt, und sie erhalten nur Leistungen unterhalb des sowieso zu niedrigen Hartz-IV-Satzes. Um den betroffenen Bochumerinnen und Bochumern zu helfen, diese soziale und rechtliche Benachteiligung

gung zu überwinden, soll die Stadt eine Task-Force bilden.

- Ausnutzung aller kommunalen Spielräume zur Verhinderung von Abschiebungen und Abschiebehaft. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan sind nicht mit den Menschenrechten vereinbar. Nötig sind unter anderem die Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission für von Ausweisung und Abschiebung bedrohte Bochumerinnen und Bochumer sowie eine Verbesserung der Beratungsangebote. Darüber hinaus fordern wir die Erstellung eines Konzepts zur Sicherung des Aufenthaltsrechts, insbesondere für Langzeitgeduldete und Illegalisierte.

3.4 Antifaschismus: Ein Bochum für alle

Die Bochumer LINKE stellt sich konsequent gegen alle Formen faschistischer und rassistischer Überzeugungen, Meinungen, Parteien und Organisationen und wird niemals mit ihnen zusammenarbeiten. Wir stellen uns ihnen entschieden entgegen – ob in den Bezirksvertretungen, im Rat oder auf der Straße. Dazu arbeiten wir auch in lokalen Bündnissen und Zusammenschlüssen gegen Rechts mit und unterstützen ihre Arbeit.

Das Spektrum der rechten Organisationen, die in Bochum ihr Unwesen treiben, umfasst nicht nur klassische Neonazi-Strukturen. Rechte Burschenschaften dienen als Rückzugsorte. Seit einigen Jahren begehen Aktive der „Identitären Bewegung“ wiederholt Propaganda-Delikte und Sachbeschädigungen, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Die rechtsradikalen „Grauen Wölfe“, die sich in der Türk Federasyon organisieren, umwerben insbesondere türkischstämmige Jugendliche und junge Erwachsene. Die Aktivitäten all dieser Organisationen müssen kritisch beobachtet werden, und es ist Aufgabe der Stadt Bochum, ihnen keine Räume und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Linke Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Das Beispiel des Aufstiegs der AfD, die offen völkische, rassistische und zum Teil auch faschistische Inhalte verbreitet, zeigt besonders deutlich, dass es die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte ist, die das Erstarken rechter Kräfte erst ermöglicht. Die große Zahl an Protest-

wählerinnen und -wählern für die AfD, die über den eigenen sozialen Abstieg zurecht frustriert ist oder ihn befürchten, aber das falsche Ventil dafür suchen, sind hierfür ein Beleg. Das beste Mittel gegen den Aufstieg der Rechten ist deshalb linke Politik, die soziale Sicherheit schafft und die Lebensverhältnisse der Mehrheit verbessert.

DIE LINKE will eine offene, bunte und vielfältige Stadt Bochum. Auch in Bochum gibt es leider immer wieder Angriffe auf Flüchtlinge und alle, die dafür gehalten werden. Antifaschistinnen und Antifaschisten, Menschen, die ihre sexuelle Orientierung offen zeigen und Menschen mit Behinderungen gehören genauso zu den Angegriffenen. Wir solidarisieren uns mit allen Opfern rechter Gewalt und setzen uns auch im Rat der Stadt Bochum sowie den Bezirksvertretungen für einen besseren Schutz ein. Dazu braucht es eine starke Zivilgesellschaft, aber auch stärkeren Verfolgungsdruck durch die Polizei. Es kann nicht sein, dass Anzeigen nicht ernst genommen werden, versanden und rechte Netzwerke sich – auch mit Unterstützung des Verfassungsschutzes wie im Fall des „NSU“ – unbehelligt entfalten können.

Rechte Schmierereien prägen das Bochumer Stadtbild viel zu häufig und müssen zeitnah durch die Stadt entfernt werden. Auch die Büros unserer Partei, wie das Wahlkreisbüro unserer Bochumer Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen, waren mehrfach das Ziel von Anschlägen, Beschädigungen und Schmierereien. Das zeigt, wie sicher sich rechte Straftäterinnen und Straftäter in Bochum fühlen, und dass der Verfolgungsdruck nicht hoch genug ist. Das muss sich ändern.

DIE LINKE fordert:

- Die Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für die Opfer von rassistischer Gewalt.
- Stärkere Unterstützung von Bündnissen und Initiativen, die sich gegen Rassismus engagieren.
- Erarbeitung kommunaler Aktionspläne gegen Faschismus und Rechtspopulismus.

- Dass in Behörden, Verwaltungen, Schulen und sonstigen Einrichtungen Fachleute für eine antifaschistische Weiterbildung, aber auch für Aufklärung über den überall anzutreffenden Alltagsrassismus eingesetzt werden.
- Die konsequente Verfolgung rechter Gewalt- und Wiederholungstaten.

Keine Verharmlosung von Faschismus

DIE LINKE setzt sich gegen eine politische Gleichsetzung von Linksaktiven und Nazis und der damit verbundenen „Extremismustheorie“ ein. Die Ablehnung einer solchen Verharmlosung der faschistischen Menschheitsverbrechen sollte unter demokratischen Kräften Konsens sein. Viel mehr gilt es, das Engagement gegen Rassismus, Ausgrenzung und gegen die Ideologie des Nationalsozialismus zu stärken.

Wir sagen daher klar: DIE LINKE Bochum arbeitet mit allen antifaschistischen und antirassistischen Organisationen und Bündnissen in Bochum zusammen und tritt für die Abschaffung der sogenannten „Extremismus-Klausel“ ein. Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivistinnen und Aktivisten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Initiativen und Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten.

Erinnerungskultur als antifaschistische Bildung

Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ zum aktiven Gedenken an die Opfer des Faschismus.
- Aufarbeitung von Euthanasieverbrechen vor Ort.

- Lokale Aufarbeitung von Zwangsarbeiterschicksalen.
- Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen, Jugendorganisationen, Volkshochschulen, Kinder- und Jugendräten und anderen. Dazu sind mögliche Fördermittel auszuloten und interessierten Gruppen zur Verfügung zu stellen.
- Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden, Aufführungen von entsprechenden Theaterstücken.
- Umwandlung von Denkmälern, die Krieg und Tod verherrlichen in Mahnmale gegen Krieg und Faschismus.
- Förderung von Multimedia-, Theater- und Filmprojekten, Internetseiten, Social-Media-Accounts etc.) zur Erinnerungskultur.

3.5 Frieden beginnt vor Ort – für Verständigung und Abrüstung

Wenn sich führende Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung wie die Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) oder der ehemalige Außenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) dafür einsetzen, dass zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts für Aufrüstung (NATO-Ziel) ausgegeben werden, dann schadet das auch Bochum. Die Rüstungsausgaben verdoppeln sich bei solchen Plänen bis 2024, wodurch etwa 74 Milliarden Euro für Drohnen und Panzer verpulvert werden. Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) spricht sogar von 85 Milliarden Euro. Deutschland wäre damit die größte Militärmacht in Europa – noch vor Russland. Geld, das für die dringend notwendige Wiederherstellung des Sozialstaates, die Sanierung von Schwimmbädern wie dem in Werne, Schulsanierungen und gebührenfreie Kitas fehlt. Das zeigt: Nicht erst Krieg gefährdet uns Bochumerinnen und Bochumer. Bereits die schon jetzt stattfindende und gegen das Grundgesetz verstoßende Aufrüstung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee hat große Nachteile für uns.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bochum zusammen mit anderen Städten und Kommunen alle Aufrüstungspläne zurückweist und die Bundesregierung in einem Appell auffordert, stattdessen das dringend benötigte Geld für Investitionen in die kommunale Infrastruktur bereitzustellen. Denn wer heute das Geld in der Rüstung verpulvert, kürzt morgen bei Schulen oder dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Statt die Profite der Rüstungsschmieden wie Rheinmetall zu sichern, muss die Konversion hin zu einer zivilen Produktion gefördert werden. Als LINKE setzen wir uns dafür ein, dass diese Produktionsumstellung sozialverträglich erfolgt und über Investitionen Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden. Wer bisher Teile eines Panzers fertigt, kann morgen dank seiner Qualifikationen bei der Herstellung von Windrädern die Klimawende mitgestalten. Das erfordert mutige Investitionsprogramme und die Bereitschaft, sich mit der Rüstungslobby anzulegen.

Bochum kann hier ganz konkret seinen Beitrag leisten: Unsere Stadt soll neue Gewerbeflächen nur Betrieben zur Verfügung zu stellen, die keine Rüstungsgüter und Waffen herstellen oder Zulieferer für Rüstungsbetriebe sind. Parallel dazu sollte sie Unternehmen, die eine Rüstungskonversion beabsichtigen, beraten und unterstützen.

Eine friedliche Politik schützt außerdem das Klima. Bei Truppenübungen werden Unmengen an CO₂ freigesetzt – nicht erst bei nuklearen Kriegen wird die Umwelt auf Jahrzehnte zerstört. DIE LINKE macht Schluss mit dem Klimakiller und stoppt Aufrüstung und Krieg.

Auf Initiative unserer Ratsfraktion hat der Rat der Stadt Bochum am 11. Juli 2019 ein wichtiges Zeichen gesetzt. Bochum ist nun Teil des Städteappells der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), der die Bundesregierung auffordert, dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten. Das ist ein erster wichtiger Schritt. Wir wollen Bochum gemeinsam mit anderen Kommunen zu einer starken Stimme für Abrüstung und Frieden machen.

Die Bundesregierung braucht dringend Druck, um ihre Blockadehaltung bei wichtigen Initiativen wie dem Atomwaffenverbotsvertrag zu beenden. Wir

fordern die Bundesregierung auf, den USA wie auch in der NATO klarzumachen, dass sie einer weiteren Stationierung von US-Atomwaffen auf deutschem Boden nicht zustimmen wird. Der Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel wird von der Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit unterstützt, die Schließung der US-Air Base in Ramstein ist überfällig. Das erhöht auch die Sicherheit für uns in Bochum.

Die Bundesregierung hat ihren Beitrag am Scheitern des Vertrages über nukleare Mittelstreckensysteme (INF – Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty) aus dem Jahr 1987. Statt sich gegen US-Präsident Trump zu stellen und das Scheitern dieser historisch wichtigen Abrüstungsvereinbarung zu verhindern, indem eine unabhängige Überprüfung der von den USA und Russland gegenseitig erhobenen Vorwürfe auf den Weg gebracht wird, hat die Bundesregierung vollkommen verantwortungslos die unbelegten Anschuldigungen des US-Präsidenten nachgebetet. In der Folge können jetzt wieder mit Atomsprengköpfen bestückte landgestützte Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometern in Europa stationiert werden. Die Welt wird damit auch für uns in Bochum unsicherer.

DIE LINKE setzt sich zudem für den Beitritt zum internationalen Städtebündnis für Frieden wie den „Cities for Peace“ ein. Dass der Oberbürgermeister 2019 Flagge für den Frieden im Rahmen von „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) gezeigt hat, begrüßen wir.

Aufrüstung und eine Politik, die Kriege und Auslandseinsätze der Bundeswehr unterstützt, erfordert Militarisierung im Innern. Die Verteidigungsministerin und CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer lässt Soldatinnen und Soldaten kostenlos mit dem Zug fahren, während Pflegerinnen oder Lehrkräfte weiterbezahlen müssen. Öffentliche Gelöbnisse finden wieder vor dem Bundestag statt. Und die Bundeswehr wirbt aktiv in der Öffentlichkeit. Die UN-Kinderrechtskonvention ächtet Militärwerbung unter Minderjährigen ausdrücklich. Doch wer glaubt, dass die Bundeswehr sich daran hält, die Landesregierung auf die Einhaltung dieser wichtigen Konvention drängt oder das Jugendamt bei Verstößen einschreitet, täuscht sich. Als Bochumer LINKE wollen wir diese Praxis beenden: Die Bundeswehr gehört nicht auf die Berufsbildungsmesse oder an Schulen, wo dann Jugendliche – auch solche unter 18 Jahren – angeworben werden. Die Stadt Bochum muss hier ihren Spielraum nutzen

und der Bundeswehr den Zugang zu Schulen für Werbe- und Marketingzwecke verwehren.

Wir fordern Hausverbot für das „Werben fürs Sterben“ an Schulen und bei der Berufsbildungsmesse – nicht für diejenigen, die mit uns gemeinsam gegen die Werbung der Bundeswehr demonstrieren!

Insgesamt sollten keine Flächen und Standplätze mehr für die Werbung der Bundeswehr in Bochum vergeben werden. Stattdessen setzen wir uns für Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie die Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen ein. Vorurteile können so wirksam abgebaut werden. In Zeiten, wo Russland wieder als Feindbild aufgebaut wird, Truppenübungen an Russlands Grenze stattfinden, sollte die Verständigung auch mit Russinnen und Russen gesucht werden. Frieden in Europa wird es nur mit und nicht gegen Russland geben.

DIE LINKE setzt sich in Bochum für die Förderung von Friedensbildung in Kitas, Schulen, der Ruhr-Universität Bochum und Einrichtungen der Erwachsenen-Bildung wie der VHS Bochum ein. Die Zusammenarbeit zwischen der VHS und dem Bochumer Friedensplenum ist hier ein wichtiger Schritt. Daneben braucht es die umfassende Aufklärung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an die Bundeswehr.

Die Ruhr-Universität Bochum fordern wir auf, sich nicht an militärischer Forschung zu beteiligen, auch wenn dies mit dem neuen Hochschulgesetz, das CDU und FDP im Landtag verabschiedet haben, wieder erlaubt ist. Wir kritisieren, dass die Ruhr-Uni seit 2011 – trotz damals geltender Zivilklausel – 760.000 US-Dollar an Fördermitteln des US-Verteidigungsministeriums entgegengenommen hat, wie der „Spiegel“ berichtet. DIE LINKE engagiert sich gegen diese Art der Forschung an Universitäten. Stattdessen ist die universitäre Friedensforschung aktiv zu unterstützen.

Wir sind erschrocken, dass im September 2019 erstmals seit über 30 Jahren wieder Sirenen über unserer Stadt geheult haben. Die 8 Millionen Euro für fünf Sirenen hätten wahrlich besser zugunsten der Menschen ausgegeben werden können. Aber es sollen noch über 20 Sirenen in verschiedenen Stadtteilen folgen. Vor 30 Jahren sollten die verschiedenen Sirenentöne

vor Luftangriffen warnen, auch mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Sind wir schon wieder so weit?

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Straßen und Plätze, die immer noch nach Militaristen und Kriegsverbrechern benannt sind oder kolonialistische Namen tragen, umbenannt werden. Für uns ist klar: Wir stehen an der Seite der Friedensinitiativen und -organisationen, und werden auch weiterhin ihre Anliegen in den Rat der Stadt Bochum tragen. Wir sind ihre Stimme im Bochumer Rat.

4. Stadtentwicklung

4.1 Für ein lebenswertes, soziales Bochum

DIE LINKE sagt: Ein anderes Bochum ist möglich. Ein Bochum, das bei der Stadtentwicklung die Bedürfnisse der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner in den Mittelpunkt stellt, statt immer neuen Prestigeprojekten hinterherzujagen. Ein Bochum, das bestehende Probleme benennt und angeht, anstatt zu versuchen, sie mit teuren Marketing-Kampagnen nur zu überspielen. Ein Bochum, in dem niemand mehr in die soziale Isolation gedrängt wird. Ein Bochum, das für alle die gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe sichert: Bezahlbaren und komfortablen Wohnraum, ausreichend gute und sichere Arbeitsplätze, wenig Verkehrsbelastung und eine intakte Umwelt, gute Schulen und Kindereinrichtungen, bezahlbare Kultur- und Sportangebote sowie ein dichtes solidarisch finanziertes Nahverkehrssystem, das ohne den Kauf von Tickets nutzbar ist.

In einer sozialen Stadt müssen sich alle Menschen wohl und zuhause fühlen können – egal wie alt sie sind, wie viel Geld sie haben und wo sie in Bochum wohnen. Und egal, ob sie neu nach Bochum gezogen sind oder schon seit Jahrzehnten hier leben. Dafür sind gleichwertige Lebensbedingungen und soziale Infrastrukturen in allen Stadtteilen notwendig. Eine soziale und solidarische Stadt kümmert sich um alle und beteiligt alle am öffentlichen Leben. Sie schafft Arbeitsplätze und gesicherte Beschäftigung, und bekämpft so Arbeitslosigkeit und Armut. Sie bietet bedarfsgerechte, barrierefreie, und integrative Sozialeinrichtungen für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen. Eine soziale und solidarische Stadt muss sich daran messen lassen, wie sie mit benachteiligten Menschen umgeht.

DIE LINKE setzt sich für eine Stadt ein, die sich vor allem auf Solidarität als gemeinsame Selbstbestimmung gründet – also für ein Gemeinwesen, das seine Lebensverhältnisse selbst, demokratisch und sozial regelt. Deswegen engagieren wir uns für mehr demokratische Teilhabe der Bochumerinnen und Bochumer an kommunalen Entscheidungsprozessen.

4.2 Raus aus der Wohnungskrise – bezahlbare Mieten für alle

Es ist eine absurde Situation: In den vergangenen 25 Jahren ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner um 36.000 gesunken – und dennoch steigen die Mieten. Für immer mehr Menschen wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Seit dem Jahr 2014 sind die Mieten bei neu abgeschlossenen Verträgen in unserer Stadt um 18 Prozent gestiegen. Besonders knapp ist das Angebot für Alleinstehende und für große Familien, und auch in anderen Bereichen des Wohnungsmarkts spitzt sich die Situation weiter zu. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung fehlen in unserer Stadt 25.000 Wohnungen, die sich Menschen mit geringen Einkommen leisten können. Die Hälfte aller Bochumerinnen und Bochumer hat Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein, aber der Anteil der mietpreisgebundenen Wohnungen ist auf nur noch 6,8 Prozent gesunken. Durchschnittlich wurde im vergangenen Jahr an jedem Arbeitstag mehr als eine Bochumer Wohnung zwangsgeräumt. Diese 251 Zwangsräumungen in 2019 sind ein neuer trauriger Rekord!

Wenn sich trotz geringerer Bevölkerungszahl als vor 25 Jahren die Krise auf dem Wohnungsmarkt derart verschärft, dann ist das ein sicheres Zeichen für das Totalversagen der Bochumer Wohnungspolitik in den vergangenen Jahrzehnten. Wir treten an gegen Mietenwahnsinn und für einen umfassenden Wechsel in der Wohnungspolitik. Denn das Recht auf Wohnen bedeutet für uns mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Die Stadtentwicklung, die wir wollen, ist gemeinwohlorientiert, bedarfsdeckend und sozial gerecht.

Boden darf keine Ware sein wie jede andere. Denn Boden ist im Unterschied zu mobilen Waren nicht vermehrbar. Das Argument der fehlenden Wohnungen wird vielfach dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken an Investorinnen und Investoren zu legitimieren. Dies führt zu Bauprojekten, deren Mietpreise größtenteils weit über den Bochumer Durchschnittsmieten liegen. Solche Neubau-Projekte wirken als Preistreiber in der ganzen Stadt. Stattdessen brauchen wir eine Politik, welche die Wohnraumversorgung nicht mehr privaten Investoren überlässt. Die Stadt muss eine aktive Wohnungspolitik zu ihrem eigenen Schwerpunkt machen – mit den entsprechenden Konsequenzen für den Einsatz der städtischen Haushaltsmittel und des städtischen Personals. Im Vordergrund muss der Bau von dauerhaft belegungs-

und preisgebundenen Mietwohnungen in kommunaler und gemeinwohlorientierter Trägerschaft stehen. Ebenso begrüßen wir die Zusammenarbeit mit anderen nicht renditeorientierten Bauträgern, etwa gemeinwohlorientierten Genossenschaften, Wohnungsbauvereinen und Stiftungen.

Gleichzeitig wissen wir: Eine sozial gerechte Nutzung des existierenden Wohnungsbestands ist ökologischer und nachhaltiger als zusätzliche Bodenversiegelung durch Neubau. Daher muss auch die Kommunalisierung von Wohnungsbeständen in den politischen Fokus rücken. So kann es gelingen, mehr Wohnraum in Bochum bezahlbar zu machen und insgesamt das Mietpreinsniveau zu stabilisieren.

Eine soziale, demokratische und ökologische Wohnungspolitik lässt sich nur durchsetzen, wenn sich auch die Mieterinnen und Mieter selbst dafür engagieren. Daher begrüßen wir die Selbstorganisation der Mieterinnen und Mieter sowie deren Proteste, und wir unterstützen stadtpolitische Initiativen und Bündnisse. Wir treten dafür ein, dass die Stadt Bochum ihre Zusammenarbeit mit dem Mieterverein intensiviert und die Selbstorganisation von Mieterinnen und Mietern sowie selbstorganisierte Wohnprojekte stärker unterstützt.

DIE LINKE fordert:

- Privatisierungs-Stopp für kommunale Grundstücke, Gebäude und Wohnungen. Der Bestand an öffentlichem und gemeinwohlorientiert genutztem Boden muss erhöht werden, um eine gemeinsame und demokratisch organisierte Flächenentwicklung zu ermöglichen.
- Eindeutige Priorität für kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau gegenüber profit- und renditeorientierten Projekten.
- Städtische Grundstücke sollen kommunalen und anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen nach dem Erbbaurecht für den Bau von Wohnungen im Preissegment der öffentlichen Wohnungsbauförderung zur Verfügung gestellt werden. Erhaltenswerte Gebäude, welche die Stadt nicht mehr selbst nutzen will (zum Beispiel die aktuelle Musikschule und das Gesundheitsamt) werden nicht abgerissen, sondern gemeinwohlorientiert umgenutzt.

- Umbau der mehrheitlich städtischen Wohnungsgesellschaft VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen. Statt die Mietpreise jeweils an den Rand des gerade noch Legalen zu erhöhen, sollen die Mieten nach dem Kostendeckungsprinzip unter Einbeziehung des gesamten Bestands gebildet werden. Gewinnausschüttungen an die Anteilseigner werden auf ein Minimum begrenzt. Wenn Geld übrigbleibt, wird es reinvestiert – in den Bestand und in den Neubau von preisgünstigem Wohnraum. Eine dauerhafte Zweckbindung des VBW-Bestands macht Privatisierungen unmöglich, und die Einführung von Mieterinnenräten sorgt für echte Mitbestimmungsrechte. Bis der Umbau zum gemeinwohlorientierten Unternehmen mit günstigeren Mieten abgeschlossen ist, wollen wir einen Mietendeckel für alle VBW-Wohnungen einführen, der Mieterhöhungen ausschließt. Neuvermietungen dürfen keinesfalls zu Preisen vorgenommen werden, die oberhalb der Werte im Mietspiegel liegen.
- In den Bedingungen aller kommunalen Förderprogramme für Wohnungsmodernisierungen und Sanierungen muss festgeschrieben werden, dass nur Maßnahmen förderfähig sind, durch die sich die Warmmiete nicht erhöht.
- Eine aktive Leerstands- und Instandhaltungspolitik: Erlass einer Wohnraumschutzsatzung (Zweckentfremdungssatzung) durch den Bochumer Rat. Mit ihr werden Wohnungsleerstände, Umnutzungen und Abrisse melde- und genehmigungspflichtig. Eigentümerinnen und Eigentümer von leerstehenden Wohnungen müssen gegenüber der Stadt begründen, warum sie nicht vermieten. Sieht die Stadt keine triftigen Gründe für den Leerstand, kann sie die Genehmigung verweigern und ein Bußgeld verhängen.
- Deutliche Erhöhung der Quoten für öffentlich geförderten und mietpreisgebundenen Wohnraum bei allen noch nicht rechtsgültigen und zukünftigen Bebauungsplänen. Die Quoten müssen verbindlich und nicht wie bisher nur für große Bauprojekte über 2.000 Quadratmeter Geschossfläche gelten.
- Erstellung eines Baulücken-Katasters und eines Leerstands-Katasters, um bestehende Räume besser zu nutzen.

- Nutzung des Instruments der sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) nach §172 des Baugesetzbuchs (BauGB), um der Verdrängung von Mieterinnen und Mietern und dem Verlust mietpreisgünstigen Wohnraums entgegenzuwirken.
- Kungelei mit der Immobilienwirtschaft beenden. Der in Bochum ansässige Vonovia-Konzern ist nicht nur der größte Immobilienkonzern Deutschlands, sondern auch der größte strategische Mietpreistreiber der Republik. Er steht wegen überteuerter Modernisierungen, falscher Abrechnungen, und immer weiter steigender Unternehmensgewinne auf Kosten der Mieterinnen und Mieter massiv in der Kritik. Trotzdem genießt der Konzern im Bochumer Rathaus eine privilegierte Sonderbehandlung. Wir stehen für eine Stadtverwaltung ein, die sich nicht auf die Seite des Großkonzerns stellt, sondern an die Seite der Mieterinnen und Mieter, die von der unsozialen Vonovia-Unternehmenspolitik betroffenen sind.

4.3 Stadtumbau: Gemeinsam planen und entscheiden

Planungsprozesse dürfen nicht mehr über die Köpfe der Bochumerinnen und Bochumer hinweg organisiert werden. Die kommunale Planung, die wir wollen, ist ausgerichtet an den konkreten Bedürfnissen der Menschen in den Stadtteilen, und nicht an Profitinteressen von Investoren, Wohnungsunternehmen und anderen Konzernen. Sie ist sozial-ökologisch und hat das Ziel, zusätzlichen Flächenverbrauch zu vermeiden. Um das zu erreichen, brauchen wir mehr Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Mitbestimmung der Bochumerinnen und Bochumer. So wollen wir gleichwertige Lebensbedingungen, soziale Vielfalt und Sicherheit sowie quartiersnahe Versorgung überall in der Stadt sicherstellen.

Wie die Zukunft der Bochumer Innenstadt und der Stadtteile aussehen soll und wie mit öffentlichen Ressourcen, den Grundstücken, Gebäuden und nicht zuletzt den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner umgegangen wird, sind Entscheidungen von großer Tragweite. Eine nur symbolische Beteiligung der Stadtgesellschaft bei der Beantwortung dieser Fragen ist nicht ausreichend. Stattdessen fordern wir Mitbestimmungsformate, die si-

cherstellen, dass das lokale Wissen der Anwohnerinnen und Anwohner in die Planung einfließt, und dass der Planungsprozess zugänglich, demokratisch, ergebnisoffen, breitgefächert und vor Ort organisiert stattfindet.

Der Stadtumbau, für den wir eintreten, ist ökologisch nachhaltig. Freiflächen müssen erhalten und geschaffen werden, denn sie erhöhen nicht nur die Aufenthaltsqualität, sondern sind auch für die Verbesserung des Stadtklimas und der Luftverhältnisse unerlässlich. Dabei ist die Situation in Bochum besonders besorgniserregend: Abgesehen von Köln weist keine andere Stadt in Nordrhein-Westfalen eine dermaßen signifikante Temperaturerhöhung im Innenstadtbereich auf. Das hat gravierende Folgen für die Aufenthaltsqualität und die Gesundheit.

Um den Flächenfraß zu stoppen, brauchen wir ein Umsteuern in der städtischen Bauleitplanung. Der Umbau im Bestand muss Vorrang vor neuer Flächenversiegelung haben. Wir setzen uns dafür ein, vorrangig alte, ungenutzte Industrieflächen aufzuarbeiten und einer neuen Nutzung zuzuführen. Die Strategie einiger Eigentümerinnen und Eigentümer, solche Flächen brach liegen zu lassen, um keine Altlasten entsorgen zu müssen, ist nicht akzeptabel.

DIE LINKE fordert:

- Kein Ausverkauf von öffentlichem Grund und Boden, stattdessen Kommunalisierung von Grundstücken zur gemeinwohlorientierten Entwicklung.
- Schaffung neuer Möglichkeiten der Mitbestimmung und Planungsbeteiligung.
- Als Pilotprojekt fordern wir die Gründung eines zivilgesellschaftlichen Planungsbüros für das städtische Gelände am Appolonia-Pfaus-Park (BVZ, Turnhalle, Musikschule und Gesundheitsamt). Das Büro soll die Selbstorganisation der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner stärken und unabhängige Stadtteilversammlungen organisieren. Es organisiert die Wunschproduktion in Bezug auf das Gelände und verwendet in einem ergebnisoffenen Prozess innovative und partizipative Planungs-Tools, die es allen möglich machen, Beiträge zum Planungsprozess zu liefern. Im Rahmen dieses breit organisierten Teilhabeprozesses spitzt es Ideen zu, ent-

wickelt Varianten, stimmt diese mit dem Stadtteil ab, und präsentiert am Ende einen (Roh-)Entwurf. Das Büro arbeitet im Auftrag der Stadt Bochum, wobei ihm seine Unabhängigkeit vertraglich zugesichert wird.

- Einschränkung beschleunigter Verfahren, die die Beteiligung verschlechtern. Bebauungspläne müssen auf ihre Klima- und Umweltverträglichkeit geprüft werden.
- Reduzierung des Flächenverbrauchs mit dem Ziel des Nullverbrauchs durch Umnutzung im Bestand und Vorrang für Innenverdichtung. Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich (§35 Baugesetzbuch).
- Entwicklung eines Umnutzungskonzepts für gewerblichen Leerstand, mit dem die Potentiale zum Umbau von leerstehenden Gewerbeimmobilien (Ladenlokale, ehemalige Gaststätten, Büroflächen etc.) in bezahlbaren Wohnraum erhoben und konkrete Vorschläge entwickelt werden. Dabei werden auch Konzepte zur Kommunalisierung und gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung geprüft, um den dringend benötigten preisgünstigen Wohnraum zu schaffen.
- Bei Nachverdichtungen müssen der lokale Freiraumbedarf und stadtklimatische Anforderungen unbedingt berücksichtigt werden. Mögliche Maßnahmen sind die Schließung von Baulücken, der Ausbau von Dachgeschossen und die Aufstockung von Gebäuden.
- Die knappen Wohnbauflächen sollen für inklusiven gemeinwohlorientierten Wohnungsbau genutzt werden, statt sie für neue Ein- und Zweifamilienhäuser mit großem Flächenverbrauch zu verschwenden, von denen nur wenige profitieren würden.
- Entwicklung eines Handlungskonzepts gegen urbane Hitzeinseln als Grundlage zur Bekämpfung von Wärme-Hotspots. Es soll bei allen zukünftigen städtebaulichen Maßnahmen berücksichtigt werden. Als Maßnahmen kommen u.a. in Frage: Konsequentes Anpflanzen und Nachpflanzen von geeigneten Bäumen und Straßenbegleitgrün im gesamten Innenstadtbereich, Pflege und Ausbau von Brunnen und Wasserflächen, mehr Dach- und Fassadenbegrünung, Dachgärten, Aufwertung und Ausweitung von

Grünflächen und Parks, Hochbeete, Rankgerüste und vertikale Raumbe-
grünung (grüne Wände) in den Bereichen, in denen das Anpflanzen tief-
wurzelter Bäume und Sträucher nicht möglich ist.

4.4 Kultur für alle

Für DIE LINKE ist Kultur eine der Grundlagen persönlicher Selbstentfaltung
und gesellschaftlicher Teilhabe. Die Kultur, die wir wollen, ist für alle ohne
Hürden zugänglich, inklusiv und vielfältig. Eine lebendige und multikulturelle
Kulturszene ist die Grundlage für gelebte Demokratie und das soziale Mit-
einander in unserer Stadt.

Dabei denken wir nicht in den alten Kategorien von Hoch- und Breitenkultur.
Ob Theater oder Live-Konzert, ob Museumsbesuch oder selbstorganisiertes
Straßenfest: Für uns stehen die verschiedenen Formen von Kultur gleich-
berechtigt nebeneinander und ergänzen sich. Wir wollen ihre solidarische
Zusammenarbeit unterstützen – kulturelle Projekte dürfen nicht gegeneinan-
der ausgespielt werden. Eine Kulturförderung, die sich auf Leuchtturm- und
Vorzeigeprojekte konzentriert, und die dabei die Breite der Angebote in den
Stadtteilen vernachlässigt, lehnen wir ab.

Wenn wir von Kultur sprechen, bedeutet das: Alle müssen mitmachen kön-
nen, unabhängig davon, wie viel Geld sie haben – und egal, wie alt sie sind,
welches Geschlecht sie haben oder wo sie herkommen. Aufgabe der öffent-
lichen Hand ist die finanzielle Unterstützung einer breiten Kultur für alle, um
die Vielfalt zu sichern.

DIE LINKE kritisiert, dass Kultur immer mehr als Standortfaktor gesehen
wird. Wir wollen dafür sorgen, dass Kultur nicht nur dann hoch im Kurs steht,
wenn sie sich zum Stadtmarketing oder zum Anlocken von Investitionen eig-
net. Kulturangebote dürfen auch nicht der Instrumentalisierung durch Kon-
zerne ausgeliefert werden. Ein Rückzug der öffentlichen Hand zugunsten von
Sponsoring-Modellen ist für uns deshalb keine Option.

Stattdessen setzen wir auf institutionelle Förderung und eine auskömmliche

Finanzierung der Kunst- und Kulturschaffenden. Die Angebote der öffentlichen Büchereien, Theater, Archive, Museen und der Musikschule müssen nicht nur erhalten bleiben, sondern erweitert werden. Wir wollen die gute Arbeit in den großen Kultureinrichtungen absichern, ohne dass dies auf Kosten der kleinen geht. Eine lebendige freie Szene erhöht die Lebensqualität in Bochum. Sie hat mehr Wertschätzung und Unterstützung verdient. Wir setzen uns außerdem für ein flächendeckendes Angebot an soziokulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen ein.

DIE LINKE fordert:

- Ausrichtung der Bochumer Kulturpolitik in Richtung „Kultur für Alle“.
- Eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Musikschule, der Stadtbücherei, der Museen und der anderen kommunalen Kultureinrichtungen.
- Eine nachhaltige Förderung der Erinnerungskultur.
- Erhalt und Ausbau von flächendeckenden dezentralen Kultur- und Freizeiteinrichtungen in allen Stadtteilen.
- Die unkomplizierte Bereitstellung von öffentlichen Plätzen für Stadteinfeste und andere kulturelle Veranstaltungen ohne bürokratische Hürden.
- Förderung von Auftritten freier Theater- und Musikgruppen und Bereitstellung von Proberäumen.
- Kostenfreie Nutzung von Räumlichkeiten für Kulturschaffende: Leerstände sollen auch von Kulturschaffenden zwischengenutzt werden können.
- Ausbau des Bochum-Passes durch ermäßigte Eintrittskarten zum Preis von maximal drei Euro in allen kommunalen und öffentlich bezuschussten Kultureinrichtungen, wobei die Stadt die Finanzierung sicherstellt. Der Bochum-Pass soll außerdem allen Berechtigten, von den die Behörden wissen, automatisch zugestellt werden – zum Beispiel zusammen mit dem Bescheid über die Sozialleistungen.

- Kostenfreier Eintritt in die Bochumer Museen.
- Freie Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu den Kultureinrichtungen, um die Kulturangebote wahrnehmen zu können.
- Stark ermäßigte Gebühren für VHS-Kurse und die kostenfreie Nutzung öffentlicher Bibliotheken.
- Eine transparente, verlässliche und demokratisch kontrollierte öffentliche Förderung von Kulturinitiativen statt undurchsichtiger Zuteilungen und willkürlichem Sponsoring durch städtische Tochterunternehmen wie der Stadtwerke oder Sparkasse.

Kulturpolitik in Bochum

In den vergangenen sechs Jahren gab es einschneidende Entwicklungen in der Bochumer Kulturszene, die wir kritisch und konstruktiv begleitet haben: Der Prozess zur Aufstellung eines Kulturentwicklungsplans wurde wie von uns gefordert mit angestoßen. In einem ersten Schritt wurde die Vertragslaufzeit für die institutionelle Förderung auf zwei Jahre verlängert. Der von uns heftig kritisierte Konzerthausbau wurde fertig gestellt und in Betrieb genommen. Unsere Befürchtung, dass bei der Planung einiges schöngerechnet wurde, hat sich bestätigt. Der Komplex der Jahrhunderthalle ging in den Besitz der Stadt über, die nun die Kosten für Instandhaltung und Betrieb tragen muss. Das unwürdige Schauspiel um die Intendanz des Prinz-Regent-Theaters endete mit einem Gemaschel zwischen Politik und Trägerverein, was der Öffentlichkeit dann als „Bochumer Weg“ verkauft wurde. Johan Simons wurde, auch mit unserer Unterstützung, Intendant des Schauspielhauses. Der Telekom-Block gegenüber des Rathauses wurde von der Stadt gekauft und soll zu einem „Haus des Wissens“ umgebaut werden. Aus dem sehr erfolgreichen Pilotprojekt „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) der Musikschule Bochum wurde das abgespeckte „JeKits“-Programm. Die Laufzeit und die finanzielle Unterstützung ist damit halbiert worden und umfasst nur noch die halbe Grundschulzeit.

Kulturelle Bewegung gab es in Bochum vor allem von unten. Neue Akteur*innen und Orte der kulturellen Vielfalt traten auf den Plan, wie zum Beispiel

das Atelier Automatique, die Prärie, die Bakery, das Provisorium, das Oval Office, die Kofabrik und der botopia.raum9. Diese Entwicklung begrüßen wir, und sichern den Aktiven dieser Orte unsere Unterstützung zu. Die Initiative „Nice Price“ wurde gegründet, die das Ziel hat, den Etat der freien Szene auf zehn Prozent des städtischen Kulturetats zu erhöhen. Auch diese Forderung unterstützen wir mit Nachdruck.

Deshalb fordern wir:

- Demokratische Kontrolle und Bürgerinnenbeteiligung sowie Transparenz bei allen Entscheidungen. Einen „Bochumer Weg“ darf es in Zukunft nicht mehr geben. Die Einmischung der Bochum Marketing GmbH in die Kulturpolitik weisen wir entschieden zurück.
- Das abgespeckte „Jekits“-Förderprogramm muss wieder aufgestockt werden, um das Versprechen „Jedem Kind ein Instrument“ wieder zu erfüllen. Die Stadt Bochum muss sich dafür einsetzen, dass Kinder wieder vier Jahre lang daran teilnehmen können, davon mindestens das erste Jahr kostenfrei.
- Die Gründung eines „Hauses der bildenden Kunst“, analog zum Konzept der Musikschule – mit Ateliers, Werkräumen und einer öffentlichen Galerie.
- Erweiterung und Verstetigung der Beteiligungsformate zum Kulturentwicklungsplan.
- Erhöhung des Etats der freien Kulturszene auf zehn Prozent des gesamten Kulturetats und Einrichtung eines „Feuerwehrtopfes“ zur Unterstützung neuer Akteurinnen und Akteure und Initiativen.
- Verlängerung der Vertragslaufzeit für die institutionelle Förderung der freien Szene von zwei auf drei Jahre.
- Erstellung eines kommunalen Aktionsplans gegen prekäre Beschäftigung im Kulturbereich.

- Einen angemessenen Etat für das Kunstmuseum, um den Ankauf von Werken für die eigene Sammlung zu ermöglichen.
- Die Einrichtung einer Internetplattform für die Kulturschaffenden in Bochum.
- Die Intendanz am Schauspielhaus muss in der Nachfolge von Johan Simons weiblich werden. Seit der Gründung des Theaters vor mehr als 100 Jahren waren bisher alle Intendanten männlich.

4.5 Gute Rahmenbedingungen für den Sport in Bochum

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport über sportliche Betätigung während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Viele Bochumerinnen und Bochumer sind Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Sport hat für die Menschen in unserer Stadt einen hohen Stellenwert. Zudem fördert der gemeinsame Sport Toleranz und Akzeptanz statt Ausgrenzung und Diskriminierung. Sport ist gut für das Miteinander und echte Gewaltprävention.

Bochum hat eine wichtige Aufgabe beim Erhalt der kommunalen Infrastruktur. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen Sporttreibenden in Kneipen- oder Betriebsmannschaften in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem Menschen möglich sein.

Auch für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben sind Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für DIE LINKE ebenfalls: Es muss Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, aber auch einen barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderung. Wir wollen die Zugangsbedingungen zum Sport für alle verbessern! Sport treiben zu können soll nicht vom eigenen Einkommen

oder dem der Eltern abhängen. Wir fördern behindertengerechten, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport.

Gerade im Winter sind in Bochum die Folgen einer Kürzungspolitik zu spüren, die bei Schwimmbädern und dem Personal den Rotstift ansetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden, so dass der Betrieb auch bei erhöhtem Krankenstand gewährleistet ist. Dann sinkt auch im gesamten Jahr die Arbeitsbelastung und die Qualität steigt.

Immer mehr Kinder können nicht schwimmen. Die Kurse für Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer sind in Bochum jeweils binnen weniger Tagen ausgebucht und die Wartezeit beträgt oft über ein Jahr. Das muss sich ändern. Statt Lehrschwimmbekken kaputt zu sparen und dann zu schließen oder die Öffnungszeiten von Schwimmbädern zu verkürzen, muss das Angebot erweitert werden. Es darf nicht sein, dass das Einkommen der Eltern daran abgelesen werden kann, ob ein Kind schwimmen kann oder nicht. Das ist aber nicht allein in Bochum ein Problem. Dass über 60 Prozent der unter Zehnjährigen in Deutschland nicht sicher schwimmen können, belegt ein bundesweites Politikversagen. Wir setzen uns dafür ein, dass mit einer Investitionsoffensive wieder mehr Schwimmbäder und Lehrschwimmbekken eröffnet werden und genügend Personal eingestellt wird. Das Angebot an Schwimmbädern muss wieder dem Bedarf entsprechen. Die Stadt Bochum muss hier ihren Teil leisten.

DIE LINKE tritt ein für:

- Bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder sowie freien Zugang für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten.
- Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind.
- Förderung der Teilnahme von allen an sportlicher Betätigung.
- Besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport.

- Kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine, mit besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, Migrantinnen und Migranten und so weiter.
- Transparente kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne und Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden. Wir wollen besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten und einkommensschwachen Menschen.
- Kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund.
- Öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen. Nötig ist eine steuerliche Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (unter anderem der Kilometerpauschale).
- Förderung der Einrichtung von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten.
- Weiterentwicklung und Förderung von Fanprojekten gegen gewaltbereite Hooligans in Kooperation mit den entsprechenden Fußballvereinen.

4.6 Digitalisierung sozial und demokratisch

„Smart City“ ist eines der Schlagwörter, wenn es um die Digitalisierung der Kommunen geht. Damit sind Entwicklungskonzepte gemeint, die zum Beispiel vernetzte Verkehrsangebote, einen effizienteren Lieferverkehr oder einfacheren Zugang zu Informationen versprechen. Aber nicht alles, was als „smart“ beworben wird, ist automatisch gut. Smart-City-Projekte können auch ein Einfallstor für Großkonzerne und Datenraub sein.

Die Digitalisierung, die wir wollen, ist sicher, transparent und unkommerziell. Dafür brauchen wir einen Digitalisierungsprozess, der den Interessen aller Bürgerinnen und Bürger und nicht denen von privaten Unternehmen verpflichtet ist. Denn auch die digitale Stadt soll kein Renditeprojekt sein, sondern ein demokratisches Gemeinwesen. Dafür müssen alle Bürgerinnen und Bürger konsequent in einen demokratisch organisierten Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

Digitale Souveränität statt digitale Enteignung

Die großen Software-, Hardware- und Dienstleistungskonzerne sehen in der Digitalisierung der Kommunen vor allem einen milliardenschweren Markt. Mit großen Lobby-Bemühungen und viel Werbeaufwand wollen sie ihre Produkte in den Städten positionieren. Unternehmen wie Siemens, Google, Uber und Huawei nutzen dabei die fehlende Investitionskraft und manchmal auch fehlende Kompetenz in den zusammengedünnten Stadtverwaltungen aus. So versuchen sie, sich den Zugriff auf Teile der kommunalen Infrastruktur anzueignen, um sie langfristig für ihre Profitinteressen zu nutzen.

Vielfach werden von den Kommunen Verträge mit problematischen Klauseln abgeschlossen und anschließend geheim gehalten. Eine öffentliche Kontrolle der Verträge ist so nicht möglich. Stattdessen lassen sich die Städte mitunter in Werbemaßnahmen privater Unternehmen einspannen, zum Beispiel von Unitymedia im Rahmen der Kampagne „Gigabit City Bochum“.

Ein Paradebeispiel dafür, wie Entscheidungen nicht getroffen werden sollten, lieferte Bochum im Jahr 2018. Ohne vorherige Beratung in den politischen Gremien und ohne vorherige öffentliche Diskussion hat die Stadtverwaltung

einen Vertrag abgeschlossen, durch den Straßenlaternen in Bochum-Ehrenfeld mit einer umfassenden Datensammel-Technologie ausgestattet wurden. In dem Pilotprojekt erlaubte die Stadt der Firma Innogy, Sensoren in Laternen einzubauen, um Bewegungsströme von Fußgängerinnen und Fußgängern zu erfassen. Außerdem sollen die Laternen erkennen, ob Parkplätze frei oder belegt sind, und per WLAN einen Internet-Zugang zur Verfügung stellen – teilfinanziert durch standortbezogene Werbung.

Wir wollen, dass solche Vertragsabschlüsse und Verpflichtungen im Vorfeld in den demokratischen Gremien und in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Grundsätzlich fordern wir, dass Verträge der Stadt sowie Treffen von städtischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern mit Unternehmen bzw. deren Lobbyistinnen und Lobbyisten öffentlich gemacht werden. Alle Planungen und Umsetzungen von Smart-City-Projekten müssen kritisch darauf geprüft werden, ob sie tatsächlich eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten.

Datenschutz und Datensparsamkeit

Wir treten außerdem für höchste Datenschutz-Standards und größtmögliche Datensparsamkeit ein. Die Stadt Bochum muss sicherstellen, dass Smart-City-Projekte und andere digitale Angebote so wenig persönliche Daten wie möglich generieren. Wo doch personenbezogene Daten gesammelt werden, ist ein transparenter und nachhaltiger Umgang mit den Daten nötig. Alle Daten, die durch die Kommune oder von ihr beauftragte Unternehmen erhoben werden, dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden. Die Kommune muss immer selbst entscheiden können, was mit ihren Daten passiert. Werden externe Unternehmen beauftragt, muss genau festgelegt werden, wo und unter welchen Umständen erhobene Daten verarbeitet werden und wer auf sie Zugriff hat. Keinesfalls dürfen erhobene Daten zum Eigentum der Unternehmen werden. Wo anonymisierte Daten von öffentlichem Interesse sind, sollten diese der Allgemeinheit über Open-Data-Portale zugänglich gemacht werden.

Digitale Teilhabe organisieren

Allen Bochumerinnen und Bochumern muss der digitale Einstieg einfach möglich gemacht werden. Gleichzeitig ist es eine Kernverantwortung der

Stadt, darauf zu achten, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien nicht von Informationen und öffentlichen Dienstleistungen ausgeschlossen werden. Bereits bei der Konzeption muss sichergestellt werden, dass Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung und Bochumerinnen und Bochumer mit geringem Einkommen gleichermaßen von den Neuerungen profitieren.

Open Source fördern

Die Stadt Bochum nutzt aktuell hauptsächlich Betriebssysteme und Programme großer Digitalkonzerne. Ein Problem dabei ist, dass nicht genau nachvollzogen werden kann, wie diese Systeme arbeiten. Gleichzeitig besteht stets eine Abhängigkeit von diesen Konzernen in Bezug auf Lizenzkosten, Updateversorgung und den Schutz der Daten. Gerade Behörden sollten nicht den Regeln und Machenschaften dieser Unternehmen ausgeliefert sein. Eine Alternative wäre es, Programme und Betriebssysteme einzusetzen, die einen offenen Programmcode zur Verfügung stellen. Bei diesen sogenannten Open-Source-Betriebssystemen und -Programmen sind Strukturen einsehbar und transparent. So wissen alle Beteiligten, woran sie sind. Die Stadtverwaltung sollte daher darauf hinarbeiten, auf Open-Source-Software umzusteigen.

DIE LINKE fordert:

- Schnelles Internet für alle. Dazu gehören neben Breitbandanschlüssen auch der Ausbau öffentlich zugänglicher WLAN-Punkte in einer nichtkommerziellen Infrastruktur, die außerdem Netzneutralität gewährleistet (zum Beispiel Freifunk).
- Verbleib digitaler Infrastruktur in öffentlicher Hand und Kommunalisierung der Netze. Der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund und Land unmittelbar durch die Kommune bzw. gemeinwohlorientierte Tochterunternehmen erfolgen, und nicht durch die Subventionierung profitorientierter Konzerne wie Unitymedia.
- Umfassenden Datenschutz, größtmögliche Datensparsamkeit und die Hoheit der Kommune über ihre Daten.

- Förderung demokratischer und unkommerziell organisierter Smart-City-Projekte, welche die Lebensumstände der Menschen verbessern, mehr Teilhabe ermöglichen und niemanden zurücklassen.
- Öffentliche Mitbestimmung bei allen Digitalisierungsprojekten und ausreichende Information der Öffentlichkeit vor allen Entscheidungen. Da demokratische Einbindung Zeit und Transparenz benötigt, dürfen Beschlüsse nicht überhastet und nicht unter Geheimhaltung der Vertragsbedingungen getroffen werden.
- Zur Organisation dieses Teilhabeprozesses soll die Stadt eine Digitalisierungsbeauftragte bzw. einen Digitalisierungsbeauftragten benennen. Ein Ratsausschuss für Digitalisierung soll die Maßnahmen politisch begleiten, und ein Digitalisierungs-Beirat aus der Bevölkerung soll die Interessen der Bochumerinnen und Bochumer gegen die Interessen der Unternehmen vertreten.
- Kostenfreie Weiterbildungsangebote für alle, die wenig Erfahrung mit digitalen Angeboten haben. Auch in den Schulen muss gewährleistet werden, dass Schülerinnen und Schüler bereits früh den selbstbestimmten, sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit Computern und Software erlernen.
- Durch die Einführung digitaler Angebote darf sich der Zugang zu Informationen und Dienstleistungen für Menschen, die den digitalen Weg nicht nutzen, nicht verschlechtern.
- Nutzung offener Standards und Einführung von Open-Source-Software, um die Unabhängigkeit von digitalen Großkonzernen zu gewährleisten. Jeglicher Programmcode, der zum Beispiel im Rahmen von Smart-City-Projekten durch öffentliche Gelder finanziert wird, soll über eine Open-Source-Lizenz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

5. Ökologie, Klima und Verkehr

5.1 Sozial-ökologische Wende für Bochum

Saubere Luft, geringe Lärmbelastung, gute Mobilität und gesunde Lebensmittel sind Voraussetzungen für ein gutes Leben. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bochumerinnen und Bochumer ausgerichtet sein. Die Stadt Bochum muss alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um die Folgen der globalen Klimakatastrophe für die Menschen zu mildern und in Zusammenarbeit mit Land und Bund eine erfolgreiche sozial-ökologische Wende umzusetzen.

Die Zeit drängt. In Deutschland lässt sich eine Zunahme der jährlichen mittleren Tagesdurchschnittstemperatur beobachten. Dieser Trend zeigt sich seit Beginn der Wetteraufzeichnung im Jahr 1880 und weist zu heute einen Temperaturanstieg von 1,5 °C auf, wobei die Werte seit 2014 weit über dieser Marke liegen. Gegenüber der vorindustriellen Zeit stieg die oberflächennahe Temperatur der Atmosphäre global um ca. 1 °C an. Werden die Treibhausgasemissionen nicht reduziert, ist ein Anstieg bis zum Ende des Jahrhunderts um bis zu 4 °C zu erwarten. Als Bochumerinnen und Bochumer werden wir diese Entwicklung zu spüren bekommen. Besonders betroffen sind chronisch kranke und ältere Menschen.

Bochum ist mit seinen Hitzeinseln und zu wenigen Kaltluftschneisen anfällig: Die Stadt heizt sich bei hohen Temperaturen besonders auf und kühlt schlecht ab. Die Stadt muss deshalb ihren Beitrag leisten, damit diese Klimakatastrophe nicht eintritt. Nichtstun wäre durch die Kosten des Klimawandels teurer als jetzt den sozial-ökologischen Wandel einzuleiten. Jedes Jahr, das abgewartet wird, verteuert zudem die Kosten des Umbaus.

Zwischen 2014 und 2017 wurden in Deutschland täglich 58 Hektar als Siedlungs- und Verkehrsfläche versiegelt, das entspricht der Größe von etwa 81 Fußballfeldern. Doch dies ist nicht die einzige Belastung für Umwelt und Mensch. Denn gleichzeitig werden immer mehr Stadtbezirke mit gewachse-

nen, sozialen Strukturen dem Verfall preisgegeben, weil sie zum Objekt von Spekulation und Kapitalinteressen werden. Nur durch eine zukunftsorientierte Stadtplanung sind die Schädigungen im Sozialbereich und bei den verbliebenen ökologischen Strukturen umzukehren. Arbeit und Wohnen müssen eng gekoppelt werden, das heißt Bochumerinnen und Bochumer müssen ihren täglichen Bedarf im Stadtteil decken können. Denn kurze Wege entlasten Mensch und Umwelt.

Das Klimaschutzprogramm der Stadt Bochum von 2015 hat die offensichtliche Intention, die Bürgerinnen und Bürger für Maßnahmen zum Klimaschutz zu sensibilisieren und ist voller Absichtserklärungen. Doch die in dem Papier formulierten Ziele sind nicht konkret, ähnlich wie es beim Klimapaket der Bundesregierung der Fall ist. Es ist das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt ist.

Im Jahr 2019 hat die Stadt Bochum den Versuch unternommen, einen Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen zu erstellen, die im Klimaschutzplan von 2015 propagiert worden sind. Dies war leider nur ein Versuch, denn bis auf das Auswechseln alter Glühlampen durch LED-Lampen vor allem im öffentlichen Raum ist nichts passiert. Fast alle anderen in dem Programm von 2015 angedachten halbkonkreten Maßnahmen wurden in dem Bericht von 2019 als nicht machbar bezeichnet. Immerhin entstanden zwei aus Steuergeldern finanzierte Vollzeitstellen für Klimamanager.

DIE LINKE steht für eine andere Klimapolitik. Für uns ist klar: Umwelt vor Profite. Dabei geht es darum, schädliche Auswirkungen zu verhindern und gleichzeitig Fehler der Vergangenheit zu berichtigen. Noch heute entstehen Gewerbekomplexe zahlreich auf der grünen Wiese, während innerstädtische und stadtnahe Industriebrachen zu selten genutzt werden. Denn Betriebe wollen Flächen in Reserve halten, oder niemand will für die Altlastensanierung aufkommen. Als LINKE geben wir dagegen Flächenrecycling auf bestehenden Industriebrachen den Vorrang. Wir wollen diese wieder für die Entwicklung Bochums nutzbar machen.

Im Kontext von Erhalt oder Renaturierung von Grünflächen und Industriebrachen sollen auch geeignete Flächen für Hundewiesen ausgewiesen und entsprechend ausgestattet werden, um zumindest eine einigermaßen art-

gerechte Haltung von Hunden in einer Großstadt zu ermöglichen. Diese Freilaufflächen für Hunde müssen außerdem so über das Stadtgebiet verteilt sein, dass eine Nutzung auch ohne längere Anfahrt mit dem Auto möglich ist. Mit jährlich mehr als 2,5 Millionen Euro durch die Hundesteuer sollte die Finanzierung möglich sein, sofern diese nicht zweckentfremdet werden.

Wie die sozial-ökologische Wende nicht geht, zeigt die Bundesregierung mit ihrem Klimapaket samt CO₂-Steuer. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ist in seiner Bewertung deutlich: unwirksam und dazu sozial ungerecht. Um Erfolge hinsichtlich der Begrenzung der Erderwärmung und eine möglichst große Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen zu erzielen, muss das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit aber unbedingt beachtet werden. Eine Politik, die die Einkommensschwächsten besonders belastet und die Hauptverursacher schont, wäre unwirksam und wird von der LINKEN abgelehnt.

Eine CO₂-Steuer, die auf eine (vermeintliche) „unsichtbare Hand des Marktes“ setzt, fällt als Lösung ohnehin aus. Statt über Preiserhöhungen die Konzerne erfolglos zu ökologischem Handeln bewegen zu wollen, sollten klare und verlässliche Vorschriften gesetzt, Subventionen neu ausgerichtet und eine öffentliche Investitionsoffensive in Milliardenhöhe auf den Weg gebracht werden. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, von Schienennetzen (sofort: Wiederbelebung der seit 1990 stillgelegten Bahnstrecken, ein Fünftel des gesamten Streckennetzes), der Stromtrassen, der erneuerbaren Energien sowie deutlich mehr Mittel für Forschung und Entwicklung sind über eine Besteuerung der Millionärinnen und Millionäre sowie der Milliardärinnen und Milliardäre sowie europaweit durch die Europäische Investitionsbank zu finanzieren, die Anleihen ausgibt, welche im Zweifel die EZB risikolos aufkauft. Für DIE LINKE ist klar: Wer die sozial-ökologische Wende will, muss die schwarze Null beerdigen!

Nicht die Investitionen in die Zukunft belasten die nächsten Generationen, sondern der Investitionsstau der vergangenen Jahrzehnte, der Brücken und Schulen verkommen lässt und die sozial-ökologische Wende verhindert. In Zeiten von Negativzinsen zahlen sich die Zukunftsinvestitionen zudem doppelt aus. Sie spülen Geld in die Staatskasse und schaffen Arbeitsplätze und Werte für die nächsten Generationen. Wer Klima- und Generationengerechtigkeit will, muss jetzt investieren. Das sehen auch immer mehr arbeitge-

bernahe Ökonominnen und Ökonomen ein, zum Beispiel Professor Michael Hüther vom Institut der Wirtschaft (IW) aus Köln.

Aber auch vor Ort bei uns in Bochum kann einiges getan werden. Noch viel mehr, wenn die Kommunen endlich dem Bedarf entsprechend finanziell ausgestattet werden. Hier sind Bund und Land in der Pflicht. Wer bei den Kommunen spart, kann die sozial-ökologische Wende vergessen.

DIE LINKE tritt ein für:

- Erhalt und Ausbau der kommunalen Umweltverwaltung.
- Kommunale Klimaschutzmanagerinnen und -manager, die etwas bewegen können.
- Unterstützung der Naturschutzverbände.
- Reduzierung von Umweltbelastungen, statt sie lediglich zu verdünnen, indem man sie auf eine größere Fläche verteilt.
- Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung. Kurze Wege erhöhen die Lebensqualität und verringern die Abhängigkeit von Kraftfahrzeugen. Hier müssen die Mietpreisexplosion gestoppt, bezahlbarer Wohnraum aktiv geschaffen und zudem Geschäfte im Bezirk gehalten werden, was die Stadt gezielt unterstützen sollte.
- Planungen, die am wenigsten neue Flächen versiegeln. Bei Siedlungserweiterungen sind soziale und ökologische Gesichtspunkte vorrangig zu berücksichtigen.
- Erhalt und Renaturierung von Grünflächen und Industriebrachen.
- Sinnvolle Nutzung von Freiflächen. Diese dürfen nicht verschleudert werden als Pufferzonen für Nutzungen, die sich gegenseitig beeinträchtigen oder ausschließen.
- Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen.

- Das Ausweisen und die entsprechende Ausstattung geeigneter Flächen für Hundewiesen.
- Die kritische Überprüfung von Siedlungsausweisungen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen unter Bedarfs- und Folgegesichtspunkten.
- Zurückhaltung beim Bauen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch). Hier müssen weiterreichende kommunale Standards entwickelt werden.
- Aktivierung von Leerständen über eine Wohnraumschutzsatzung (Zweckentfremdungssatzung).
- Eine flächensparende Bauweise bei der inneren Gestaltung neuer Baugebiete. Dem widersprechen die Auflockerung durch Grün sowie andere ökologische Maßnahmen nicht.
- Solaranlagen auf städtischen Gebäuden, zum Beispiel Schulen.
- Die Vergabe von Baugenehmigungen soll, gerade bei Großprojekten, von der Nutzung erneuerbarer Energien abhängig gemacht werden.
- Hitzeinseln müssen erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen (z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas) überprüft werden.
- Die Umstellung auf regionale, ökologisch angebaute Nahrungsmittel in allen öffentlichen Kantinen und vor allem Schulen muss vorangetrieben werden.
- Die Artenvielfalt muss erhalten und gefördert werden.
- Die sozialen Auswirkungen von Maßnahmen sind zu ermitteln, für einen gerechten Ausgleich ist zu sorgen.

Saubere Luft und Lärmschutz für Bochum

Feinstaub ist extrem gesundheitsgefährdend, er verursacht Asthma und andere Lungenerkrankungen. Einer der Hauptverursacher von Feinstaub ist

neben der Industrie der Straßenverkehr. Er hört nicht an der Stadtgrenze auf: Die verdreckte Luft wandert auch über die Stadtgrenze hinaus. Kleinräumige Maßnahmen wie Straßensperrungen lösen die Probleme nicht, sondern verlagern sie nur. Aus diesem Grund hat der Regionalverband Ruhr (RVR) eine städteübergreifende Regelung für eine Umweltzone Ruhr geschaffen. Damit sollen PKW, die besonders viel Dreck verursachen, nach und nach aus dem Straßenverkehr im Ruhrgebiet verschwinden. Gleichzeitig sind eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und verschärfte Kontrollen von Kraftwerks- und Industrieanlagen vorgesehen. Bochum ist wie das gesamte Ruhrgebiet mit Feinstäuben belastet, die besonders durch den Autoverkehr und industrielle Produktion entstehen. Auch Lärm macht krank. Dagegen hilft nur die konsequente Umsetzung der gültigen Emissionsschutzregelungen in allen Bereichen und deren Überwachung durch die zuständigen Stellen.

DIE LINKE tritt ein für:

- Fest installierte Messstationen für Feinstaub an den Brennpunkten: Bisher gibt es nur zwei Messstationen, die durch mangelnde Wartung zudem immer wieder ausfallen. Zusätzlich sind mobile Messstationen nötig, um flexibel reagieren zu können.
- Einführung einer Citymaut für Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß von mehr als 180 g/km. Der Grenzwert soll jährlich bis zu einem Zielwert von 90 g/km verringert werden.
- Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in den Innenstädten durch verschärfte Überwachung der Umweltzonen.
- Lärmschutz durch die konsequente Umsetzung der gültigen Emissionsschutzregelungen in allen Bereichen und deren Überwachung durch die zuständigen Stellen.
- Mobilitätswende: Nötig ist ein massiver Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Fahrradwege.
- Einbeziehung von Baumaschinen und Baufahrzeugen in den Emissionsschutz und in die Überwachung von Grenzwerten.

Aufforstung und Baumschutz

DIE LINKE will zur Diskussion von Problemen beitragen, damit die Menschen empfindsam werden für Fehlentwicklungen und offen für Alternativen zur gegenwärtigen Politik. So ist die zu starke Verdichtung der Bebauung in Frage zu stellen. Städte brauchen ihre grünen Lungen. Jeder Straßenbaum übernimmt wichtige Schutzfunktionen gegen die Luftverschmutzung. Bebauungslücken ermöglichen einen besseren Luftaustausch, sind also vorteilhaft für das Stadtklima. Die bestehende Baumschutzsatzung ist außerordentlich lasch und lässt viele Ausnahmeregelungen zu.

DIE LINKE tritt ein für:

- Eine gründliche, dem Umweltschutz gerechte Überarbeitung der bestehenden Baumschutzsatzung.
- Nutzung der Möglichkeit, Bäume, Baumgruppen und Grünflächen unter Denkmalschutz zu stellen.
- Aufforstung mit heimischen Baumarten.
- Drastische Einschränkung der Genehmigungen zum Fällen von Bäumen unter Auflagen der Ersatzbepflanzung.

5.2 Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt!

Energie – endlich sozial! Energie ist für alle Menschen in unserer Gesellschaft ein unverzichtbares Gut. Für DIE LINKE ist klar: Eine preiswerte, sichere und ökologische Energieversorgung ist ein Menschenrecht!

Angesichts der Tatsache, dass in den letzten 20 Jahren die Realeinkommen der 40 Prozent mit dem geringsten Einkommen gesunken sind, kann der Strompreis nicht beliebig erhöht werden. Die Strompreisentwicklung seit der Jahrtausendwende ist schon jetzt für viele Haushalte ein Riesenproblem.

Im Durchschnitt ist der Strompreis um sechs Prozent pro Jahr gestiegen, 2020 steigt der Basispreis der Stadtwerke für Strom um neun Prozent. Eine Energiewende, die wie bisher zulasten der Einkommensschwächsten geht, lehnen wir ab. Stattdessen braucht es eine andere Preisstruktur, die über einen progressiven Stromtarif oberhalb des Grundbedarfs das Energiesparen belohnt und die Verschwendung verteuert.

Die Industrienationen verbrauchen 80 Prozent der weltweit verfügbaren Energie. In Deutschland werden 80 Prozent der Energie von den 20 Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen verbraucht. Allein diese Zahlen belegen, dass sowohl im Weltmaßstab wie auch in der Kommune die Verfügbarkeit über Energie vom Einkommen abhängt und es deshalb dringend einer sozialen Komponente beziehungsweise eines Systemwechsels bedarf.

Die Energiewende kann nur gelingen und auf breite Akzeptanz stoßen, wenn die soziale Frage als wesentlicher Teil des ökologischen Umbaus der Energieversorgung begriffen wird. Rasant steigende Strompreise und 2018 bundesweit 344.000 Stromsperrern machen dies überdeutlich. Vielen Menschen mit geringem Einkommen fehlt das notwendige Geld, um die Stromrechnung zu bezahlen.

So hat sich die Zahl der Stromsperrern durch die Stadtwerke Bochum in den letzten zwölf Jahren fast verdreifacht. Im Jahr 2007 wurde von den Stadtwerken 1.379 Mal der Strom abgedreht, im Jahr 2019 waren es schon 4.004 Stromsperrern. Diese Zahlen belegen, wie groß das Problem der Energiearmut mittlerweile geworden ist. Eine Grundversorgung mit Strom ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

DIE LINKE ist für eine ökologische Energiewende, aber sie muss sozial gestaltet werden! Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss reformiert werden. Das EEG hat eine Umverteilungswirkung von unten nach oben: Die Mieterinnen und Mieter müssen zahlen, private Grundbesitzerinnen und -besitzer, die auf ihrem Gelände Solaranlagen oder Windkraftwerke erbauen können, profitieren. Das muss beendet werden. Die Finanzierung der Energiewende darf nicht länger allein über den Strompreis erfolgen, sondern

muss auch mit Steuern erfolgen. Vor allem müssen unberechtigte Industrie-Rabatte, die zu Lasten der Privathaushalte gehen, abgeschafft werden. Und es muss sichergestellt werden, dass nicht die alten umweltschädlichen Braun- und Steinkohlekraftwerke Strom liefern, während moderne, hocheffiziente Gaskraftwerke stillgelegt werden. Hoher CO₂-Ausstoß darf nicht belohnt, sondern muss verhindert werden.

DIE LINKE setzt sich für ein sozial-ökologisches Sockeltarifmodell ein, das niedrigen Verbrauch belohnt und bei hohem Verbrauch über einen progressiven Strompreis zur Kasse bittet. Es besteht aus einem preiswerten Grundkontingent von 1000 kWh, das den Grundbedarf pro Haushalt (derzeit ca. 1200 kWh pro Einpersonenhaushalt) perspektivisch deckt, zuzüglich 200 kWh pro weitere im Haushalt lebende Person und eventuellen weiteren Zusätzen oder Erhöhungen aufgrund zum Beispiel von Nachtspeichieranlagen. Bei überdurchschnittlichem Stromverbrauch steigt die Stromrechnung im Vergleich zu heute. Da der Stromverbrauch mit steigendem Haushaltseinkommen zunimmt, werden auf diese Weise reiche Haushalte be- und ärmere Haushalte entlastet. Eine ähnliche Regelung muss auch für die Industrie gelten. Als direkte Maßnahme ist die Einführung eines Sozialtarifs für den Strom- und Wärmebezug umgehend umzusetzen!

DIE LINKE fordert:

- Verbot von Strom- und Gassperren bei Privathaushalten.
- Einführung von Sozialtarifen im Energiebereich. Die massive Teuerung bei Strom, Heizung und im Verkehr muss sofort abgefedert werden, um Armut zu verhindern. Mittelfristig führt der einzig gangbare Weg zu bezahlbarer Energie über effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien. Das hilft Haushalten mit kleinem Geldbeutel in der jetzigen Lage aber nicht.
- Eine neue Energiepolitik, die vor allem den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugutekommt. Neben der Einführung einer kostenfreien Sockelversorgung mit Energie zu Lasten des Mehrverbrauchs und gezielten Energiespar-Beratungen muss kurzfristig Haushalten mit kleinem Geldbeutel durch Sozialtarife geholfen werden.

Global denken – lokal handeln!

Wie Energie bereitgestellt wird, das entscheiden auch die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Bochum. Vier Fünftel des Energiebedarfs privater Haushalte bestehen aus Raumwärme und Warmwasser. Obwohl diese Energie bei der Stromproduktion als Abwärme anfällt, wird sie hierzulande kaum genutzt und über Kühltürme in die Umwelt gepustet. Würde sie als Fernwärme genutzt, könnte ein Großteil des Energiebedarfes in diesem Bereich eingespart werden. DIE LINKE tritt für den konsequenten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau der Fernwärmenetze ein. Unbedingt zu bevorzugen sind erneuerbare Energien (Wasserkraft, Windenergie, Sonnenstrahlung, Erdwärme, Biomasse und Biogas), bei deren Produktion aber strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss.

Die geplante und regionale Gewinnung von Erdgas durch das sogenannte „Fracking“ wird in zahlreichen Regionen des Landes vorangetrieben. Die enormen Risiken, die diese Technologie birgt, von der Wasserkontaminierung bis hin zu Bergsenkungen und geologischen Setzungsschäden, sind in keiner Weise akzeptabel und stellen eine permanente Gefährdung der Städte und Gemeinden und der Menschen dar, die in ihnen leben. Deshalb lehnt DIE LINKE „Fracking“ ab.

DIE LINKE fordert:

- Förderung stromsparender Technologien im Haushalt wie LED-Lampen und modernen, langlebigen sowie reparaturfreundlichen Haushaltsgeräten.
- Vermehrte Förderung von Photovoltaik- und solarthermischen Anlagen.
- Förderung von Systemen zum Energiemanagement in Häusern und Gebäuden.
- Förderung von Wärmespeichern und Wärmepumpen-Systemen für einkommensschwache Quartiere für eine effiziente Nutzung von Fernwärme und eine finanzielle Entlastung dieser Quartiere.

- Windkraftanlagen auch im Bochumer Stadtgebiet.
- Prüfung eines ökologisch unbedenklichen Zubaus an Wasserkraft-Anlagen an kleinen Gewässern in den Regionen Bochum, Witten und Herne.
- Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungs- und Blockheizkraftwerken. Diese verbrennen zwar fossile Energieträger, sind aber wegen ihres guten Brennstoffnutzungsgrades (bis 90 Prozent) und ihrer gleichzeitigen Bereitstellung von Strom und Wärme eine sinnvolle Lösung für die Energieversorgung von Wohnquartieren. In Verbindung mit Biogasanlagen stellen diese sogar CO₂-neutrale Energie bereit.
- Biomasse für die Nutzung in beispielsweise Biogasanlagen nur aus nachhaltigem Anbau ohne die Verdrängung der Produktion von Nahrungsmitteln.
- Die weitere Erschließung von Grubengas und -wasser zur Wärmeversorgung des Bochumer Stadtgebiets.
- Sanierung alter Gebäudebestände ohne ökologisch katastrophale und gesundheitsbedenkliche Flammenschutzmittel mit einer Sanierungsrate von mindestens fünf Prozent pro Jahr.

Von allen für alle – dezentrale Versorgung!

Das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus ist die Energiewende hin zu einer sozialen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung. DIE LINKE steht konsequent für eine kommunale und dezentrale Energieerzeugung und -nutzung.

Nachbarschafts- und Mieterinneninitiativen sowie Genossenschaften werden in der zukünftigen dezentralen Energielandschaft eine wichtige Rolle spielen und bieten den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der direkten Mitgestaltung ihrer Energieversorgung. Deshalb brauchen diese Organisationsformen vermehrt Förderung und Unterstützung – beispielsweise in Form von Mikrokrediten (z.B. durch die Sparkasse oder durch die auf solche Förderung spezialisierte GLS Bank) und durch ein Vorzugsrecht bei Ausschreibungen.

DIE LINKE fordert:

- Förderung genossenschaftlicher Projekte zur Energieversorgung.
- Vereinfachte Gewährung von Minikrediten für nachbarschaftlich getragene Energieversorgungsprojekte.
- Umfassende Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur effizienten und bedarfsgerechten Versorgung ihrer Quartiere mit erneuerbaren Energien.

Die Rolle der Stadtwerke

Die Stadtwerke Bochum weisen in ihrem aktuellen (2018) Strom-Mix einen Anteil von erneuerbaren Energien (Ökostrom) von 54,2 Prozent (nach EEG) aus. Der Bundesdurchschnitt (2018) liegt bei etwa 35 Prozent (nach EEG). Damit scheinen unsere Stadtwerke im Vergleich ganz gut dazustehen.

Bei einem genaueren Blick ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Die Stromkennzeichnung in Deutschland ist so gestaltet, dass fast jeder Stromversorger einen höheren Grünstromanteil als im Bundesmix ausweisen kann. Hinter dem veröffentlichten EEG-Anteil verbirgt sich nämlich in Wirklichkeit nicht der Ökostrom-Anteil im Strommix des Versorgers. Er bezieht sich stattdessen auf die Höhe der im Versorgungsgebiet erhobenen Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Der Strommix auch der Stadtwerke Bochum wird durch diese Angabe „grün gefärbt“, ohne dass die Stadtwerke diesen EEG-Anteil überhaupt beeinflussen können – da er nichts mit dem Strom-Ankauf zu tun hat. Weil die Stadtwerke Bochum dennoch mit der irreführenden Zahl warben, warfen Umweltverbände ihnen die Täuschung von Verbraucherinnen und Verbrauchern vor. Demnach haben die Bochumer Stadtwerke nach Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe im Jahr 2017 tatsächlich nur 11,4 Prozent Ökostrom eingekauft und lagen damit weit unter dem Bundesdurchschnitt. DIE LINKE fordert daher, dass die Bochumer Stadtwerke ihren Ökostrom-Anteil transparent und ehrlich kommunizieren. Ziel muss sein, den tatsächlichen Ökostrom-Anteil deutlich zu erhöhen.

Als ergänzende Maßnahmen begrüßt DIE LINKE die Energieberatung der Verbraucherzentrale, bei der den Betroffenen geholfen wird, ihre Energiekosten zu senken. DIE LINKE fordert außerdem die Stadtwerke auf, zinsfreie Mikrokredite für den Kauf von neuen, energiesparenden Haushaltsgeräten zu gewähren.

DIE LINKE fordert:

- Neuinvestitionen ausschließlich in regenerative Stromerzeugung, Kraft-Wärme-Kopplung, Leitungsnetze, Energieeffizienzmaßnahmen, Energieberatung und andere dem Geschäftszweck der Stadtwerke entsprechenden Projekte.
- Ausweitung der Dienstleistungen in diesen Bereichen, zum Beispiel Energieberatung für einkommensschwache Haushalte, Mikrokredite beziehungsweise Leasingangebote für stromsparende Elektrogeräte.
- Eine konsequent dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen wie Sonne, Wind und Wasser.

Bedenkliche Beteiligungen der Stadt Bochum

Die **ewmr – Energie- und Wasserversorgung mittleres Ruhrgebiet** GmbH ist ein Zusammenschluss der Stadtwerke Bochum, Herne und Witten mit einem Umsatz von ca. 1,2 Milliarden Euro, davon etwa 600 Millionen Euro aus dem Stromhandel. Die ewmr ist an der Strombörse in Leipzig akkreditiert und versorgt als Stromhändler zum Beispiel Firmen und öffentliche Einrichtungen mit Strom. Diese Kontingente werden ausgeschrieben und der billigste Anbieter erhält den Zuschlag. Die ewmr veröffentlicht deshalb auch, sicher aus gutem Grund, keine Zahlen über ihren Strom-Mix.

Die **RWE AG** ist in Deutschland der größte Betreiber von Braunkohlekraftwerken. Als „nur“ drittgrößter Stromproduzent Europas stößt der Konzern mit rund 150 Millionen Tonnen pro Jahr die größte Menge an CO₂-Emissionen aus. Der Konzern hat sich damit den zweifelhaften Titel verdient, Europas „Klimakiller Nummer 1“ zu sein. Weiterhin betreibt RWE in Deutschland zurzeit zwei Atomkraftwerke (Gundremmingen und Emsland). Bochum hat

seine RWE-Aktien mittlerweile verkauft, aber der Landschaftsverband LWL, an dem Bochum beteiligt ist, hält immer noch an seinen RWE-Aktien fest. Deshalb fordern wir die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bochum auf, für den Verkauf dieser Aktien einzutreten.

2018 wurde gegen die Stimmen der Bochumer LINKEN die Übernahme von weiteren 49 Prozent der **Steag**-Anteile durch ein Konsortium von sechs Ruhrgebietsstädten, darunter Bochum, beschlossen. Damit ist die Übernahme der Steag durch die Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH (KSBG) abgeschlossen. Die Steag betreibt Steinkohlekraftwerke an sechs Standorten in Deutschland, ein Raffineriekraftwerk, und ist auch Dienstleisterin im Atomgeschäft. Ein Großteil der Rendite wird in Steag-Kohlekraftwerken im türkischen Iskenderun, im philippinischen Mindanao und im kolumbianischen Paipa erwirtschaftet. In Paipa und Mindanao gehören dazu auch Minenbetriebe und Kohlegruben, in denen zu 30 Prozent des Weltmarktpreises unter Missachtung von Gewerkschafts- und Menschenrechten, durch Kinderarbeit und Ausbeutung der indigenen Bevölkerung Kohle gefördert wird. Großflächige Umweltzerstörung und mangelnde Sicherheitsstandards werden auf dem Altar des Profits geopfert. Der Kauf der Steag war daher kein Schritt zur Übernahme in öffentliches Eigentum, sondern ein Rückschritt in Sachen öffentlicher Einflussmöglichkeiten. Er bindet große Investitionsmittel der Stadtwerke, die für ein Umsteuern in Richtung ökologische, dezentrale, soziale und kundenfreundliche Energieversorgung fehlen. Der Kauf bedeutete außerdem die Übernahme von Mitverantwortung für die katastrophalen Zustände in ausgeplünderten Bergbauregionen im Ausland, der die Stadt Bochum bisher nicht gerecht wird.

Trianel ist ein Zusammenschluss von Stadtwerken zur Errichtung und zum Betrieb von überwiegend Kohlekraftwerken, an dem die Stadtwerke Bochum maßgeblich beteiligt sind. Auch wenn Trianel sich ein ökologisches Mäntelchen umhängt, bleibt die Kohleverstromung ein wichtiges Standbein dieses Zusammenschlusses. Das umstrittene Steinkohlekraftwerk der „Trianel Power Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG“, gegen das der BUND und Bürgerinitiativen geklagt haben, gehört ebenfalls zu diesem Komplex.

DIE LINKE hat grundsätzlich nichts gegen gemeinsame Aktivitäten kommunaler Unternehmen, wie zum Beispiel Einkaufs- und Vertriebsgemeinschaften

ten, um am Markt besser bestehen zu können. Wir sind aber gegen jede Aushöhlung der demokratischen Kontrolle und Beteiligung der Monopolisten wie RWE durch die Hintertür.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Verkauf der Bochumer Beteiligung an der Steag unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten des Unternehmens.
- Schaffung von Transparenz bezüglich der Aktivitäten der Stadtwerke in überregionalen Zusammenschlüssen und Verbänden.
- Keine Beteiligung an demokratisch bedenklichen Energiemonopolisten wie RWE, sondern stattdessen an gemeinwohlorientierten Energieerzeugern. Langfristig gehören Energieversorger als Unternehmen der Daseinsvorsorge in öffentliche Hand und somit unter demokratische Kontrolle.

Klima kann schön – Dachnutzung in Bochum!

Ziel kommunaler Politik vor allem in Großstädten muss die Nutzung aller geeigneten Dachflächen für Strom- und Wärmeerzeugung sowie Begrünung sein. Hierzu streben wir die Erstellung sogenannter Solardach-Potentialkaster an, ähnlich dem vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz erstellten Energieatlas. Sie verfolgen das Ziel, alle Dachflächen auf Verschattung, Ausrichtung und Strahlungsintensität zu kategorisieren, um so die systematische Nutzung der dort einfallenden Solarenergie zu ermöglichen.

Einzelpersonen und Energiegenossenschaften müssen dazu ermutigt werden, Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere muss es aber die Aufgabe des städtischen Energieversorgers sein, die energetischen Potentiale auf dem Stadtgebiet zu nutzen. Beim Verkauf städtischer Grundstücke, in Erbbaurechtsverträgen und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen müssen private Bauherrinnen und Bauherren zur ökologischen Nutzung der Dachflächen verpflichtet werden. Mittel- bis langfristig strebt DIE LINKE eine generelle Verpflichtung zur Nutzung der Dachflächen bei Neubauten auf dem knapp bemessenen Bochumer Stadtgebiet an.

DIE LINKE fordert:

- Verpflichtende Nutzung von Dachflächen aller städtischen Gebäude für Photovoltaik, Solarthermie oder Begrünung je nach Nutzungspotential.
- Förderung nachhaltiger Nutzung (Photovoltaik, Solarthermie und Begrünung) von Dachflächen.
- Mittel- bis langfristig eine generelle Verpflichtung zur Dachflächen-Nutzung bei Neubauten.
- Mittel- bis langfristig eine generelle Nutzungsverpflichtung von Dachflächen bei Neubauten.

5.3 Bochum mobil machen – unsere sozial-ökologische Verkehrswende

Der Verkehrssektor hat bislang nicht zum Klimaschutz beigetragen, im Gegenteil: Die CO₂-Emissionen steigen. Der Bund setzt nicht erst seit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 auf ungehemmtes Wachstum im Autoverkehr und vernachlässigt gleichzeitig den öffentlichen Personenverkehr sowie den Rad- und Fußverkehr als wichtige Alternativen. Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozial-ökologische Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt.

Bochums öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der ÖPNV ist das Rückgrat des Umweltverbundes und gleichzeitig die zentrale soziale Infrastruktur zur Sicherung von gesellschaftlicher Teilhabe sowie des Grundrechts auf Mobilität für alle. Die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und die Verbesserung des Zugangs für alle Menschen muss daher sowohl aus sozialen wie aus ökologischen Gründen eine höhere Priorität der Bochumer Verkehrspolitik erhalten. Es ist das Ziel, den Anteil des ÖPNV am gesamtstädtischen Verkehr von aktuell nur 16 Prozent zu steigern.

Dazu muss das Angebot so weiterentwickelt werden, dass die Nutzung des ÖPNV allen Menschen in Bochum gleichermaßen und unabhängig von ihrer Einkommenssituation möglich ist.

Wir fordern die fahrscheinlose Nutzung von Bus und Bahn, mindestens aber als Sofortmaßnahme ein 365-Euro-Jahresticket. Alle Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen sollen den ÖPNV sofort kostenfrei nutzen können. Für alle Schülerinnen und Schüler und Auszubildende fordern wir ebenfalls ein kostenfreies VRR-Ticket. Langfristig fordern wir aus sozialen und ökologischen Gründen den Umbau der ÖPNV-Finanzierung auf ein öffentlich finanziertes Solidarmodell, bei dem die Infrastrukturkosten gemeinschaftlich getragen werden und die gesamtgesellschaftlich sinnvolle Nutzung des ÖPNV nicht mehr durch die Erhebung von Fahrpreisen künstlich eingeschränkt wird.

Der verbesserte Zugang zum ÖPNV darf sich dabei nicht auf die Stadtgrenzen beschränken. Dass zum Beispiel der Oberbürgermeisterkandidat der SPD in Dortmund in Anlehnung an die Emscher-Genossenschaft ein 365-Euro-Ticket für die Metropole Ruhr fordert, begrüßen wir. Das wäre ein echter Fortschritt und ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zum fahrscheinlosen ÖPNV, der auch für alle Pendlerinnen und Pendler eine echte Option darstellt. Darüber hinaus braucht es eine überregionale Preisgestaltung, die das Pendeln mit dem Zug von Bochum über das Ruhrgebiet hinaus zum Beispiel nach Düsseldorf attraktiv macht.

Neben dem Umbau der ÖPNV-Finanzierung zu einem sozial gerechten und zeitgemäßen Modell muss sich auch das Angebot entsprechend weiterentwickeln. Das muss auch weitere innovative Transportmöglichkeiten wie eine Magnetschwebbahn oder Seilbahn zum Beispiel zum Ruhrpark oder der Ruhr-Universität berücksichtigen. Dazu gehören die Erhöhung der Kapazitäten, On-Demand-Verkehre („Bus auf Bestellung“), Verbesserungen im Bereich Service und Komfort sowie die einfache Kombination mehrerer Verkehrsmittel (ÖPNV, On-Demand-Angebote, Fahrrad, Car-sharing). Durch eine abendliche Taktverdichtung und die Änderung des Finanzierungsmodells erhöht sich die Frequentierung. Der neue Nahverkehrsplan (Netz 2020) berücksichtigt nicht den tatsächlichen Bedarf, sondern lediglich die bisherige Nutzung, die ohnehin durch das derzeitige Angebot beschränkt ist. Die Um-

bauten im Bereich der Barrierefreiheit müssen zielstrebig fortgeführt und intensiviert werden. Für den Ausbau des ÖPNV sollte sich die Stadt um Förderungen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) des Verkehrsministeriums bemühen. Hier werden die Fördergelder ab 2021 und in einem zweiten Schritt ab 2025 auf zwei Milliarden Euro im Jahr endlich angehoben. Für Bochum ist das eine Chance, einen Zahn zuzulegen.

Neben den Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen notwendig auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, stellen die Fahrgäste, die über einen PKW verfügen und bisher nur gelegentlich den ÖPNV nutzen, eine weitere Zielgruppe dar. Um diese anzusprechen ist es erforderlich, den ÖPNV gegenüber der PKW-Fahrt wesentlich attraktiver zu machen. Dazu kann neben einer generellen Taktverdichtung eine flächendeckende Echtzeit-Fahrgastinformation beitragen. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass der ÖPNV bei allen Ampelschaltungssystemen Vorrang vor dem Kraftfahrzeugverkehr erhält.

Für den Ausbau und Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs fordern wir für Bochum die Erhebung einer zweckgebundenen Sonderabgabe. Vorbild hierfür ist der „Versement Transport“ in Frankreich.

Bochum zu Fuß

Fußgängerinnen und Fußgänger werden am häufigsten bei der Verkehrsplanung vergessen – und zugleich sind sie die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen sind. In einer Stadt der kurzen Wege, wie wir sie fordern, werden jedoch viele Wege zu Fuß zurückgelegt werden. Im Zuge der Stadtteilentwicklung und bei Verkehrskonzepten für einzelne Bezirke muss der Fußverkehr als wertvoller Teil der Nahmobilität berücksichtigt und gestärkt werden. Konfliktpotenziale zwischen dem Fuß- und Radverkehr können durch eine Trennung der Wegführung entschärft, die Regelung „Fußweg, Radfahrer frei“ soll nicht mehr angewandt werden.

Wir wollen, dass die Überwachung des ruhenden Verkehrs intensiviert wird. Die für diesen Bereich beim Ordnungsamt vorgesehene Stellenanzahl soll um 50 Prozent erhöht werden. Ziel ist, den von Falschparkerinnen und Falschparkern genutzten Raum für andere Verkehrsarten nutzbar zu machen, die

Sichtbarkeit von Fußgängerinnen und Fußgängern im Straßenraum zu verbessern sowie deren Sicherheit zu erhöhen.

Bochum auf dem Rad

Radfahren ist gesund, spart Platz, schont die Umwelt und macht Spaß. DIE LINKE Bochum will erreichen, dass so viele Alltagswege wie möglich zwischen einem und etwa zehn Kilometern Länge problemlos per Rad erledigt werden können. Dazu ist ein massiver Ausbau bei besserer Instandhaltung der Fahrradinfrastruktur notwendig. Die Stadtverwaltung soll sich dabei an den „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA 2010) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) orientieren.

Wir wollen in einem ersten Schritt alle großen Radialstraßen mit sicheren Radwegen ausstatten. In denjenigen Bereichen, in denen bereits unzulängliche Radwege bestehen (zu schmal, ohne Abstand zu parkenden Fahrzeugen am Seitenrand etc.), soll umgehend Abhilfe geschaffen werden, indem der Straßenquerschnitt neu aufgeteilt wird. Die Pläne der Stadtverwaltung, an der Königsallee zugunsten eines neuen Radweges lediglich eine der beiden Autospuren zu verkleinern, müssen gründlich geprüft werden. Es muss ergebnisoffen eine dauerhafte Lösung gesucht werden. Zu befürworten ist ein getrennter und gesicherter Radweg. Hier gilt es den Ausbau erheblich zu beschleunigen und das nötige Geld in die Hand zu nehmen.

Der Innenstadtring soll für PKW als Kreisverkehr geführt werden, sie fahren dann entgegen dem Uhrzeigersinn auf den äußeren beiden Fahrspuren. Die inneren beiden Spuren sollen für Radfahrende in beide Richtungen reserviert werden. Stationsgebundene Leihrad-Angebote sollen subventioniert und stark ausgebaut werden, damit sie für alle Menschen nutzbar sind.

Eine wichtige Achse für den zukünftigen Pendelverkehr ist der Radschnellweg 1 (RS1) von Duisburg über Bochum nach Hamm. Dieser wird einen wichtigen Beitrag leisten, um den Radverkehrsanteil weiter zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es, auch die innerstädtischen Zugänge nutzungsfreundlich zu gestalten und mit Leihrad- und Servicestationen zu ergänzen. Sichere Rad-Abstellanlagen müssen auch im Stadtrandbereich den Wechsel des Verkehrsmittels erleichtern („Bike and Ride“).

Gerade für ältere Menschen und bei Strecken mit großen Steigungen können Pedelecs (Fahrräder mit Motorunterstützung, wenn in die Pedale getreten wird) und E-Bikes eine Alternative zu herkömmlichen Fahrrädern sein. Motorunterstützte Lastenräder können zudem viele Transportfahrten von anderen Kraftfahrzeugen übernehmen. Der Verleih von Lastenrädern zum Beispiel in Radstationen ist daher speziell zu fördern.

Güterverkehr

Der Lieferverkehr in den Städten ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Vor allem durch den Aufschwung des Online-Handels, doch auch durch Lieferdienst-Angebote von lokalen Märkten sind Staus und verstopfte Straßen durch Liefer-Lkws zum gewohnten Bild geworden. Im Sinne einer Mobilitätswende müssen dieser Lieferverkehr umgedacht und Alternativen zum Lkw-Chaos gefunden werden. Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs (innerstädtische Zwischenlager zur Effizienzsteigerung), eine Auslieferung zu den Kundinnen und Kunden per Lastenfahrrad sowie mit weiteren ökologisch vertretbaren Verkehrsmitteln. Insgesamt muss der Güterverkehr von der Straße auf das Wasser und die Schiene verlagert werden.

Autoverkehr

Der motorisierte Individualverkehr verbraucht überproportional Flächen und Ressourcen im Vergleich zum ÖPNV und Radverkehr. Daher müssen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Abhängigkeit vom Auto zu reduzieren. Erst wenn attraktive Alternativen zum Auto bestehen, wird der Umstieg gelingen.

Die Nutzung von privaten Elektroautos ist sicher keine perfekte Lösung, da auch diese wesentlich mehr Ressourcen als die Nutzung des ÖPNV verbrauchen. Ihr einziger Vorteil gegenüber herkömmliche PKW sind weniger Emissionen vor Ort. Wo das Auto trotz der Förderung von Alternativen unersetzbar bleibt, ist Elektromobilität oder zukünftig auch die Wasserstoff- bzw. Brennstoffzellentechnologie eine sinnvolle Alternative zu Verbrennungsmotoren.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass mit dem Ausbau von Straßen langfristig kaum eine Verbesserung des Verkehrsflusses erreicht werden kann. Der

Ausbau führt zwar zunächst zu einer Verflüssigung, aber die Erfahrung zeigt, dass der Ausbau von Straßen Autoverkehr anzieht. Nach einigen Jahren stellt sich der gleiche Verkehrsfluss wie vor dem Ausbau ein, allerdings mit mehr Fahrzeugen. Der Umstieg auf das Rad oder den öffentlichen Verkehr trägt hingegen zu einer langfristigen Verflüssigung des Autoverkehrs bei. Dies kann mit Hilfe moderner Verkehrslenkungs- und Verkehrssteuerungssysteme zusätzlich unterstützt werden. Weiterhin fordern wir eine Ausweitung der Tempo-30-Zonen, vor allem dort, wo es keine gesicherten Radwege gibt.

Einen bedeutenden Teil des motorisierten Individualverkehrs stellt auch der ruhende Verkehr dar, schließlich werden die meisten Autos 23 Stunden des Tages im Straßenraum abgestellt. Hier kann durch kluge Flächennutzung eine Verbesserung erreicht werden. Dass Unternehmen wie die Vonovia einen riesigen Parkplatz genehmigt bekommen und so deutlich mehr Fläche als bei einem Parkhaus oder einer Tiefgarage verbrauchen, muss bei der Erteilung von Baugenehmigungen in der Zukunft schon im Vorhinein verhindert werden. Bei der Planung von Wohngebieten sollten auch zusätzliche Abstellmöglichkeiten und Verleihstationen für Fahrräder, Carsharing-Standorte und eine gut erreichbare Einzelhandels-Infrastruktur eingeplant werden. In Kombination mit Alternativen (besserer ÖPNV, etc.) lässt sich durch die Regelung des ruhenden Verkehrs (Anzahl und Lage von Stellplätzen, Preise etc.) langfristig auch der fließende Verkehr steuern. Wenn Autos auf Geh- oder Radwegen abgestellt werden, muss das konsequenter verfolgt werden. Der Mängelmelder der Stadt muss transparenter werden, so dass bisherige Meldungen und deren Bearbeitungsstand eingesehen werden können. Kommunale Fahrzeugflotten sollen verkleinert und von Verbrennungsmotoren auf klimafreundliche Antriebe umgerüstet werden. PKW sollen durch Dienstfahrräder ersetzt werden, wo dies möglich ist.

Eine starke LINKE für ein solidarisches Bochum

Unser Plan für das Bochum von morgen unterscheidet sich grundlegend von den Vorschlägen der anderen Parteien. Für uns stehen nicht Sparen und die „schwarze Null“ sowie die Interessen von Miethaien wie der Vonovia im Mittelpunkt unserer Politik, sondern die Interessen der Bochumerinnen und Bochumer. Wir tauschen uns nicht in Hinterzimmergesprächen aus. DIE LINKE will ein solidarisches, sicheres und lebenswertes Bochum gestalten – gemeinsam mit den Menschen, Initiativen und Vereinen. Bochum kann noch mehr, beenden wir den Stillstand unter Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und seiner Rathauskoalition.

DIE LINKE. Bochum steht für soziale Gerechtigkeit, für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, für die Interessen der Lohnabhängigen und für die gleichberechtigte Teilhabe der vom Kapitalismus Ausgegrenzten und Aussortierten. DIE LINKE. Bochum ist konsequent gegen Krieg nach außen und nach innen. Dafür setzen wir uns ein, in den kommunalen Vertretungen und in der Gesellschaft. Wir finden uns nicht damit ab, dass die Bundeswehr an Schulen oder der Berufsbildungsmesse im RuhrCongress wirbt.

DIE LINKE. Bochum steht für einen Politikwechsel und grundlegende Alternativen. Wir brauchen dringend einen konsequenten Kurswechsel in der Bochumer Politik. Erforderlich ist aber auch Druck aus der Gesellschaft, aus Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Betrieben und Verwaltungen, aus den sozialen Bewegungen. Wir unterstützen es, wenn sich Menschen aktiv einmischen.

DIE LINKE. Bochum wird auch im Rahmen kommunaler Vertretungen offen sein für den Protest und die Forderungen von Arbeiterinnen und Arbeitern, ihrer Gewerkschaften, der Globalisierungskritikerinnen und -kritiker, der Menschen mit Behinderungen, der Frauenbewegung, der Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Kultur, von Migrantinnen und Migranten. Ihre Ideen und ihr Engagement werden gebraucht. Nur im Zusammenspiel mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen kann DIE LINKE in den kommunalen Vertretungen Erfolg haben. Wir tragen den Widerstand gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte sowie Alternativen dazu in die Bezirksvertretungen und in den Rat.

DIE LINKE. Bochum wird sich unter keinen Umständen an eine Politik beteiligen oder eine Politik tolerieren, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert. Wir werden uns diesbezüglich auch nicht enthalten, sondern machen Politik für die Mehrheit der Bochumerinnen und Bochumer, nicht für die Profite von Unternehmen.

Sozial und solidarisch.

Unsere Stadt gerechter und lebenswerter machen!

Kommunalwahlprogramm 2020 der Bochumer LINKEN,
beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung
am 20.06.2020 im Jahrhunderthaus Bochum

Herausgeber:

DIE LINKE. Kreisverband Bochum
Universitätsstraße 39
44789 Bochum

Telefon: 0162 - 9 16 61 68

E-Mail: info@dielinke-bochum.de

V.i.S.d.P.: Amid Rabieh

(Anschrift wie Herausgeber)

Layout und Satz: Rolf van Raden

Auch bei uns in Bochum: Linksaktiv werden!

DIE LINKE ist eine Mitmach-Partei und offen für alle, die die bestehenden Verhältnisse nicht allein durch ein Kreuzchen am Wahltag verändern wollen. Haben Sie Interesse an der LINKEN? Möchten Sie aktiv werden? Jetzt Kontakt aufnehmen:

www.linksaktiv.de

DIE LINKE. Kreisverband Bochum

Universitätsstraße 39

44789 Bochum

Telefon: 0162 - 916 61 68

E-Mail: info@dielinke-bochum.de

Web: www.dielinke-bochum.de

Facebook: DieLinkeBochum

Twitter: @DIELINKE_Bochum

Instagram: dielinke_bochum



Unser Plan für Bochum

Die Bochumer LINKE tritt zu den Kommunalwahlen am 13. September 2020 an, um der zunehmenden Armut und sozialen Spaltung den Kampf anzusagen. In einem halbjährigen Prozess und unter Beteiligung vieler Bochumer Initiativen hat die Partei ein Programm entwickelt, mit dem sie ihre erfolgreiche Arbeit im Stadtrat und in den Bezirksvertretungen gestärkt fortsetzen will.

Ein Maßnahmenpaket zur solidarischen Überwindung der Corona-Krise, günstigere Mieten statt Millionen-Rendite bei der Wohnungsgesellschaft VBW, eine zusätzliche Gesamtschule für Wattenscheid: Das sind nur einige der Punkte aus dem „Plan für Bochum“, den die Mitglieder der Bochumer LINKEN am 20. Juni einstimmig im Jahrhunderthaus Bochum verabschiedet haben.

Bochum braucht endlich eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft, die den Namen auch verdient. DIE LINKE will einen Privatisierungs-Stopp für städtischen Grund und Boden durchsetzen. Und mit ihrem Plan für mehr Bürgerbeteiligung will sie dafür sorgen, dass nicht mehr über die Köpfe der Bochumerinnen und Bochumer hinweg entschieden wird. So macht die Partei deutlich: Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für mehr Mitbestimmung auch zwischen den Wahlen.

www.dielinke-bochum.de